

Er scheint täglich außer Sonntags-Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Wochenschrift 10 Pf. Post-Abonnement: 1,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. 50 Pf. Sonntags-Beilage in der Sonntags-Beilage für 1893 unter Nr. 6709.

Intentions-Gebühr beträgt für die fünfjähri- gende Verträge oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Verbands-Verträge 20 Pf. Intention für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Feiertagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verleger: Amt I. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 15. Dezember 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Das Klebege- setz in Preußen.

Flidarbeit ist bis jetzt die ganze deutsche Arbeiter- versicherungsgesetzgebung gewesen, und Flidarbeit wird auch jede Aenderung an derselben sein, die in absehbarer Zeit zu erwarten ist — das haben die Debatten im Reichstag vom letzten Sonnabend über die ultramontanen und konservativen Anträge zur Invaliditäts- und Alters- versicherung wieder bewiesen. Ein Fehler zieht den anderen nach sich. Wenn man zuerst etwas thut, das ein Uebel nur beflusst und verkleinert, so kann man später nicht mehr schneiden oder gesund machen wollen, denn damit würde ja das erste Pflaster zum Teufel gehen. Man kann eben in diesem System immer nur neue Pflasterchen neben und auf das alte legen. Wer die erbärmliche Lage des Arbeiters im Alter und im Falle verminderter Erwerbs- fähigkeit, die aus der heutigen Ausbeutungswirtschaft sich ergibt, mit Renten von ein paar hundert Mark heilen will, die zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel sind, der mag sich noch so sehr den Kopf zerbrechen: solange er die Ausbeutungswirtschaft beibehält, wird er nie zu einem befriedigenden Resultat kommen. Die Arbeiter werden ihn auslachen, wie sie die heutige Gesellschaft mit ihren Pflasterchen auslachen, und die Unternehmer werden über jede Verlesung durch die Pflasterthätigkeit murren; denn wenn der Staat ihr Recht zur schonungslosen Ausbeutung anerkennt, wie er es thatsächlich thut, so soll er sie doch mit sonstigen Plackereien möglichst in Ruhe lassen.

Die letzttägigen Verhandlungen des Reichstags waren denn auch wesentlich von dem Unternehmer- interesse nicht von irgend welcher Sorge für eine Verbesserung der Versicherungsleistungen im Interesse der Arbeiter veranlaßt. Jenes gegen jede Arbeiter- versicherung gerichtete Unternehmerinteresse kam verchiedene Male in den Sonnabendsdebatten zum offenen Ausdruck. Die konservativen und liberalen Redner erklärten übereinstimmend, keine Anfrage sei in den Wahlversammlungen häufiger an sie gestellt worden, als diejenige nach der Auf- schaffung des Klebegesetzes. Natürlich! Da sich die Per- sonen, welche Wahlversammlungen der liberalen oder kon- servativen Politiker besuchen und gar als Redner dort auftreten, wesentlich aus groß- und kleinkapitalistischen Kreisen rekrutieren, und da ein Klassenbewußter Arbeiter in solchen Konventikeln überhaupt nicht zum Worte gelassen wird, so wurden den Reichstags-Kandidaten dieser bürgerlichen Klassen der Unternehmernmerz über die Versicherungsbeiträge in allen Tonarten vorgetragen und das getreue Echo hat der Reichstag am Sonnabend gehört.

Diesen Leuten würde der größte Gefallen gethan, wenn nicht bloß der „unhaltbare Mechanismus“, wie der Abg. von Staudy sagte, sondern die ganze Versicherungs-Gesetz- gebung in der Versenkung verschwände. Wenn sie es auch nicht aussprechen, so steckt doch dieser Wunsch in den geheimsten Falten ihres Dergens. Bezeichnend dafür war der Ausspruch des Zentrumsmannes Reichbichler: „Aufheben kann man das Gesetz nicht, weil inzwischen Rechtsansprüche entstanden sind.“ Wäre dieses Hindernis nicht, so könnte das ganze „soziale Reformwerk“ zum Teufel gehen.

Die Arbeiter befinden sich dem gegenüber in der vor- theilhaftesten Lage, die Auseinandersetzungen zwischen Unter- nehmer und Staat als schadenfrohe Dritte mit anzusehen zu können. Da sicher auch nicht ein einziger Arbeiter der Sozialdemokratie durch die Versicherungsgesetze abspänstig gemacht wird, so hat sich die Regierung mit ihren sozialen Pflasterchen glücklich zwischen zwei Stühle gesetzt und damit unfreiwillig die Unmöglichkeit gedeihlicher Reform vom Boden der heutigen Gesellschaftsordnung aus bewiesen. Andererseits hätten ja die Arbeiter manchen Verbesserungsvorschlag auch zur Invaliditäts- und Altersversicherung zu machen, da das Klebegesetz sobald noch nicht von der Ober- fläche verschwinden wird und für diese Zwischenzeit ein paar Verbesserungen im Interesse der betroffenen Arbeiter immer- hin wünschenswerth wären. Zahlen ja doch die Arbeiter die Hauptkosten auch dieser Versicherung: ein Drittel direkt, ein Drittel Staatszuschuß insofern, als sie mit den in- direkten Steuern das Hauptgeld dazu ausbringen, und wie oft das Drittel des Unternehmers schon zu Lohnrückereien geführt hat, davon können sie auch ein Biedchen singen. Also die Arbeiter könnten schon eine bessere Versicherung brauchen, und aus der Praxis ihrer Kasseneinrichtungen, die lange, lange schon da waren, ehe die Regierung an Zwangskassen dachte, hätten sie auch die nötigen Er- fahrungen zu guten Verbesserungsvorschlägen. Aber es ist ja so gut wie überflüssig, mit solchen praktischen Er- fahrungen aus Arbeiterkreisen zu kommen, denn die Bureaukratie weiß doch immer Alles, Alles besser. Staatssekretär von Bötticher hat am Sonnabend gesagt, man dürste die Verwaltungskosten der In- validitäts- und Altersversicherung nicht in ein Ver- hältniß zu den Renten, sondern nur zu den Prämien bringen, hier betrügen sie „nur 4,16 Prozent“. Würde aber die Versicherung von Arbeitern für Arbeiter verwalten, dann wäre nicht einmal von diesen „nur 4,16 Prozent“ die Rede; die Arbeiter machten es billiger. Wenn es nach ihnen ginge, müßte zu allererst der unsinnige Apparat von drei Verwaltungen für Invaliditäts-, Unfall- und Kranken- versicherung, die doch meist in einander greifen, sofort ver- schwinden. Schon damit würden Millionen gepart. Die

Uebertragung der Invaliditätsversicherungsgeschäfte an die Krankenkassen in Sachsen, Thüringen, Württemberg, Baden, Hessen, Braunschweig und den Hansestädten ist nur eine halbe Maßregel, wie die ganze Versicherung selbst. Wenn man gegen die Verschmelzung der Verwaltung der drei Versicherungs- arten einwendet, es müßte dann erst eine einheitliche Auf- bringung der Mittel für die drei Versicherungen gefunden werden, so ist zu erwidern, daß die einheitliche Aufbringung längst da ist, wenn auch nicht in der Form, so in der Sache: die Arbeiter tragen den Haupttheil, selbst bei der Unfallversicherung, wo der Unternehmer scheinbar die Um- lagen allein aufbringt. Es wird doch alles abgewälzt auf die Löhne. Man könnte also ruhig einen biden Strich durch all die Drittel machen und die Versicherungs- mittel durch einen Zuschlag zur Steuer aufbringen. Selbst den Unternehmern wäre dies statt der jetzigen Plackerei annehmbar, wie aus der Debatte am Sonnabend ganz deutlich herauszuhören war. Auf diesem Wege läme man freilich nicht zu einer Ermäßigung der Beiträge, die von den Besitzenden recht gut noch höher geleistet werden können, sondern zu einer Erhöhung der Leistungen, die bitter Noth thut, wenn man die jetzigen Betriehrenten be- trachtet, von denen nur die elende Armenpflege profitirt, die wir jetzt haben. Der „Wust von Kassen“, von dem der Abg. Camp bezeichnenderweise sprach, das bürokratische Be- stehen auf dem Prinzip von Leistung und Gegenleistung, sowie die unendlichen Kalkulationen über Beitragswochen und Ähnliches kämen dann auch in Fortfall und eine einzige Versicherungs-Organisation, in der Hauptsache billig von Arbeitern verwalten, gespeist durch die mit den Steuern erhobenen Mittel, würde hundert Mal besser für Krankheitsfälle, Unfälle, Invalidität und Alter der arbeitenden Bevölkerung sorgen, als das Schreiber- und Beamtenheer, die Fluth von Papier, Tinte und Drucker- schwärze, welche die jetzige Versicherungs-Gesetzgebung in der Hauptsache geschaffen hat.

Die heitere Schlussnote für diese Betrachtungen hat, wie schon so oft, Herr v. Bötticher am Sonnabend gebracht. Er hält das verwickelte Beitragsystem für notwendig, weil die Rente nach Maßgabe der Beiträge steigen soll; sie „darf keine Prämie auf die Faulheit sein“. Wir sind der unmaßgeblichen Meinung, daß der Staatssekretär davon, ob und wie viel „Faulheit“ in Arbeiterkreisen herrscht, wohl überhaupt keine Ahnung hat. Seine Vorstellungen von Faul- heit stammen aus ganz anderen Regionen. Da mögen sie zutreffen. Er soll sie aber nicht auf die Arbeiter über- tragen und eine Debatte über Versicherungs- Gesetzgebung mit solch kindlichen Argumenten verschonen.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

33

Skizzen aus der sozialistischen Bewegung in Rußland.

(Aus dem Russischen überseht.)

Der Terrorismus der Regierung, welcher sich nach dem Attentate des Solowjew zu einer asiatischen Despotie entwickelte, entfremdete sich auch die treuergebensten Anhänger. Der Ver- lagerungsstand, die Unterdrückung der Presse, die Ver- schreibungen auf administrativen Wege, die Todesstrafen mit und ohne Beweise und das Spioniersystem, das die Gesellschaft um- gab, alles dieses erregte die Unzufriedenheit der treuesten An- hänger Alexander II. Die sympathische Erscheinung des Zar-Befreiers wurde durch die finstere Figur des Zar- Despoten verdrängt. Der Eindruck des Terrorismus der Regierung war ein so tiefer, daß sich im Verhalten der Gesellschaft zu dem Attentate des Solowjew und zu der Explosion auf der Krassker Eisenbahn ein großer Unter- schied bemerkbar machte; das Mißlingen dieser Explosion rief nicht ein lebhaftes Gefühl der Freude hervor, sondern man schimpfte über die Ungeschicklichkeit der Sozialisten. Was den ersten März anbelangt, so wurde dieser Tag nicht allein von den Sozialisten gefeiert, die ganze Gesellschaft freute sich darüber, daß sie von dem Zaren befreit war, der es verstanden hatte, zum Schluß seiner Regierung eine große Unzufriedenheit zu erregen. Die Liberalen feierten den 1. März mit Festgelagen, bei denen der Champagner in Strömen floß und genossen im Voraus die Kastanien, die fremde Hände für sie aus dem Feuer hatten holen sollen.

Die Beziehungen der Gesellschaft zu den Sozialisten waren, gleich denen zum Zaren, vielfachen Veränderungen unterworfen. Anfangs, so lange die sozialistischen Ideen nur in den Kreisen der intelligenten Jugend kultivirt

wurden, behandelte die Gesellschaft die Sozialisten mit Verachtung, betrachtete sie als Phantasten und sym- pathisirte mit ihnen in einigen Beziehungen, weil jeder gebildete Mensch gerne für eine Verbrüderung der Menschen in ferner Zukunft schwärmt. Die Gesell- schaft sah von ihrer Höhe auf den Sozialisten herab und wußte, daß dieser die bestehende Ordnung umstoßen wollte; da sie dies aber nur für eine phantastische Theorie und keine wirkliche Ueberzeugung hielt, so dachte man, die Jugend ergötzt sich eben an allen möglichen phantastischen Dingen, lebt sich aus und wird vernünftig.

Das Bestreben der Sozialisten sich dem Volke zu nähern, wurde zuerst als ein kindisches Vorgehen betrachtet, welches nie zu einem praktischen Resultat führen konnte. Einige Erfolge der sozialistischen Propaganda im Volke, welche sich in einer gewissen Bewegung unter den Bauern bemerk- bar machte, ließ die Gesellschaft die Gefährlichkeit dieses kindischen Spieles erkennen. Die Gesellschaft hatte nichts einzuwenden gegen die getroffenen Maßregeln, um diesem gefährlichen Spiele ein Ende zu machen, aber die schweren Strafen, die die Propagandisten zu erleiden hatten, ärgerte sie doch.

„Man sollte ihnen lieber die Ruthe geben,“ sagte man scherzend, als sie gleich zu 15—20 Jahren Zwangsarbeit zu verurtheilen!“

Das Attentat der Saffulitsch auf den Oberpolizeimeister Trepow machte auf diejenigen, denen dieses Verfahren gegen Bogaljubow bekannt war, einen guten Eindruck. Dann, als diese Angelegenheit dem Geschworenengericht zur Aburtheilung übergeben wurde, glaubte die Gesellschaft darin den Wunsch der Regierung, mit den reaktionären Maßregeln ein Ende zu machen, zu erkennen und triumphirte über die Freisprechung der Saffulitsch. Die Presse, die nicht begriffen hatte, daß dieses Urtheil die Regierung ärgern würde, da dieselbe mit Bestimmtheit eine Ver- urtheilung erwartete und nur aus diesem Grunde die Sache dem Geschworenengerichte übergeben hatte, erging sich in überschwänglichen Artikeln.

Am anderen Tage aber war die Presse gezwungen, die naivsten Grimassen zu machen: anstatt des erhofften Früh- lings war der strenge Winter eingezogen. Dieses Mißver- ständniß klärte sich bald auf, die Reaktion verfolgte ihren Weg mit festem Schritt und die Gesellschaft schimpfte auf die Saffulitsch und ihre Anhänger, als ob diese, und nicht die slavische Untermüßigkeit der Gesellschaft, daran Schuld seien, daß wieder neue Schläge den geduldigen Rücken des Russen trafen.

Der Uebergang der Sozialisten zum politischen Kampf, die Ausbreitung, die Energie und Fähigkeit der Terroristen zwangen die Gesellschaft, diese als eine Macht anzuerkennen, als die einzige Macht, die zu einem aktiven Vorgehen befähigt war; aber der Druck, den die Regierung ausübte, überzeugte gleichzeitig die Gesellschaft, daß von Alexander II. die Einführung der Konstitution nicht zu er- hoffen war. Zur selben Zeit, als die Gesellschaft ihre eigene Ohnmacht ein sah, erschienen thatkräftige Männer, die das- selbe anstrebten, wofür die importirten Liberalen schwärmten. Wahr ist, daß diese Männer die Kon- stitution nur zu dem Zwecke anstrebten, um mit ihrer Hilfe den Samen des revolutionären Sozialismus in dem Volke auszusäen, aber bis dahin hat es noch gute Weile. Was liegt daran, ob die Sozialisten die Konstitution als Mittel und die Liberalen als Ziel erstreben, beide erstreben doch nur das Gleiche. Dadurch entstand der natürliche Wunsch, daß die Sozialisten Erfolge erringen möchten, und man sympathisirte mit ihnen und half ihnen heimlich, was aber nur von geringer Wirkung war, da die Furcht die Gesellschaft ängstlich gemacht hatte. Die russischen Liberalen sind sehr vorsichtige Leute, sie wouen nichts riskiren und sind bereit geduldig zu leiden, während die Kämpfer ihre Sache verfechten. Wenn diese den Sieg erringen, werden die Liberalen dann schon dafür sorgen, daß diese von der Herrschaft ausgeschlossen werden. Dieser Art war die Sympathie der Gesellschaft zu den Sozialisten.

Logisch denkende Menschen hätten begreifen müssen,

Ausgezeichnet!

C'est excellent! Das ist ausgezeichnet! mit diesen Worten begrüßte Herr Arthur Meyer, einer der korruptesten und einflussreichsten Geschäftspolitiker Frankreichs, die rettende Nachricht von dem Plagen der Sardinienbische Baillants-Marchais. Das ist ausgezeichnet! hatte ein Anderer 18 1/2 Jahre früher inwieweit ausgerufen, als ihm der rettende Terzerolshub Hödel's gemeldet worden war und er sein berühmtes Telegramm: „Ausnahmegegesetz gegen die Sozialdemokraten!“ nach Berlin telegraphierte, noch ehe er irgend etwas über die Person Hödel's und dessen That wusste. Fürst Bismarck war damals, wie er selbst 11 Jahre später einem russischen Journalisten beichtete, — am Ende seines Lateins — in einer Sackgasse: die nationalliberale Weichhülser-Majorität war zerfallen, verdunstet; die Mehrheit des Reichstages verweigerte die Heerfolge, und unter seinen eigenen Reuten im Ministerium zeigte sich Meuterei. Kurz, er war fertig. Nur noch ein Wunder konnte ihn retten. Und siehe da, das Wunder ward aus der Pistole geschossen — d. h. aus dem Sackpuffer Hödel's. „Ausgezeichnet! Ich bin gerettet! Den Strom der Zeit nur rasch bei der Stirnlode gefasst (um mit dem armen Terzerol-Huc zu reden) — Ausnahmegegesetz gegen die Sozialdemokraten!“

Warum gegen die Sozialdemokraten? Was hatten die Sozialdemokraten mit Hödel und seinem Sackpuffer zu thun? Gar nichts! Dafür hatte Fürst Bismarck desto mehr mit den Sozialdemokraten zu thun. Sie standen ihm im Weg, und — die Masse der Ungebildeten hatte noch Angst vor ihnen — diese Angst ließ sich ausnutzen. Appell an die Dummheit! Und Appell an die Furcht! Das konnte helfen. Und es hat geholfen für einige Jahre.

Wie der verkommenen halbblutige Stöckerling Hödel in einen Sozialdemokraten umgewandelt, durch Fraktionierung des Stöckerlings vermittelt des bekannten Verbrecher-Kontagiums der Nobilität gemacht ward, — wie durch tausendertei Gruselmärchen die Masse des Volkes in unzurechnungsfähige Angst gejagt und dann an die Wahlurne geschleift ward, um die „Gesellschaft“, nämlich den Fürsten Bismarck mit seiner beglücklichen Land- und Schlotjunkerbande zu „retten“, und den großen Willküradel am deutschen Volke zu ermöglichen — das brauchen wir hier nur anzudeuten — es ist Geschichte, und eine der schmachvollsten Blätter der Geschichte, nicht bloß unserer, sondern aller Zeiten.

„Ausgezeichnet!“ das hat nicht bloß Herr Arthur Meyer — das hat mit ihm, in echt Bismarck'schem Attentatsjubiläum, die ganze kapitalistische Gesellschaft Frankreichs und anderer Länder aufschreiend gerufen! Die ganze Gesellschaft, wir meinen die Gesellschaft als Ganzes, nicht jedes einzelne Gesellschaftsmitglied. Denn das Bürgerthum ist im Allgemeinen, individuell betrachtet, endlich feig; und der Knall der Sardinienbische ist ihm arg in die Glieder gefahren. Das „Ausgezeichnet!“ kam bei den meisten erst nach vierundzwanzig Stunden kasplosen Schreckens. Und viele sind heute noch nicht von ihrem Schrecken geheilt. Ja, sie ist endlich feig, diese bürgerliche Gesellschaft. Man denke: diese Gesellschaft, die über Millionen von Soldaten verfügt, Millionen von Polizisten, Gendarmen, Richtern, Staatsanwälten, Nachtwächtern und sonstigen „Stützen“ besitzt, sie wird vom Plagen einer mit Feuerwerksstoff gefüllten Sardinienbüchse auf den Rücken geworfen, wie Wilde, die nie eine Feuerwaffe gesehen, vom Knall einer Flinten! Und diese großmächtige bürgerliche Gesellschaft, diese beste der Welten, sie zittert noch einem „Netter“ wie ein Kind, das in die Gasse gefallen ist. Kann es ein klügeres Schauspiel geben? Wer kann sich eines Gefühls der Betrachtung, des Gekitz erwahren beim Anblick solcher knieflochernden Waschlappigkeit, solchen Mangels an Selbstvertrauen, solchen Durchdrungenseins von dem Gefühl des eigenen erbärmlichen Nichts.

Und hier zu sagen wir: Ausgezeichnet! Eine Gesellschaft, die selber nicht an sich glaubt, die selber begriffen hat, daß sie verkauft und brüchig ist, haben wir nicht zu fürchten, sie muß im Kampfe mit uns erliegen.

Doch die bürgerlichen Hasenfüße haben neben ihrer Feigheit auch einen feinen Klaffeninstinkt, der selbst aus dem schmutzigsten Schmutz den Profit herauswittert, und sie können rechnen. Und sobald das Zittern etwas nachläßt, denken sie sofort wieder an Geschäft. Was läßt sich aus dem „Attentat“ machen? Wie läßt sich's verwerthen? Welcher Profit ist herauszuschinden? Und den fastblütigen Schurken, die gleich im ersten Moment die Lage überschaut und den Profit erkannt haben, wird zur geschäftlichen Fraktionierung Arbeit vielfach gekostet und die nöthigen Handlangerdienste werden ihnen geleistet.

„Ausgezeichnet!“ Ausnahmegegesetz gegen die Sozialdemokratie! Schreit der bankrotte Hausmeier Bismarck im Mai 1878.

daß sie die kämpfende Partei mit Mitteln zu unterstützen hätten, um auf die Weise den Quaken, die die harte Hand des russischen Despotismus ihnen zufügte, ein Ende zu machen. Aber die eine Gesellschaft, die der russischen Gesellschaft von der Leibeigenschaft vermachd worden ist, ist die slavische Furcht vor der Regierung, und diese Furcht ist so groß, daß sie alle anderen Gefühle bei ihr vernichtet — sowohl die Liebe zu den Eltern, als auch die eheliche Liebe, den Stolz und die Kühnheit.

Wenn der Russe es erfährt, daß irgend jemand seine Frau gelüßt hat, so beißt er sich, diesen Taugenichts zu schlagen oder auch zu erschlagen, aber wenn er in diesem Taugenichts seinen Vorgesetzten erkennt, beruhigt sich der russische Diabolo sofort und verwandelt sich in ein friedliches Schaf. In Rußland beweinen tausende von Müttern den Tod ihrer Söhne und Töchter; schon länger als zehn Jahre dauert die unerbittliche Ausrottung der Blüthe der russischen Intelligenz, und in dieser ganzen Zeit hat weder eine Mutter, noch eine Schwester, noch eine Frau, noch eine Geliebte den Tod eines ihr Nahestehenden gerächt.

Man darf nicht glauben, daß die russischen Frauen im Allgemeinen der Rache nicht fähig seien, nein, fast in jeder Zeitungsziffer kann man Thatfachen finden, die das Vorhandensein dieser Eigenschaft bestätigen; aber ihre Rache verfliehet, sobald der Beleidiger ihr Vorgesetzter ist. Ebenso sind die Männer. Väter wissen, mit welcher Grausamkeit ihre Kinder gequält werden, aber sie rächen sie nicht und verstümmeln vor den Peinigern, weil diese ihre Vorgesetzten sind. Tschernow und Tschernom konnten sich ohne Gefahr unter den Menschen bewegen, denen sie das Leben durch die Vererbung ihrer liebsten Familienglieder vergiftet hatten. Aber diese selben Menschen, die sich ihren Vorgesetzten so ruhig unterordnen, fangen wie das Pulver Feuer, sobald ihre Beleidiger nicht ihre Vorgesetzten sind. Der Russe giebt seinem Vorgesetzten das Recht, ihm jede Beleidigung zuzufügen. Es liegt die Thatfache vor, daß bei einem jungen Manne eine Haussuchung vorgenommen wurde. Dieser nimmt irgend ein Papier in den Mund, um es zu verschlucken; die Gendarmen bemühen sich den Mund zu öffnen, aber der Jüngling preßt mit aller Kraft die Zähne aufeinander; der Gendarm stößt ihm den Säbel in den Mund, schlägt ihm die Zähne aus, so daß ihm das Blut aus dem Munde fließt, und der Vater steht dabei und wagt nicht, auch nur mit einem Worte dagegen zu protestiren.

(Fortsetzung folgt.)

„Ausgezeichnet!“ Ausnahmegegesetz gegen die Anarchisten! Schreit die bankrotte Bourgeoisie aller Länder im Dezember 1889.

Und Ausnahmegegesetz gegen die Anarchisten! ist nur die Titelfür ein Ausnahmegegesetz gegen den Sozialismus. Vor der Handvoll konfuser Vierkant-Schwadroniere, die Revolution reden und nicht daran denken, auch nur einen Floß zu fassen, fürchtet sich, mit Ausnahme etwa des Herrn v. Bennigsen, kein Mensch mit fünf Sinnen; vor den Revolutionären aller Revolutionäre, welche da sind Vorkämpfer, fürchtet sich keiner der Eingeweihten; und gegen die Verdrückten und Verbrecher giebt es wahrhaftig Gesetze, Polizei und Staatsanwälte genug. Das weiß jeder Vernünftige unter den Heulmeiern, die jetzt Ausnahmegegesetz fordern, ebenso gut, wie Fürst Bismarck es 1878 wusste. Das ganze Gesetz ist auf Seiten der Macher eine niederrächtige Komödie — nichts weiter. In der — auch Komödien sind oft ernst, und können sogar in eine Tragödie auslaufen.

Die Sozialdemokratie zu treffen, das ist der Zweck des Spektakels — der einzige Zweck. Um ihn zu erreichen, ist die gesammte Bourgeoisie aller Länder auf's Fikstische bemüht. Die Gemeinplätze eines Bennigsen finden sich wörtlich im Pariser „Temps“, und die Heereien und Denunziationen des Bennigsen'schen Moniteurs sind gleichfalls wörtlich zu lesen in der Pariser „Schmutz- und Reaktionspresse“ — denn beides fällt dort zusammen, ganz wie bei uns. Alles stereotype Redensarten! So stereotyp, so abgedroschen, daß nur Leute vom geistigen Kaliber eines Bennigsen — dieses verkörpertem Gemeinplages, dieser menschgewordenen Phrase, dieses rhetorischen Luftballons — es noch über sich gewinnen können, sie abzulernen.

Der Sozialismus und der Anarchismus haben eine Wurzel und ein Ziel — nur in bezug auf die Mittel weichen sie von einander ab! Das ist heute das Schlagwort der Herren Reaktionenäre.

Belogen! Und mit vollem Bewußtsein gelogen! Die Scheidung zwischen Sozialismus und Anarchismus ist namentlich in Deutschland — seit 20 Jahren und mehr, so gründlich, so ausführlich erfolgt, theoretisch erfolgt, praktisch erfolgt — daß für keinen Gebildeten und Denkfähigen mehr die geringste Unklarheit, der geringste Zweifel bestehen kann. Wer heute nicht weiß, daß Zweck und Ausgangspunkt des Sozialismus und Anarchismus diametral entgegengesetzt sind, daß jener die Organisation der Gesellschaft, dieser die Auflösung der Gesellschaft erstrebt, — daß dagegen die Wurzel des Anarchismus eins ist mit der Wurzel der auf Jaksucht beruhenden bürgerlichen Gesellschaft — wer das heute nicht weiß, der ist ein Ignorant oder ein Tummelkopf. Und wer kein Ignorant oder Tummelkopf ist und es dennoch heute noch behauptet, der ist ein Schuft.

Und mit Ignoranten, Tummelköpfen und Schuften wird die Sozialdemokratie fertig.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Dezember.

Aus dem Reichstag. Die heutige Debatte brachte noch ein kleines Nach-Gewitter zu dem Sturme, der gestern und vorgestern aus Anlaß des rumänischen Vertrags tobt. Die Konservativen ließen durch ihren Führer, Herrn v. Mantuffel erklären, daß die der Regierung so unbequeme Agitation der Agrarier nun erst recht losgehen werde und daß die Regierung zusehen möge, wie sie in Zukunft ohne die konservativen Hilfstruppen fertig werde. Allzu tragisch braucht diese Kriegserklärung aber wohl nicht genommen zu werden und der Kanzler, der während der Rede des konservativen Redners geholt wurde und in großer Uniform, die Brust mit Orden aufgepuzt, erschien, ließ sich auch nicht ans seiner Gemüthsruhe stören.

Der einzige, der diese kleinen Fänkereien zwischen den Junkern und der Regierung immer wieder ernst nimmt, ist der Abgeordnete Nidert, der auch heute sofort wieder sich und seine Freunde für den Fall in Erinnerung brachte, daß durch die Abweigung der Junker in der Regierungstruppe eine Lücke entstehen sollte. Davon abgesehen, hatte Herr Nidert den köstlichen Einfall, eine Liste jener national-liberalen Abgeordneten zu verlesen, welche während der Wahlagitation und um die Stimmen der Mitglieder des Bundes der Landwirthe zu gewinnen, sich schriftlich oder mündlich verpflichtet hatten, für die Forderungen des Bundes einzutreten. Jene von diesen Herren, welche trotz dieser Versprechungen gestern für den rumänischen Vertrag stimmten, kamen durch diese Nennung ihres Namens in eine recht unangenehme Situation. In der Form von persönlichen Bemerkungen wollten sie den offenbaren Widerspruch zwischen ihren Worten vor den Wahlen und ihren Thaten jetzt aus der Welt hinweg disputiren, ein Versuch, der aber nicht gelang. Es war ein Bauernfang in des Wortes voller Bedeutung, den eine ganze Anzahl dieser Herren getrieben haben, da hilft kein Reden und kein Denken. Für uns Sozialdemokraten hat diese Massführung der Bauern insofern ein besonderes Interesse, als es sich fast überall um sozialdemokratische Gegenkandidaten handelte, zu deren Bekämpfung die Bauernbündler sich bereit finden ließen, um nun die Erfahrung zu machen, daß sie hinter's Licht geführt worden sind.

Nach Schluß der bis kurz vor 6 Uhr sich hinziehenden Debatte wurden der spanische und serbische Vertrag in zweiter Lesung mit großer Majorität angenommen. Morgen soll die dritte Lesung der Verträge erfolgen und dann der Reichstag in die Ferien gehen.

Bundesrath. In der heutigen Sitzung des Bundesraths wurden die Beschlüsse des Reichstags zu der Denkschrift betr. die Ausführung der seit 1875 erlassenen Anleihegesetze und zu dem Antrage v. Benda und Genossen betr. die Eisenbahn-Freifahrtkarten der Mitglieder des Reichstages den betreffenden Ausschüssen überwiesen. Der internationale Vertrag betr. die Unterdrückung des Branntweinhandels auf der Nordsee wurde zur Ratifikation und Allerhöchsten Vollziehung überwiesen. Der Entwurf von Bestimmungen über den Nachrichtendienst in Viehheugen - Angelegenheiten wurde dem Ausschuss überwiesen. Die Denkschriften über die Schutzgebiete von Kamerun, Togo und den Marschallinseln, ferner die Mittheilung betreffend das Abkommen mit der britischen Regierung über die Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären im Hinterland von Kamerun wurden zur Kenntniß genommen. Dem Antrage der Ausschüsse, betr. die Anwendung der Sätze des Allgemeinen Zolltarifs auf aus Rußland kommende Waaren, sowie dem Entwurf von Vereinbarungen über erleichternde Vorschriften für den wechselseitigen Verkehr zwischen den Eisenbahnen Deutschlands, der Niederlande, Oesterreichs und Ungarns, sowie der Schweiz wurde zugestimmt. Der Bericht des Ausschusses über eine Eingabe des Synodalvorstandes der Diözese Schönaue, betreffend die Abänderung des Verfahrens bei Abnahme von Eiden vor Gericht wurde dem Reichskanzler überwiesen.

Erhöhung der Einkommensteuer in den Einzelstaaten. Nicht nur im Königreich Sachsen und in Hamburg geht man an die Erhöhung der Einkommensteuer, auch Sachsen-Weimar und Lippe-Deimold beschäftigen sich mit der Neuordnung der Einkommensteuer. Interessant ist der Versuch mit einer beweglichen Einkommensteuer, den Lippe-Deimold eben macht. Die „Rheinisch-westfälische Zeitung“ schreibt hierüber:

Die Einkommensteuer ist nach wochenlanger Berathung mit 12 gegen 8 Stimmen vom Landtage angenommen. Nach dem neuen Gesetz sind Einkommen unter 500 M. steuerfrei. Die Steuer wird in monatlichen Beträgen erhoben, und wird der Landtag jährlich bestimmen, wie viel Monatsraten erhoben werden. Auf die Anzahl der Hebung wird es ankommen, wie sich unsere Sätze im Verhältnis zu Preußen stellen. Bei zwölffacher Hebung sind die Sätze um ein Geringes höher als in Preußen; vorläufig wird angenommen, daß zehn- oder eismalige Hebung genügen wird.

In Sachsen-Weimar wird eine erhebliche Erhöhung der Einkommensteuer ins Auge gefaßt. Man beabsichtigt die Steuer aller Steuerklassen um 1 pCt. des zu versteuernden Einkommens zu erhöhen, aber man will es natürlich unterlassen die Progression zu verschärfen.

Vom bekanten Kulturdefizit. Der preussische Kultusminister Dr. Boffe hatte seinerzeit eine Vorlage eingebracht, in welcher zur Verbesserung des Volksschulwesens und des Dienstlokomens der Lehrer in Preußen 10 Millionen Mark gefordert wurden. In der parlamentarischen Behandlung der Vorlage schrumpfte sie zusammen auf ein Gesetz, betreffend Beihilfen zu Schulbauten, wofür zwei Millionen jährlich aufgewendet werden sollten. Aber auch damit hapert's anscheinend gar sehr. Geld ist eben nur für militärische Zwecke stets flüssig. Auf die Gesuche der Regierungen um Zuwendungen aus diesem Fonds ertheilt, wie wir in der „Preussischen Lehrer-Zeitung“ lesen, nunmehr der Minister eine Antwort, die zur sachgemäßen Beleuchtung des unterrichtlichen Nothstandes in Preußen ebenso geeignet ist wie die Auslassungen Dr. Boffe's im Abgeordnetenhaus. Der Minister sagt: Uebrigens sind die zu meiner Verfügung gelangten Mittel im Vergleich zu dem im Jahre 1890 von den königl. Regierungen nachgewiesenen Gesamtbedürfnis (20 Millionen!) nur gering. Um so mehr ist eine Beschränkung der Aufträge auf ganz besonders dringliche Baufälle, eine Einschränkung der Baupläne nach dem Bauumfang und der Art der Bauausführung auf das äuserst zulässige Maß, aber auch eine Heranziehung der Gemeinden zur Deckung der Baukosten im vollen Umfange ihrer Steuerkraft geboten. Gemeinden, die nicht gewillt sind, einige Opfer zu der geplanten Hebung ihres Schulwesens zu bringen, obwohl sie nach Ansicht der königlichen Regierung hierzu im stande sind, werden eventuell zurücktreten müssen.

Die Gemeinden sollen von den Regierungen zur Ansammlung von Baufonds aufgefordert werden, damit notwendige Schulbauten wenigstens später ausgeführt werden können, zugleich soll den betreffenden Gemeinden angedroht werden, daß sie, falls diese Kapitalansammlung von ihnen veräußert wird, bei Eintritt des Baufalles auf eine Unterstützung aus staatlichen Mitteln keinesfalls zu rechnen haben.

Da werden die Herren Junker sicher keine Gefahr laufen, so schnell in ihrer Nähe „Schulpaläste“ entstehen zu sehen.

Landwirthschaftskammern. Das Staatsministerium hat sich im Gegensatz zu einem Beschlusse des Landesökonomikollegiums für die obligatorische Einführung von Landwirthschaftskammern ausgesprochen.

Handwerkerkammern für die Kleingewerbetreibenden, Landwirthschaftskammern für staatlichen Organisation des Bundes der Landwirthe, aber unter keinen Umständen Arbeiterkammern. Das ist die Berechtigung unserer Reichsregierung, und dann beklagen sich die Vertreter des heutigen Systems, wenn man unsere Regierung eine Klassenvertretung der Bourgeoisie nennen würde.

Ein „Staatsmann“. Der geheime Chefredakteur der „Hamburger Nachrichten“ hat den Stein der Weisen gefunden, nämlich ein unfehlbares Mittel gegen anarchische Verbrechen. Es ist sehr einfach: Stockprügel. Der Entdecker wäre gewiß auch mit der Knute zufrieden, für die er ja immer geschwärmt hat. Und dieser Mann war in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts fast ein Menschenalter hindurch allmächtiger Regent des „Volkes der Denker“. O Degensterna, daß Du so wahr gesprochen, hast Du wohl selber nicht geglaubt!

Was über die Anarchisten jetzt zusammengelogen wird, übersteigt schon alles Maß. So verbreitet das Depeschendureau Herold eine Uebersicht über die anarchische Presse, wonach z. B. in Deutschland 10 anarchische Blätter erscheinen sollen. Hierzulande ist nichts davon bekannt, trotzdem druckt die Bourgeoisipresse das Telegramm behaglich ab. Wenn nur die Spießler Furcht bekommen.

Der Prager Ausnahmezustand. Der Antrag des Jungtschechen Herold auf Nichtgenehmigung des Ausnahmezustandes wurde mit 185 gegen 78 Stimmen abgelehnt und der Antrag des Ausschusses, den Ausnahmezustand zur Kenntniß zu nehmen, mit 185 gegen 73 Stimmen angenommen. Ferner wurde der weitere Antrag Herold auf sofortige Aufhebung der Suspension der Geschworenengerichte mit 186 gegen 75 Stimmen abgelehnt.

Zum Präsidenten der schweizerischen Eidgenossenschaft wurde das am weitesten links stehende Mitglied des Bundesraths, Oberst Frey, ernannt. An Stelle des verstorbenen Bundesraths Rochonnet wurde das Mitglied der radikalsten Partei, Ruffy, gewählt.

Ueber die heutige Kammer Sitzung wird aus Paris telegraphirt:

Die heutige Kammer Sitzung wird völlig von dem Antrage Basky in Anspruch genommen werden. Millerand tritt als erster Redner auf. Der Ministerpräsident wird seine Erklärungen vom letzten Dienstag wiederholen und der Ernennung einer Untersuchungskommission energisch entgegenzutreten. Die Radikalen beschließen, gegen den ersten und für den zweiten Theil des Antrages Basky zu stimmen.

Vom Pariser Anarchistengesetz. Aus Paris wird depeeschirt:

Die Kommission der Deputiertenkammer zur Vorbereitung der Vorlagen über die Vereinigungen von Anarchisten und die Verhütung, sowie die Unterdrückung von Explosivstoffen nahmen dieselben mit einigen unbedeutenden Modifikationen an. Die beiden Berichterstatter werden den Bericht morgen der Kammer vorlegen; ebenso wird morgen der Bericht der Kommission vorgelegt werden, welche mit der Vorbereitung des Antrages, einen Kredit zur Vermehrung der Polizeibeamten zu eröffnen, beauftragt war.

Die Minister des Innern und der Justiz haben an die Präfekten und General-Staatsanwälte Rundschreiben gerichtet, in denen sie dieselben auffordern, die Bestimmungen des Preßgesetzes über die Hinterlegung von Richteremplaren sorgsam zu überwachen, die bezüglichen neuen Befehle zur Anwendung zu bringen und die Polizeikommissare anzuweisen, den Versammlungen beizuwohnen und über gefehrvordrige Äußerungen ein Protokoll aufzunehmen.

Der neue Navahol. Ein hiesiges Blatt bringt folgende Pariser Korrespondenz, d. d. 11. Dezember:

Die Blätter füllen ihre Spalten mit endlosen Berichten über den „neuen Navahol“, August Vaillant, als wenn es auf der ganzen Welt nur noch diesen reichlich mit bösen Instinkten, Trägheit und schlecht verdauten wissenschaftlichen Theorien ausgeketteten Dummkopf gäbe. Die Blätter schicken ihre Reporter nach allen Richtungen, um festzustellen, wie dieser geistige Schwächling sich äußert und spuckt, und so ist wohl der Augenblick nahe, wo ihm Hunderte von exzentrischen Pariserinnen in roten Korsetts, meist nicht unterzeichneten Willen ihre Liebe erklären werden und wo ein durch solche Klänge beladener Heroskranismus Hunderte geistig Arme, aber auch fittlich Verkommene zur Nachahmung anfeuernt wird. Ich frage mich immer und immer wieder, ob eines der wirksamsten Mittel gegen die Epidemie des Anarchismus nicht das wäre, über einen derartigen Schriftsteller zur Tagesordnung überzugehen, nachdem er natürlich unschädlich gemacht ist. Man stelle sich, was psychologisch und sittengeschichtlich interessant ist in dem Vorleben des zurechnungsfähigen oder unzurechnungsfähigen Verbrechens, beispielsweise ob er von Kindheit an Bagabund, Dieb und Vandal war, was der Fall zu sein scheint, ob er an den Volksversammlungen, an der sozialistischen Bewegung und in welcher Art Theilnahme, ob er wirklich ein so vortrefflicher „Organisator“ war, wie behauptet wird, ob ihn Jules Guesde mit Recht oder Unrecht verleugnet, kurzum, man läse alles auf, was wirklich lehrreich ist; aber man hüte sich vor dieser romantischen Art der meisten Pariser Blätter, aus einem armen Barbaren einen Helden zu machen, über dessen dürftigste Kluggebungen und Äußerungen man seine Leser in pilantischer Weise und romanhaftest Schlagschlägen mit „mysteriöser Erleuchtung“ auf dem Laufenden zu erhalten hat. Versteht man denn nicht, daß diese Art der Verherrlichung eines Lumpen andere Lumpen viel mehr zur Nachahmung treibt, als das Verbrechen selbst?

August Vaillant (Marchal) soll geäußert haben, er habe sich zu seinem Anschläge erst entschlossen, als die Amnestie in der Kammer verweigert war, und vorwiegend wird man diese sinnlose Bemerkung (Sinnlos, weil dieser vom Verstandswahn Befallene selbst zugiebt, schon vorher einen Anschlag geplant zu haben, nur ohne noch zu wissen, gegen wen) wieder für oder gegen die Amnestie ausdeuten und dadurch dem Schwachkopf eine Bedeutung beimessen, die er durchaus nicht besitzt. Diese Klänge werden noch dadurch erhöht, daß sich die gemäßigten Republikaner einerseits, die Radikalen und Sozialisten andererseits die Verantwortung gegenseitig zuschieben suchen. Die einen sagen: Der Wald, der den Wolf zeugt, hat sich nicht zu belagern, Vaillant ward in sozialistischen Versammlungen groß. Die anderen: Wenn die gesellschaftlichen Zustände verbessert worden wären und ihr auch dem nicht widersteht hätten, wäre es gar nicht erst zu dem Verbrechen gekommen. Bemerkenswert ist es übrigens, daß die anarchistischen Blätter „Révolte“, „Père Renard“, „Père Duchêne“ u. s. w. das Geschehene in einer mehr oder weniger deutlichen Weise billigen. Die Sozialisten freilich verurteilen es in ihrer Presse und in ihren öffentlichen Versammlungen auf das Entschiedenste.

Diese im ganzen sehr vernünftigen Auslassungen finden sich in der „Kreuz- Zeitung“, die unseren fortschrittlichen und nationalliberalen Blättern damit ein beschämendes Beispiel von Freisinnigkeit und Unbefangenheit giebt.

Weitere Preßstimmen über das Pariser Bombenattentat. Eine sehr vernünftige Betrachtung über das letzte Bombenattentat enthält die „Frankfurter Zeitung“. Sie schreibt:

Der Anarchismus ist nicht bloß ein Verbrechen, sondern auch eine schwere Krankheit, deren Ursachen tief in der gegenwärtigen Gesellschaft liegen und die man durch Behandlung mit Feuer und Schwert nicht kurirt. Gewiß, das Mittel, das die Anarchisten anwenden, ist verrückt und verbrecherisch zugleich, aber ist denn die moderne Gesellschaft wirklich so vortrefflich organisiert, daß die Doktrin des Anarchismus nicht wenigstens einen Schein der Berechtigung für sich anführen könnte? Und was ist denn die Gesellschaft, um die in ihr enthaltenen zahlreichen Widersprüche und Gegensätze, die eben so viele Ungerechtigkeiten und Niedertrachtigkeiten sind, abzuschaffen oder wenigstens zu mildern? Man erinnert sich noch des kürzlich auf den serbischen Gesandten in Paris verübten Attentats. Der Täter, ein Schwärmer Namens Pauthier, hat das Attentat in einem ausführlichen Schreiben zu rechtfertigen versucht. Er erzählt darin, daß er überall vergebens Arbeit gesucht habe, und daß ihm in Noth und Verzweiflung der Gedanke gekommen sei, sich an der Gesellschaft, die ihn so grausam behandle, mit irgend einer That zu rächen: er wolle den nächsten besten der ihm begegnenden „Satten“ mit seinem Handwerkzeug erschlagen. In diesem Briefe haben wir sozusagen die Philosophie des Anarchismus. Der Anarchist sieht, daß eine Art Kriegszustand herrscht in der Gesellschaft zwischen den Satten und den Hungerigen, den Reichen und den Armen, den Mächtigen und den Kleinen; er nimmt den Krieg auf und führt ihn mit den Mitteln, die ihm am nächsten liegen. Dieser Kriegszustand ist wirklich vorhanden, in der reichen demokratischen Republik vielleicht mehr als anderwärts. Und was hat die französische Republik gethan, um ihn in Frieden zu verwickeln? So viel wie nichts. In den nahezu zwanzig Jahren unbeschränkter Parlamentsherrschaft ist kein einziges großes soziales Reformgesetz durchgeführt worden, während die herrschenden Kreise stets für ihre Interessen besorgt sind und noch in der vorigen Legislaturperiode ihre Schulpolitik durchgesetzt haben. Es ist ganz richtig, was der Abgeordnete Jourès kürzlich in der Kammer gesagt hat: „Der französische Arbeiter kann einen Minister bitten, aber er kann sich nicht davor schützen, daß er am andern Tage kein Brod hat. So lange solche Zustände herrschen und so lange es die Republik nicht erlischt nimmt mit ihren sozialen Pflichten, werden auch die Quellen des Anarchismus nicht vertrocknen.“

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ schreibt treffend: Das Bombenattentat auf die Pariser Kammer wird mit Recht als Ausgeburt des Wahnsinns bezeichnet, gleich jener Schreckensthat in Barcelona, der harmlose Theaterbesucher zum Opfer fielen.

Ohne Zweifel also Wahnsinn! Aber der Wahnsinn wie das Verbrechen und Volkstrankheiten geworden, die der Kapitalis-

mus auf dem Gewissen hat. Ausbeutung, Unterdrückung, Elend, Verzweiflung, Verbrechen, Wahnsinn — das sind Glieder einer Kette. Der Wahnsinn der Opfer der Gesellschaftsordnung, die Verbrechen der Opfer der Gesellschaftsordnung werden nicht verschwinden, bevor der Wahnsinn und die Verbrechen der Nutznießer dieser Gesellschaftsordnung verschwunden sind.

Niemand kann schärfer den Wahnsinnigen, feigen und mühseligen Mordmord verurtheilen, als wir Sozialdemokraten. Aber wir verurtheilen jeden Mord, jede Feigheit, jeden Wahnsinn.

Heute sollte das Ministerium Crispi sein Amt antreten. Es haben sich noch immer nicht die waghalsigen Männer gefunden, welche das Staatsschiff durch die tosende Brandung des hochbewegten Volkswillens zu leiten wagen würden.

Ein Attentat auf den Zaren war unlängst gemeldet, aber sofort dementirt worden. Etwas scheint aber doch an der Sache gewesen zu sein, wenigstens bringt das Pariser „Journal“ einen Brief von einem russischen Offizier, aus welchem hervorgeht, daß die Attentatsversuche dadurch veranlaßt worden sind, daß bei der Vorüberfahrt des Zaren gleichzeitig von einem Tramwaywagen eine Patrone überfahren wurde, welche dabei, ohne Schaden anzurichten, explodirte. Durch den heftigen Knall wurden jedoch die Pferde des kaiserlichen Wagens scheu und konnten nur mit Mühe gebändigt werden.

Der Matabele-Krieg sollte für die Engländer siegreich beendet sein. Heute kommt die Nachricht, daß sie eine Niederlage erlitten haben.

Ein neuer Stern im Banner der Vereinigten Staaten. Die Repräsentantenkammer nahm eine Bill, wonach das Territorium Utah zum Staate erklärt werden soll, mit einem Amendement an, daß die Viehwirtschaft verboten sei. Utah ist der Sitz der Mormonen. Falls der Beschluß der Repräsentantenkammer zum Gesetz erhoben wird, werden die Vereinigten Staaten aus 45 Republiken und nur noch 4 Territorien (Provinzen) bestehen. — Für Utah bedeutet die Erhebung zum Staate vollständige Selbstverwaltung, Vertretung im Senate durch zwei Mitglieder und Vertretung im Repräsentantenhaus durch stimm-berechtigte Abgeordnete, während es als Territorium im wesentlichen der Oberaufsicht des Präsidenten der Union untersteht, im Senate gar nicht und zu der Repräsentantenkammer bloß durch Abgeordnete mit beratender Stimme vertreten ist. Bloß Alaska, Arizona, Neu-Mexico und Oklahoma würden künftighin als Territorien behandelt werden. Dieselben haben zusammen bloß etwas über 300 000 Einwohner.

Von der Mac Kinsley-Bill. Der Finanzminister der Repräsentantenkammer der Vereinigten Staaten hat angeordnet, daß der Kommissionsbericht über die Tarifvorlage dem Repräsentantenhaus am Dienstag unterbreitet werden solle.

Parlamentarisches.

Für die Nachwahl in Reichstags-Wahlkreise Neustadt, wo der Abg. Citronowski sein Mandat niederlegte, hat der „Schief. Volkszeitung“ zufolge eine zahlreiche Versammlung in Jäh den Wählerausbehalter Deloch auf Döberzdorf, Kreis Neustadt, als Kandidaten aufgestellt.

Der Entwurf eines Gesetzes über Abzahlungsgeschäfte ist dem Reichstage zugegangen.

Von den Deutsch-Konservativen. Die Abgeordneten Prinz zu Hohenlohe-Schillingfürst und Pöhlmann, Hospitanten der deutsch-konservativen Fraktion, welche bei der gestrigen Abstimmung über den Handelsvertrag mit Rumänien, wie gemeldet, im Gegensatz zur Fraktion für den Vertrag gestimmt haben, nach der „Kreuz-Zeitung“, ihren Austritt aus der Fraktion erklärt.

Viehseuchen-Kommission. Die Kommission des Reichstages zur Vorbereitung der Novelle zum Viehseuchen-Gesetz gelangte in ihren Beratungen heute bis Art. V., der mit unwesentlichen redaktionellen Änderungen angenommen wurde.

Aus der Wahlprüfungskommission. In der Sitzung vom Mittwoch Abend wurden die Wahlen der Abgeordneten Graf v. Kanitz-Podangen, Colmar (2. Bromberg), Schmidt (Pommern), v. Arnswalde-Wöhme (S. Hannover), v. Dziembowski-Bornian (S. Posen), Lohse (S. Sachsen), Waddeberg (I. Sachsen), Stephann (Lothau), Weidenfeld (12. Düsseldorf), Merbach (9. Sachsen) für gültig erklärt. Gegen die Wahlen der genannten Abgeordneten waren Proteste eingelaufen, die indes, theils nur sehr ungenügend motivirt, theils nur gegen nebensächliche Punkte gerichtet waren, so daß denselben eine weitere Folge nicht gegeben werden konnte. Die Kommission wird erst nach den Weihnachtsferien ihre Arbeiten wieder aufnehmen.

Die VI. Kommission, welche zur Berathung der sog. kleinen Handelsverträge eingesetzt war, beschäftigte sich gestern mit der vom Zentrum beantragten Resolution, deren Wortlaut wir bereits in einer früheren Nummer mitgetheilt haben. Es wird in derselben verlangt, daß bei Aufschluß von Handelsverträgen oder im Anschluß an solche auf eine gemeinsame Regelung des Währungssystems, des Börsenwesens und der Arbeiterschutzeselbstgesetzgebung Bedacht genommen werden soll; ferner wird die bergewerkschaftliche Organisation der Landwirtschaft und die Schaffung eines Agrarrechts verlangt. Vertheidigt wurde die Resolution von den Zentrums-Abgeordneten Dr. Lieber, Wachem und Gröber, gegen dieselbe sprachen die Abgeordneten v. Hammerstein, Graf Arnim und v. Staudy. Abg. Dr. Schoenlant erklärte, daß für die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission nur der Punkt über die Arbeiterschutzeselbstgesetzgebung annehmbar sei. Nachdem Abg. Dr. Lieber die beiden letzten Forderungen zurückgezogen hatte, wurde der erste Punkt (gemeinsame Regelung des Währungssystems, des Börsenwesens und der Arbeiterschutzeselbstgesetzgebung) in einer vom Abg. Baerle neu formulirten Fassung mit 8 gegen 7 Stimmen angenommen.

Parteinachrichten.

Genosse Jean Martin, ehemaliger Redakteur der „Mittelschweizer Volkszeitung“, welcher sich bekanntlich durch Mord der über ihn verhängten Freiheitsstrafe entzogen hatte, hat sich jetzt, nachdem seine Gesundheit wieder hergestellt, freiwillig der hiesigen Anstalt zur Gefängnisverwaltung gestellt.

Bei der Gemeinderathswahl in Heilsbrunn brachten unsere Genossen einen der ihnen durch; außerdem wurden gewählt 5 Volksparteiler und 2 Nationalliberale.

Todtenliste der Partei. In Hamburg ist am Mittwoch ein alt bewährter Parteigenosse, der Maurer Dammann, im Alter von 88 Jahren gestorben. Dammann, der schon seit Jahren lungenleidend war, hat trotz fortwährender Krankheit stets regen Theil genommen und wir geben wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß die aufreibende geistige Beschäftigung, der er selbst in seinen Lebendtagen nachging, zur Beschleunigung seines frühen Todes beigetragen hat. Maurer von Beruf, machte er sich namentlich in den achtziger Jahren um die gewerkschaftliche Organisation seiner Berufskollegen hochverdient. Später wurde er Kassirer der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und in dieser Eigenschaft dürfte sein Name auch weit über die Thore Hamburgs hinaus unter der deutschen Arbeiterschaft ehrenvoll bekannt geworden sein.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Gegen das freisprechende Urtheil der Strafkammer in Welschaden betreffend den Gen. Wilhelm, der wegen Ausbringen eines Hochs auf die „revolutionäre Sozialdemokratie“ angeklagt war, hat der Staatsanwalt Berufung eingelegt.

Vor dem Mannheimer Schöffengericht kam dieser Tage ein kleiner Nachklang zu den badischen Landtagswahlen zum Austrag. In dem Wahllokal auf der Mählau suchte der nationalliberale Zimmermann Freih. von Gießen Süßkind dadurch zu vertreiben, daß er ihn auf die Höhe trat. Dieser distirte ein beizugsamlicher Ulas Süßkind drei Tage hinter die schwedischen Gardinen. Süßkind nahm die Strafe nicht an und ließ die Sache vor das Schöffengericht kommen. In der gestrigen Verhandlung wurde er, und zwar auf Antrag des Vertreters der Staatsbehörde selbst, unter Uebernahme der Kosten auf die Staatskasse freigesprochen. Vor Ausfertigung des bezirksamtlichen Strafbefehls war Süßkind nicht einmal gehört, sondern einfach auf die Meldung der Schummannschaft hin mit den drei Tagen bedacht worden. Mit welchem Grad von Berechtigung hat die Verhandlung bewiesen.

Concert-Veranstaltungen.

Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein hielt am 8. d. M. seine Vereinsversammlung ab. Dr. Heymann hatte ein Referat gehalten, aber in letzter Stunde abgelehnt, und mußte anstelle dessen ein Vesperabend abgehalten werden. Zur Vorlesung kam ein Artikel aus den „Zeitschwingen“ über Volksliteratur. Daraus entspann sich eine lebhafteste Diskussion, an der sich die Frauen Jhrer, Klauke, Schäblich, Kren, Bengels und Fr. Wien betheiligten. Es wurde von allen Rednerinnen auf die Schand- und Schauer-Romane hingewiesen und den Frauen ans Herz gelegt, derartige Schriften weit von sich zu weisen und dafür eine zeitgemäße und unserm Sinne angepasste Literatur anzuschaffen. Frau Jhrer wies auf verschiedene gute, erst kürzlich neu erschienene Bücher hin, dieselben den Anwesenden zum fleißigen Studium empfehlend. In Vereinsangelegenheiten wurde bekannt gemacht, daß vor Weihnachten keine Versammlung stattfindet, sondern die nächste Generalversammlung am 10. Januar stattfindet. In einer Resolution sprachen die Mitglieder ihre Entrüstung aus, daß der „Vorwärts“ den Bericht über das erste Stiftungsfest nicht gebracht hat.

Die in der mechanischen Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hatten sich am 13. Dezember in der „Königsbank“ versammelt, um den Streikbericht entgegenzunehmen. Kollege Demmler berichtete, daß der Kampfmuth, mit dem die Arbeiter in den Streik eingetreten sind, fortbesteht. Nur ein paar Streikbrecher haben sich gefunden; bei Simonsohn u. Stern haben am Dienstag einzelne Arbeiter angegangen, die allein nicht lange arbeiten können, bei Rauf haben drei Zwickler die Arbeit aufgenommen. Klinge erklärte die Lohnforderungen für berechtigt, nur will er sie jetzt nicht einseitig bewilligen. Er wird, wenn die Kollegen fest bleiben, sicher nachgeben. In der Diskussion bestritten die Redner, daß der Stand der Streiks kein schlechter ist. Die Kollegen bei Fürstheim haben moralische Unterstützung zugesagt. Genosse Jaber forderte die Streikenden zum strengen Aushalten auf und zum eifrigen Heranziehen der Indifferenten. Im weiteren Verlauf der Debatte wurde die Handlungsweise der Streikbrecher, die zum Theil Streikunterstützung sich haben vorsetzen lassen, an den Pranger gestellt. Die Fabrikanten, bei denen die Arbeit fort dauert, haben eine vollständige Liste sämtlicher Streikenden und Stellen keinen von diesen ein. Bei Buchholz ist inzwischen Aufregung zweier Kollegen, welche der Gewerkschaft angehören, festgestellt worden. Die tüchtigen Arbeiter werden daher bei diesem Herrn nicht mehr lange in Arbeit bleiben. Die Polizei kommt den Unternehmern wieder nach Möglichkeit zu Hilfe, sie verwendet eine Anzahl uniformirter und nicht uniformirter Beamten dazu, die Streikbrecher vor einem Zusammenkommen mit Streikenden zu bewahren. Ein Fall wurde mitgeteilt, in welchem ein Streikbrecher von einem Nichtuniformirten bis nach Hause begleitet und am nächsten Morgen sogar aus dem Hause wieder abgeholt wurde. Mehrere Arbeitgeber, bei denen gestreikt wird, suchen ihren Arbeitern bereits ein wenig entgegenzukommen, sie werden bald ganz kapituliren müssen. Die Versammlung beschloß, die Handlungsweise der Fabrikanten in der Presse zu geißeln und zu brandmarken, bis endlich der Starrsinn gebogen wird, sowie Front gegen die schwarzen Listen zu machen und den Ausstand so lange aufrecht zu erhalten, bis alle Forderungen bewilligt sind. Ferner erklärt die Versammlung, keine fremden Waaren anfertigen zu lassen. Die Lohnkommission wurde beauftragt, die Streikbrecher nicht nur im „Vorwärts“, sondern auch im Schuhmacher-Fachblatt zu veröffentlichen, damit es ihnen ähnlich gebe, wie einzelnen älteren Streikbrechern, die in ganz Deutschland vergebens dauernde Arbeit gesucht haben. Nachdem noch Maßnahmen, die in Wittenwalde zu treffen sind, besprochen waren, wurden die Kollegen an ihre Pflicht erinnert, sämmtlich am Plage zu sein, damit die Kontrolle in genügendem Maße ausgeübt werden könne.

Der sozialdemokratische Verein „Vorwärts“ in Niddorf hielt am 12. Dezember in Barta's Salon, Bergstraße 120, eine Mitglieder-Versammlung ab. Genosse Pinin besprach in einem ausführlichen Vortrag die sozialen Zustände im Alterthum. Genosse Becker verlas hierauf den Jahresbericht vom 2. Stiftungsfest. Die Einnahmen betragen 236,90 Mark, die Ausgaben 173,80 Mk., somit verblieb ein Ueberschuß von 63,10 Mk. Nach Friedigung interner Vereinsangelegenheiten erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abgemessen ist, dem Subskribenten zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie macht sich aber gleichmäßig dagegen, mit dem Inhalt desselben beauftragt zu werden.

Zur Jugendschriftenfrage. Vom Genossen Hoffmann geht folgende Verichtigung zu:

In der Nr. 288 des „Vorwärts“ wird in einem Artikel unter dem Strich, betitelt „Jugendschriften und Silberbücher“, gezeichnet „Alpha“ behauptet, daß in meinem Verlage erschienene Silberbücher wäre eine „geschmacklose, übertriebene, vergerete Ra ch a m u n g“ des Dierkeschen Silberbuchs. Ich erkläre hiermit, daß die Behauptung der Nachahmung auf Unwahrheit beruht, da an dem Material zu meinem Silberbuch eher gearbeitet wurde, als Dieb mit der Idee, ein solches herauszugeben, an die Öffentlichkeit trat.

H. Hoffmann's Verlag, Pantow (früher Zeit).

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 15. Dezember. Opernhaus. Keine Vorstellung. Schauspielhaus. Ein Schritt vom Wege. Deutsches Theater. Die Jüdin von Toledo. Berliner Theater. Aus eigenem Recht. Lessing-Theater. Cavalleria rusticana. La lacondiera. Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der Bettelstudent. Residenz-Theater. Die Dragoner. Neues Theater. Jugend. Central-Theater. Die eiserne Jungfrau. Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Viktorien-Theater. Die sieben Raben. Alexandersplatz-Theater. Ein Kind der Sünde. National-Theater. Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago. Theater Unter den Linden. Der Milado. Hierauf: Pierrot-Gavotte. American-Theater. Die Trodenwohner oder das Kind in der Kommode. Die Gründung Roms in der Möckernstraße. Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung. Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.
Große Frankfurterstraße 132.
Volks-Vorstellung
zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Preciosa.
Schauspiel in 4 Aufzügen
von Pius Alexander Wolf.
Musik von Carl Maria von Weber.
Regie: Max Samst.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Morgen: Volks-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen. Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago.

Central-Theater.
Alte Jakobstraße 30.
Vorleser Woche.
Zum 37. Male:
Die eiserne Jungfrau.
Posse mit Gesang in 3 Akten von Charles Clairville.
Musik von Louis Varney.
Anfang: 7 1/2 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage: Die eiserne Jungfrau.

Adolph Ernst-Theater.
Charley's Tante.
Schauspiel in 3 Akten v. Brandon Thomas.
Vorher:
Die Bajazi.
Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt v. Ed. Jacobson und Benno Jacobson.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.
Heute zum 59. Male:
Die Gründung Roms
in der Möckernstraße.
!! Auf vielseitigen Wunsch !!
Die Trockenwohner
oder: Das Kind in der Kommode.
!! Neue Aufführung !!
!! Nur 10 Vorstellungen !!
Musik. sämtl. Spezialitäten.
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonntags 6 1/2 Uhr.

Circus Renz.
(Karlstraße.)
Freitag, den 15. Dezember,
Abends 7 1/2 Uhr:
Große Komiker-Vorstellung.
Unter anderem:
Prinz Carneval und sein Gefolge, vorgeführt von Herrn R. Renz. Jeu de la rose, geritten von Frau Renz-Stark und Miss Edith. Der urkomische Clowns-Juitor Mr. Ybba. Die gr. Tromplinsprünge mit Brillant-Henckelwerk. Der Clowns Morkel mit seinem Gjel Pipifax. Mr. Lavator Leo mit dem kleinsten Elephanten der Welt. Signor Moglio mit seinen dressierten Affen u. s. w.
Zum Schluss:
Sulbigungsgruß an Berlin.
Gr. Parade-Schauspiel v. Dir. Fr. Renz, mit Aufzügen, Feitstücken, Solo- und Ensemble-Längen von 30 Damen.
Preise der Plätze wie gewöhnlich.
Sonabend: **Große Vorstellung.**
Fr. Renz, Direktor.

Etablissement Buggenhagen.
Täglich: Gr. Instrumental-Konzert. Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausschank von Pilsener Lagerbier, hell und dunkel.
An den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., statt. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

Castan's Panopticum.
Weihnachts-Ausstellung
„Es war einmal!“
Ein Märchen-Cyclus.

Gratweil'sche Bierhallen
Kommandantenstr. 77-79.
Welt. u. größt. Etablissement. Berl.
Neues Programm.
Täglich von 6 1/2 Uhr ab:
Concert d. ungarisch. Magnaten-Kapelle
und Auftreten von **Künstlern u. Spezialitäten I. Ranges.**
Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 15 Pf., reserviert 30 Pf. Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf., reserviert 50 Pf.
Anerkannt gute Küche. Säle
für Festlichkeiten u. Versammlungen. 3 Regelbahnen, 6 Bill., pr. Std. 60 Pf. Spieler zahlen kein Entree.
Carl Koch.

Kaufmann's Variété
Stadtbahn-Station Alexanderplatz.
Täglich: **Große Spezialitäten-Vorstellung**
von nur Künstlern I. Ranges: Bernhard Leitner, Athlet und Preisbringer. Kraftproduktion in 2 Pferden. Familie Ueberle, Vorterr-Gymnastiker. Gebr. Palmer, Gymnast. Jahrsproduktion. Signorina Kathi, Drahtseilkünstlerin. Fr. Möller, Schlangendame. Fr. Torci Kör, ungarische Sängerin und Tänzerin. Georg Cordes, Gesangshumorist.
Anfang: Sonntags 6 Uhr. Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 1/2 Uhr. Wochentags 50 Pf.
A. Zimmermann.

Auf Wunsch vieler Eltern! Kinder-Vorstellung
Sonabend, 16. Dezbr., Nachm. 4 1/2 Uhr.
Das Weihnachts-Märchen
von J. Lohmeyer.
Nur im Passage-Panopticum.
Kinder 25 Pfennig.

Sanssouci, Kottbuserstrasse No. 4 a.
Sonntag, den 17. Dezember:
Letzte Soiree
der **Stettiner Sänger**
v. Weihnachten.
Anfang 7 Uhr.
Entree 50 Pf.
Neues Programm. Unter anderem:
„Kommt a Vogel geflogen.“
Große musikalische Parodie.

Alcazar.
Dresdenerstr. 52/53 Annonstr. 42/43
Täglich:
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Francis Era am asiatisch. Luftapparat
Arthur Valleno,
der fünfjährige Wunderknaube.
Neu!
Von der Straße.
Posse in 2 Akten von H. Kano.
Entree: Wochentags 15 Pf.
R. Winkler.

Anabenhofen, Einzelverkauf, billigt, Grenadierstr. 34.

Am 12. d. Mts. entließ nach langen Leiden unser Bruder, Schwager und Onkel, der Maler **Ludwig Ehlert** nach vollendetem 44. Lebensjahre. Dies zeigen tiefbetruert an
Die Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am 16. d. Mts., Nachm. 3 Uhr, auf dem Luisenstädtischen Kirchhof, Bergmannstraße, statt.
Allen Verwandten, Kollegen und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser guter, lieber Sohn und Bruder, der Musiker **Conrad Goldhorn** im 26. Jahre am 23. September im Krankenhause in Hongkong an Durchfall gestorben ist. 6996
Die tieftrauernd. Eltern u. Geschwister, Neue Hochstr. 89.

Gauverein Berl. Bildhauer.
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß am 11. d. Mts. unser Kollege und Mitglied, der Steinbildhauer **Otto Hensel** in seinem 85. Lebensjahre nach langem Krankenlager seinem schweren Leiden (Schwindsucht) erlegen ist.
Die Beerdigung findet heute, Freitag, Nachmittags 3 Uhr, auf dem Zwölf Apostel-Kirchhof (Schöneberg, nahe bei Friedenau) statt. 147/19
Um zahlreiche Beteiligung der Mitglieder bei derselben bittet
Der Vorstand.

Neue freie Volksbühne.
„Die Jugend“
von Max Halbe. 453/3
Sonntag, 17. Dezbr.: II. Abthl. 2 1/2 Uhr.
Sonntag, 31. Dezbr.: III. Abthl. 2 Uhr.
Zahlstellen:
Norden: E. Klein, Granaterstr. 10. C. Engel, Chorinerstr. 9. Aug. Namejat, Auguststr. 6a. I. Alb. Knapp, Kastanienallee 95.
Nord-Osten: A. Reißner, Marienburgerstr. 36. A. Hüttrich, Gollnowstraße 5. R. Bohn, Neue Königstr. 2. Paul Heimde, Ballisadenstr. 10. Rob. Berger, Gr. Frankfurterstr. 92.
Nord-Westen: A. Schiefel, Gohlisdorferstr. 8.
Süden: S. Lubin, Brandenburgstraße 11. W. Hagemann, Oranienstraße 144. Herm. Wobben, Kommandantenstr. 62.
Süd-Osten: B. Zack, Oppelnerstr. 45. C. Lüdtke, Mantuffelstr. 32. Th. Stampehl, Mariannenstr. 26. Willy Schmidt, Brangelstr. 141. Aug. Günther, Jolepstr. 10. Hugo Köhn, Raumunstraße 88. Ferd. Hoffmann, Waldemarstraße 61.
Süd-Westen: Ed. Bedrens, Gneisenaustr. 80. C. Werling, Bellealliancestraße 96.
Osten: Aug. Jansinger, Krautstr. 36. Georg Zandke, Blumenstr. 4-5.
Westen: Felix Jacobowski, Potsdamerstr. 166a.
Wilmersdorf: Otto Zack, Neckenburgstr. 13. 453/4

Circus G. Schumann,
Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstrasse.
Freitag, den 15. Dezember,
Abends 7 1/2 Uhr:
Große Brillant-Vorstellung.
Besonders hervorzuheben:
Carroussel mit 25 Pferden, Original-Dressur des Herrn Max Schumann. Spring-Potpourri von sämtl. Clowns. Promenade des fleurs, geritten von Mlle. Jeannette und Mathilde Lecusson. Faust u. Gretchen, in Freiheit dressiert und vorgef. von Herrn Adolf Schumann. Gastauftritte der berühmten **Reiterinnen Geschw. Ferno.** Damen-Jodel, dargestellt von Miss Oxford. Original-Clown Olschansky mit seinen dressierten Hagen und Ratten.
Zum 7. Male:
Cancan vor Gericht.
Ballet-Burleske in 2 Tableaux.
1. Tabl.: Ein Maskenball im Bal mabillo.
2. Tabl.: Vor Gericht.
Serpentintanz von 4 Damen.
Morgen: Gr. Vorstellung, Sonntag: 2 Vorstellungen, Nachm. 4 und Abends 7 1/2 Uhr. (Nachm. 1 Kind frei.) Hochachtungsvoll und ergebenst
G. Schumann, Direktor.

Präuscher's Museum.
Tausende von anatomischen Präparaten. **Schuhkanal durch fünf Körper.**
Gladiatoren-Kampf.
Wunder d. Ceroplastik u. Mechanik.
Täglich von 9 früh bis 10 Abends für erwachsene Herren.
Dienstag und Freitag: **Damentag.**
Empfehle den Genossen mein **Weiß- und Garischbier-Local.**
11 verschiedene Arbeiterzeitungen liegen aus den meisten Provinzen Deutschlands aus. Ein Vereinszimmer zu 40 Personen ist frei. **W. Grube,** Solmsstraße, Ecke der Mariendorferstr. 121/17

Freie Volksbühne.

Am Sonntag, den 17. Dezember findet für die III. Abtheilung, am Montag, den 25. Dezember (1. Weihnachtstfesttag), findet für die IV. Abtheilung eine Vorstellung im National-Theater statt.
Die nächste Vorstellung für die V. Abtheilung, die eigentlich im Januar stattfinden hat, findet statt am **Sonntag, den 31. Dezember (Sylvestertag).**
Der Beitrag für diese Vorstellung (als Januar-Vorstellung) ist 60 Pf. mit dem Zuschlag von 30 Pf., also 90 Pf.
Sämtliche Vorstellungen beginnen um 2 1/2 Uhr.
Zur Aufführung gelangt:
Die Weber.
Schauspiel aus den vierziger Jahren.
Von Gerhard Hauptmann.
Verloren sind im Theater: Ein schwarzes Portemonnaie; eine goldene Kravattennadel; eine Korallenkette (10 Mk. Findexlöcher). Vertauscht ist bei der letzten Vorstellung im Nationaltheater ein Ruff. Die Finder werden dringend gebeten, die Gegenstände bei dem Unterzeichneten abzugeben.
Der Vorstand der Freien Volksbühne.
J. A.: Julius Türk, SW., Solmsstr. 24.

Arbeiter-Bildungsschule

Sonntag, den 17. Dezember, Vormittags 10 Uhr, in der Berliner Ressource, Kommandanten-Straße 57:
Außerordentliche General-Versammlung!
Tages-Ordnung:
1. Antrag Jbscher und Genossen: „Aufhebung des früheren General-versammlungs-Beschlusses, die Schule in Gastlokale zu verlegen.“
2. Verschiedenes.
Es ist Pflicht aller Mitglieder, zu dieser äußerst wichtigen Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand.
454/4

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Freitag, den 15. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, in den Germania-Festsälen, Chausseest. 103:
Außerord. General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Nothwendigkeit der politischen Organisation. Referent: Reichstagsabgeordneter **Buch**-Wahlhaus. 2. Diskussion. 3. Bestätigung der von den Abtheilungsführern vorgelegten Protokolle von den Verhandlungen des Berliner Parteitag an die Mitglieder. 4. Verschiedenes und Fragekasten. 5. Wahl eines Vergütungskomitees zum Stiftungsfest.
NB. Das Stiftungsfest findet am 10. Februar 1894 in den Germania-Festsälen statt.
Der Vorstand.
241/61

Stuckateure!

Oeffentliche Versammlung
der Stuckateure und Berufsen. für Moabit, Wedding, Gesundbrunnen, Reinickendorf, Pankow u. Weissensee
am Sonntag, den 17. Dezember, Vorm. 10 Uhr,
bei **O. Coan** (Victoria-Garten), Radstr. 12, vis-à-vis d. Adlerbrauerei.
Tagesordnung:
1. Nutzen und Zweck der Gewerkschaftsorganisation. (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht). 2. Diskussion. 3. Wahl eines Vertrauensmannes. 4. Verschiedenes.
In dieser Versammlung werden namentlich die im Norden Berlins wohnenden Kollegen, insbesondere die der Firma **Jachyrota** ersucht, sich zahlreich einzufinden.
Arbeitslose Kollegen sind von der Zellerfassung ausgeschlossen.
692/5
Die Vertrauensleute.

Zentralverb. d. Maurer Deutschlands

Zahlstelle I Berlin (Putzer).
Sonntag, den 17. Dezember, Vormittags 11 Uhr, im Lokale Annenstr. 16:
Außerordentl. Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Verlegung des Versammlungslokals. 2. Berathung event. Anträge auf Aenderung des Statuts für den am 5. März 1894 stattfindenden Verbandstag. — Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung werden die Mitglieder ersucht, recht zahlreich am Platze zu sein.
249/7
Der Bevollmächtigte.

Achtung, Zimmerer!

Sonntag, den 17. Dezember, Vormittags 10 Uhr, bei **Robert, Benthstraße 22, 1 Tr.:**
Versammlung des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgeg.
Tagesordnung:
1. Vereinsangelegenheiten und Gewerkschaftliches (Lohnfrage). 2. Vortrag über: „Fortschritt und Armuth“. Referent Genosse **Sassenbach.** 428/8
 Zutritt hat jeder Zimmerer. Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Tischler-Verein.

Sonabend, den 16. d. M., Abends 9 Uhr, Melchiorstraße 15:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Wahl des gesammten Vorstandes für das Jahr 1894. — Quittungsbuch legitimirt. Die Mitglieder werden ersucht, die §§ 3 und 4 des Statuts zu beachten.
933/5
Der Vorstand.

Schöneberg.

Freie Vereing. der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter Schönebergs und Umg.
Am Sonntag, den 17. Dezember, Nachmitt. 1 1/2 Uhr, in **Jacob's Salon, Grunewaldstraße 110:**
Mitglieder-Versammlung.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

20. Sitzung vom 14. Dezember 1893. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Graf v. Caprivi, v. Marschall, v. Bötticher.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Gewährung von Unterstufungen an Invaliden aus den Kriegen vor 1870 und an deren Hinterbliebene. Zu demselben lag ein Antrag des Abg. v. Schöning vor, wonach die Militärpersonen, welche infolge Verwundung an den ferneren Unternehmungen des Feldzuges theilnehmend gebindert waren, berücksichtigt werden sollen bei der Berechnung der Dienstjahre. Der Antragsteller zieht den Antrag für jetzt zurück und behält sich vor, ihn später wieder einzubringen.

Abg. Vech (fr.) macht darauf aufmerksam, daß die Beamten des Heeres und der Marine, welche in diesem Gesetze den übrigen Personen des Soldatenstandes gleichgestellt sind, in dem Militärpensions-Gesetz von 1893 vollständig übergegangen seien, und fragt die Reichsregierung, ob sie diese Lücke auszufüllen gesonnen sei.

Generalleutnant v. Spitz erwidert, daß die gewünschte Gleichstellung der Militärbeamten mit den Offizieren nur auf dem Wege einer Aenderung des Reichsbeamten-Gesetzes erfolgen könne.

Das Gesetz wird hierauf unverändert nach den Beschlüssen zweiter Lesung im ganzen definitiv angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des spanischen Handelsvertrags, von welchem zunächst die Artikel 1 und 8 zur Beratung gestellt werden. Ersterer enthält die Bestimmung der Gleichberechtigung der Angehörigen beider vertragsschließenden Theile, letzterer enthält als Anlage den Tarif.

Abg. Bürklin (nat.) weist darauf hin, daß in diesem Vertrage der Wein Zoll das Hauptkompensationsobjekt bilde. Die Regierungen haben über die Wirkungen des italienischen Handelsvertrages günstig berichtet; aber diese Berichte beruhen wohl nur auf dem Urtheile der Handelskammern, die nur das Interesse des Weinhandels berücksichtigen, was begreiflich ist, woraus ihnen auch niemand einen Vorwurf machen kann. Aber die Weinbauern sind anderer Meinung; sie fühlen den Preisdruck des ausländischen Produkts sehr stark. Redner ist trotzdem für den Vertrag, weil der spanische Verschnittwein besser sei, als der italienische; man braucht vom spanischen Wein weniger zum Verschnitt und sehr deshalb mehr deutschen zu, als bei dem italienischen Wein. Redner bedauert, daß man die gesetzlichen Vorschriften nicht richtig beachte.

Staatssekretär v. Bötticher: Nach den Erfahrungen des Jahres 1892 haben wir jedenfalls keinen Anlaß, die Herabsetzung des Weinzolls zu bereuen und Spanien das zu verweigern, was wir Italien bewilligt haben. Das Produkt, das aus dem Verschnitt hervorgeht, findet einen leichten und guten Absatz, einen besseren, als das deutsche Produkt allein. Die Regierung will dahin streben, daß sie über die Wirkung dieser Maßregel fortlaufend unterrichtet wird. Was das Verbot der Verwendung von Kunstweinen betrifft, so besteht bei den Zollbedenken kein Zweifel darüber, daß der Verschnitt mit Kunstweinen nicht zulässig ist, und wenn dazu noch besondere Verordnungen nötig sein sollten, so werden die verbündeten Regierungen geneigt sein, diese zu erlassen.

Abg. v. Manteuffel (D.): Aus politischen Ansichten konnte man im Jahre 1891 sehr anders über Handelsverträge denken als heute. (Sehr richtig! rechts.) Man sagte damals, daß es notwendig sei, das gute Verhältnis im Dreibunde zu stärken. Ich will mich nicht auf die hohe Politik einlassen; ich kann aber nur ein gutes Verhältnis im Dreibund wünschen. Daß bei Ablehnung des Vertrages sich das Verhältnis verschlechtert hätte, zu beweisen, würde allerdings sehr schwer sein. Im Dreibund ist Deutschland am schwersten belastet durch die Rüstung, und in Deutschland trägt wiederum die Landwirtschaft die größte Last. (Sehr richtig! rechts.) Die Preise der landwirtschaftlichen Produkte waren 1891 ungewöhnlich hoch, und es lag die Gefahr nahe, daß die Zölle erheblich reduziert würden, wenn nicht durch die Handelsverträge die Sache abgemildert würde. Wir müßten uns verlassen auf die Zusage des Reichskanzlers, daß die Zölle nicht ermäßigt werden sollten. Alle diese Gesichtspunkte, die damals maßgebend waren, sind heute, wo wir 100 M. pro Wispel weniger bekommen, nicht mehr vorhanden. Dadurch ist der Widerspruch in der Abstimmung von damals und heute schon erledigt. Ich habe für die Verträge 1891 gestimmt, habe aber bald eingesehen, daß das ein politischer Fehler war, und von diesem Augenblicke an schied ich unsere Wege von denen der Regierung. Der Reichskanzler hat uns auseinandergesetzt, wie er gegenüber der Landwirtschaft eine gebundene Marschroute habe, da zur Kompetenz des Reichs nur das Veterinärwesen und einige andere Punkte gehören. Beim Abschluß der Handelsverträge müssen aber die Landwirtschaft berücksichtigt werden, aber das einzige Äquivalent sind die landwirtschaftlichen Zölle gewesen. Das wird nicht dazu beitragen, dem Reichskanzler bei der Landwirtschaft besondere Freunde zu erwerben. Glauben Sie, daß durch die gestrige Abstimmung die Bewegung der Agrarier eine schwächere werden wird? Nein, sie wird nur neue Nahrung erhalten. Zu den Kompetenzen der verbündeten Regierungen gehört auch ganz unabweisbar die Währungsfrage, und bezüglich der Währungsfrage steht der Reichskanzler den Wünschen der Landwirtschaft entgegen. Vier eine Verbesserung zu schaffen, wäre er wohl in der Lage. (Sehr richtig! rechts.) Agitation sollte doch Herr v. Bennigsen und am wenigsten vorwerfen, er, der den Rückblick gegen das Volksschul-Gesetz aufgerufen hat. (Sehr richtig! rechts.) Die damalige Agitation war ein schweres nationales Unglück. (Widerspruch links.) Die Agitation ist keine gemachte. Ich spreche hier im Namen meiner ganzen Fraktion (lebhaft Zustimmung rechts) und ich glaube der konservativen im Lande. Trotz der Ausführungen des Herrn v. Bennigsen stehen 99 pCt. sämtlicher Landwirthe auf meiner Seite und werden unterstützen, was ich gesagt habe. Das wollen die Herren bedenken, darum bitte ich und das hoffe ich. (Lebhafte Beifall rechts.)

Reichskanzler Graf Caprivi: Ich habe es ursprünglich für möglich gehalten, daß wir auf 3 M. zurückgehen können. Aber ich erkenne, daß ich dafür keine Zustimmung fand. Ich gebe auch zu, daß alle der Meinung waren, daß es besser sei 5 M. Zoll zu behalten. Wenn ich die 5 M. Ihnen hätte lassen können und dabei doch einen Handelsvertrag hätte bekommen können, so würde ich nicht heruntergegangen sein. Damals 1891 war die Stimmung in den agrarischen Kreisen keine sehr scharfe. Man stand unter dem Eindruck des Ansturms gegen die Getreidezölle, man war bereit, sie zeitweilig ganz aufzuheben. Ich habe mir damals ein Verdienst um die Landwirtschaft erworben, dadurch, daß ich einer Reduktion der Zölle auf Zeit mich entgegenstellte. Also nicht bloß politische Rücksichten waren damals maßgebend. Die Agitation, welche die Landwirtschaft beherrscht, hatte damals noch nicht den hohen Grad erreicht wie jetzt. Man war noch im Stande, objektiv zu urtheilen und stand nicht unter dem Eindruck subjektiver Beeinflussungen. Die Verhältnisse haben sich

geändert; ein Zeichen dafür ist das Aufkommen des Bundes der Landwirthe, gegen den ich an sich nichts einzuwenden habe, den ich mit Herrn v. Bennigsen für berechtigt halte, soweit sein Auftreten vereinbar ist mit dem Gesamtwohl des Staates. Ein Gesetz, welches für das Wohl einer Klasse eintritt, schädigt andere Klassen, und diese Klippe wollten die Regierungen vermeiden. Mag der Bund zündende Gedanken und lichtvolle Ideen haben; wir werden bereit sein, sie durchzuführen, der Reichskanzler oder die Einzelstaaten. Aber davon war bis jetzt noch nichts zu merken. Ich wende mich gegen die agitatorische Methode, die eingetreten ist. Es ist nicht konservativ, Majorität gegen Autorität, die Massen gegen die Autorität der Regierung in's Geheiß zu führen. Die Regierung muß sich stützen auf große Theile der Bevölkerung; wie unsere Verhältnisse sind, ist es ausgeschlossen, daß eine Regierung sich auf eine einzelne Partei stützt. Welch eine? Sind Sie (rechts) im Stande, eine Majorität zu bilden, mit der regiert werden kann? Seitdem ich mein Amt inne habe, ist nichts anderes übrig geblieben, als das, was die Regierungen für recht halten, durchzuführen mit der Unterstützung verschiedener Parteien. Ich habe das damals ausgedrückt: Wir nehmen das Gute, wo wir es finden. Das ist die Unterstützung gern von Ihnen (rechts) hätte, brauche ich nicht erst zu sagen. Leihen Sie mir sie nicht, so suche ich sie wo anders. (Heiterkeit.) Sich auf Mehrheiten stützen, ist ein durchaus unkonsequenter Gedanke, der auch für die Parlamente schädlich ist. Wenn Sie sich auf die Massen stützen und imperatives Mandate annehmen, schädigen Sie das Ansehen des Parlamentes; wenn seine Thätigkeit beeinträchtigt wird von den Massen, dann ist der Reichstag keine Autorität mehr für das Volk. Dann wird er abhängig vom Volke. Der Abgeordnete hat die Pflicht, auf den Wahlkreis einzuwirken; er muß die Interessen seiner Wähler vertreten, aber er muß die durch den Verkehr mit den Kollegen gewonnene bessere Einsicht geltend machen. Wenn Herr v. Manteuffel sagt: Die gestrige Sitzung wird dahin führen, die agrarische Bewegung zu stärken, so wäre es seine Pflicht, die agrarische Bewegung einzuschränken (Rechts, rechts), die nicht gut belehrten Wähler aufzuklären. Aber Ihr Gelächter zeigt mir, daß Sie diesen Standpunkt nicht theilen, und daraus folgert er erst recht: Das, was Sie treiben, ist bedenklich; denn Sie wollen nicht den Massen entgegenreden, sondern wollen von ihnen geleitet sein; Sie sehen in den Massen eine Kraft, die Sie vorwärts treibt. Endlich hat der Abg. v. Manteuffel die Währungsfrage berührt und mir einen Vorwurf darüber gemacht. Wenn das die letzte Patrone ist, die Sie gegen mich verschossen haben, dann kann ich es mit ansehen. Was habe ich gethan? Was habe ich verbrochen? Zur Zeit der Brüsseler Münzkongress sollte ich nicht das Richtige gethan haben. Ich habe die Instruktion vorgelesen und dieselbe hat keinen Widerspruch erfahren. Wir haben, daß aus dieser Konferenz nichts herauskommen würde und warum wir uns an einem Fiasco aktiv betheiligen sollten, kann ich auch heute noch nicht einsehen. Ich habe damals es als bedenklich bezeichnet, daß der Bimetallismus agitatorisch betrieben wird. Ich halte diese Meinung auch heute noch aufrecht und kann nur bedauern, daß die Meinung von der konservativen Partei nicht getheilt wird. Denn die Ueberzeugung werden Sie mit nicht nehmen, daß die Währungsfrage nicht geeignet ist, von den Massen beurtheilt zu werden. Wenn Sie die Doppelwährung einführen wollen, ergreifen Sie die richtigen Wege; Sie haben ja einen Gesetzentwurf eingebracht. Ich bin gar nicht fixer in der Frage. Ich bin überzeugt, wir haben die beste Währung. Wenn man mich vom Gegentheil überzeugt, so würde ich mit mir reden lassen. Die königlich preussische Regierung befaßt sich mit der Sache ebenso ernst, wie das Reich. Der preussische Handelsminister hat Recherchen angeordnet, die nicht von heute auf morgen erledigt sein können; denn dabei kommen auch fremde Welttheile in Betracht, wenn man die Goldproduktion der Welt ermitteln will. Warten wir also ruhig ab (Zuruf des Abg. v. Hammerstein: Sehr ruhig!), und wenn wir nicht abwarten wollten, wenn wir ändern wollten, wir könnten gar nichts ändern. Wer will es denn veranlassen, daß die englische Regierung unter dem jetzigen Premierminister, der der schärfste Gegner der Doppelwährung ist, eingeht auf eine Veränderung der Währung? Bisher ist die Welt doch mit wenigen Ausnahmen einig darüber gewesen, daß eine Aenderung der Währung ohne Theilnahme Englands nicht durchführbar ist. Ich persönlich habe diese Ueberzeugung noch heute. Sie haben also kein Recht, aus meiner Haltung in der Währungsfrage einen Vorwurf herzuleiten. Wenn ich der sanftmüthigste Bimetallist wäre, im gegenwärtigen Augenblicke ist es rein unmöglich, einen Schritt zu thun. (Zustimmung links.)

Staatssekretär v. Marschall: Ich bin nach wie vor ein durchaus konservativer Mann und ein Schutzpolizist.

Abg. Dr. Schulz-Lupitz: Ich habe gestern für den rumänischen Vertrag gestimmt, nachdem ich mit der Lupe vorgelicht den Beweis gesucht habe, weshalb er der deutschen Landwirtschaft schaden könnte. Herr v. Manteuffel irrt sich, wenn er glaubt, daß 99 pCt. der Landwirthe hinter ihm stehen. Diese ganze Bewegung ist herbeigeführt durch eine Agitation ohne gleichen und sie wird nimmermehr zum Wohle Deutschlands und der deutschen Landwirtschaft ausschlagen. Ein fester Zoll von 3,50 M. ist mir lieber als ein 5 M.-Zoll, der jeden Augenblick ermäßigt werden kann. Die Krise der Landwirtschaft muß auf anderen Wegen beseitigt werden.

Die Produktivität des Grund und Bodens ist noch lange nicht erschöpft. Es steht uns zur Seite die Wissenschaft, eine tüchtige Arbeiterschaft und ein guter Kredit. Hoffen wir, daß dieser Kredit durch die agrarische Bewegung nicht erschüttert werde. (Beifall links.)

Abg. v. Heyl zu Herrnsheim (nat.): Man kann sehr wohl gegen den rumänischen und serbischen Handelsvertrag stimmen, ohne zugleich gegen den Vertrag mit Spanien zu stimmen. Der größte Theil meiner Partei wird für diesen Vertrag stimmen.

Abg. v. Stumm: Dafür, daß durch diesen Vertrag die deutsche Landwirtschaft geschädigt werde, ist ein Beweis nicht einmal versucht worden. Auf der anderen Seite hat ungewissheit unsere Exportindustrie von diesem Vertrage einen großen Vortheil. Herr Luy hat gestern bestritten, daß die Ausfuhr nach Rumänien, Spanien etc. nicht die Arbeit von 100 000 Arbeitern darstellt; er meint, in den 160 Millionen stecken nur 4 pCt. Arbeitslohn. Wenn das wirklich der Fall wäre, dann würde ich versucht sein, auch Sozialdemokrat zu werden. Der Betrag des Arbeitslohnes ist ein sehr viel höherer. Ich würde ein ganz anderes Rechenexempel aufmachen können als Herr Luy. Ich glaube, das mindestens die Hälfte des Werths auf den Arbeitslohn entfällt, ausgenommen sind vielleicht die Waaren, welche aus Stoffen hergestellt sind, die nicht aus Deutschland stammen. Da würde ein Theil des Arbeitslohnes auf das Ausland entfallen und könnte nicht angerechnet werden. Ich bitte, dem Vertrage mit Spanien Ihre Zustimmung zu geben, zumal von Seiten der Landwirtschaft keine Bedenken geltend gemacht werden können.

Abg. Rickerz (fr. Bg.): Die Unzufriedenheit des Bundes der Landwirthe rührt aus dem Invalidenversicherungsgesetz her, welches Herr v. Manteuffel ebenso angenommen hat, wie den österreichischen Handelsvertrag. Der Vertrag mit Spanien ist durchaus nicht so werthvoll; der mit Rumänien ist werthvoller. Es ist wunder-

bar, daß die Spanier so thun, als wenn die ganze spanische Arbeit an Deutschland ausgeliefert würde. Herr v. Bids könnte sich in dieser Beziehung die spanische Presse zum Nutzen nehmen. Ich habe den Reichskanzler bedauert über das Maß von Anstrengungen, welche er leistet, um die Herren auf der rechten zu versöhnen. Es sieht fast so aus, als ob er die Herren um Entschuldigungen bittet für seine Stellungnahme. Damit wird er bei den Herren kein Glück haben. Je sanfter er ist, desto schärfer werden sie ihn angreifen. Man sagt, die Massen der Bauern wollen das, was Sie hier verlangen. Ach nein! Sie schwören die Massen ein auf das, was Sie wollen, und dann lassen Sie sich nachher Telegramme kommen. Dieses ewige Klagen à la Ruprecht, dieses Betteln um Staatshilfe, das ist verwerflich. Wenn die Anträge des Herrn Dr. Schulz-Lupitz auf Ermäßigung der Eisenbahntarife u. s. w. kommen, dann werden wir dabei sein. Die Zwölferversammlung wird auch Herr v. Bennigsen nicht billigen. Die Herren Rittergutsbesitzer können bei der Vertheilung der Kommunal- und Schullasten, bei der Vertheilung der Stimmen auf den Kreistagen u. s. w. sich als wahre Bauernfreunde zeigen. Ein Gemeindevorsteher hat sogar die Beiträge zum Bunde der Landwirthe mit den Steuern zusammen erhoben; sogar Mittel von landwirtschaftlichen Vereinen und Kreditinstituten fließen in die Kasse des Bundes. Da ist es doch nicht wunderbar, daß die Bewegung eine solche Ausdehnung bekommt. Die kleine Presse, die den Landräthen untergeordnet ist, ist zum Theil das Organ des Bundes der Landwirthe. Muß das Volk nicht auf den Gedanken kommen, daß der Bund die Ansicht der preussischen Regierung vertritt. Der Reichskanzler hat ganz recht, die Herren können der Regierung keine Majorität bieten. Wenn die Nachmittel der Regierung angewendet werden, kann vielleicht eine solche Majorität geschaffen werden; aber auf wie lange? Die Herren hier (zu den Sozialdemokraten) können es ruhig abwarten, bis das Gebäude zusammenfällt. Machen Sie eine volkshämliche Politik, aber zerreißten Sie nicht das Band der gemeinsamen Interessen durch die Begünstigung des Bundes der Landwirthe. Alle Höflichkeit hilft nichts, die Antwort derselben wird dieselbe bleiben, die ein landwirtschaftlicher Verein gegeben hat: Der Reichskanzler versteht nichts von der Landwirtschaft, wir haben unbegrenztes Mißtrauen gegen ihn; er muß gehen!

Abg. Kropatschek (D.): Herr Rickerz's Rede erinnerte mich an meine Lehrerzeit, wenn hinten aus der Ecke der Schulstube ein kleiner Knabe einen Finger aufhebt und sagt: Herr Lehrer, die da vorne haben etwas Böses gethan! (Heiterkeit.) Das allerdings kann ich auch dem Reichskanzler sagen: Seine Liebeshandlungen helfen bei der rechten Seite nicht, ebenso wenig wie die Liebeshandlungen des Herrn Rickerz. (Heiterkeit.) Herr Rickerz's Meinung an Herrn v. Manteuffel halte ich nicht für berechtigt. Kleiner als Herr Rickerz mit seinen Freunden jetzt ist, kann er doch nicht werden. Herr v. Stumm hat nicht nachgewiesen, daß 50 000 Arbeiter brotlos werden; es handelt sich nur darum, daß sie nicht mehr eingestellt werden in Zukunft. (Lebhafte Widerspruch links.) Denn die neuen Absatzgebiete sollen doch erst eröffnet werden. (Lebhafte Widerspruch links.) Der Reichskanzler und Herr Rickerz haben sich dagegen gewendet, daß Abgeordnete sich dem Bund der Landwirthe gegenüber gebunden haben. Das ist doch freiwillig von ihnen geschehen; sie brauchen sich ja nicht zu ärgern. Wenn der spanische Handelsvertrag noch günstiger wäre, als er ist, ich lehne ihn doch ab (Bewegung links), weil ich die ganze Handelsvertragspolitik verwerfe. Ich verstehe unter Agrarier einen Mann, der der Ansicht ist, daß die Landwirtschaft in Deutschland eine solche Bedeutung hat, daß Handel und Industrie davor zurücktreten müssen. Ueber die Thaten des Bundes der Landwirthe sollte Herr v. Marschall doch nicht so abfällig urtheilen. An der Annahme der Militärvorlage hat der Bund der Landwirthe doch zum guten Theil mitgewirkt (Sehr richtig! rechts).

Abg. Lieber (B.): Wir befinden uns seit ein paar Stunden nicht mehr bei der Beratung des spanischen Vertrages, sondern in einer allgemeinen Debatte (Sehr richtig! links). Deshalb will ich darauf verzichten, den Vorredner darüber zu belehren, daß nicht 60 000 Arbeiter neu eingestellt werden sollen, sondern daß sie ihr Brot nicht verlieren sollen. Gegenüber dem russischen Handelsvertrag binden wir uns weder wirtschaftlich, noch politisch. Ich kann erklären, und zwar in Uebereinstimmung mit meinem Freunde Schäfer, daß wir für den Vertrag mit Spanien stimmen werden.

Abg. Graf Limburg-Sturum (D.): Die Bauern verstehen allerdings wissenschaftlich nichts von der Währungsfrage; aber aus dem Vertrage haben sie gelernt, praktisch zu urtheilen, daß sie mit Rußland wegen der schlechten Valuta nicht konkurrieren können. Ich habe mich nicht für imperative Mandate ausgesprochen; ich habe das Gegentheil gesagt. Ich bin auch Anhänger der Autorität, nicht der Majorität. Deshalb ist es mir schmerzlich, daß ich nicht mehr der Autorität der Regierung folgen kann, wie früher, als eine große Autorität in der Regierung war. Zur Autorität kann man nicht durch ein Patent ernannt werden, da wächst man hinein durch eine schwere, lange Thätigkeit. (Sehr richtig! rechts.) Autorität erwirbt man sich nur durch die richtige Verwaltung seines Besitzes. Die Zwölferversammlung war keine Massenversammlung; ich bin dorthin gegangen mit der Befürchtung, daß es eine Nadausammlung werden würde. Ich war erstaunt über die Versammlung; das waren solche Leute vom Lande, wie ich sie ihnen geschildert habe. Im preussischen Wahlgesetz haben die Autoritäten noch ihren Einfluß, und was der Einfluß ist, haben Sie bei den letzten Landtagswahlen gesehen. (Zustimmung rechts, Lachen links.)

Damit schließt die Diskussion. In persönlicher Bemerkung erklärt

Abg. v. Bennigsen, daß er dem Bunde der Landwirthe die Berechtigung nicht abgesprochen habe. Wenn Herr v. Manteuffel gemeint hat, er sei am wenigsten geeignet, dem Bunde der Landwirthe Agitation vorzuwerfen, und wenn er auf meine Aeußerung aus Anlaß des Schulgesetzes hinwies, so möchte ich zur Ehre des Herrn v. Manteuffel annehmen, daß er durch seine Aeußerung nicht die freie Meinungsäußerung eines Beamten, eines politischen Beamten hat beschränken wollen, daß er mich nicht beschuldigt hat, mich an der starken Agitation im Lande hervorragend betheiligt zu haben. Hätte ich das gethan, mich an der Bewegung im Lande betheiligt, so würde ich mich in Widerspruch zu meiner amtlichen Stellung gesetzt haben. Ich hätte erwarten können, daß Herr v. Manteuffel die größte Vorsicht gebraucht hätte, ehe er eine solche Bemerkung machte.

Abg. v. Manteuffel (D.) erklärt, daß er nichts davon gesagt habe, daß in seiner Aeußerung auch nicht der Schimmer eines Vorwurfs gelegen habe. Er sei selbst Beamter und habe doch auch ziemlich deutlich gegen die Vorlage gesprochen. Zwischen seiner und Herrn v. Bennigsen's Auffassung bestehe nur der Unterschied, daß Herr v. Bennigsen seine Aeußerung als eine Warnung bezeichne, während sie ein Aufruf an die gesammten liberalen Parteien war.

Abg. v. Bennigsen: Diese Aufklärung stellt mich zufrieden. Die Abg. v. Stumm, Vieschel, v. Stadl, Paasche und Csanu erklären, daß sie sich nicht auf die Forderungen des Bundes der Landwirthe verpflichtet hätten.

Abg. Meyer-Halle erklärt, daß eine Zwischenbemerkung des

Abg. Kropatschek, als er sich seinem Plage genähert habe, von der Nachwelt (Heiterkeit) missverstanden werden könne; er solle die Hände über die Rede des Herrn Kropatschek gerungen haben. Das sei aber nicht richtig; er habe nur eine Prise genommen. (Stürmische Heiterkeit.)

Die einzelnen Artikel des spanischen Handelsvertrages werden darauf genehmigt; gegen dieselben stimmen nur die Konservativen und die Antisemiten.

Es folgt die zweite Verathung des Vertrages mit Serbien.

Abg. Wüch-Ferber (nl.) empfiehlt die Annahme des Vertrages, welcher die Landwirtschaft nicht schädige, der deutschen Industrie aber durch die Verwandlung des bisher bestehenden serbischen Werthholzes in einen Gewichtszoll eine große Erleichterung gewähre. Die Mitglieder der nationalliberalen Partei würden mit wenigen Ausnahmen den Vertrag annehmen.

Darauf werden die einzelnen Artikel des serbischen Vertrages genehmigt.

In dritter Verathung erledigt das Haus ferner das Uebereinkommen mit Serbien betreffend den gegenseitigen Muster- und Markenbeschütz.

Schluss noch 5/4 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Dritte Lesung der Handelsverträge.)

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom Donnerstag, 14. Dez., Nachmittag 5 Uhr.

Das Andenken des am 12. d. Mts. verstorbenen Bürgermeisters Dunder wird in der üblichen Weise geehrt. Stadtrath Neubring hat die Wahl zum Stadtsyndikus angenommen.

Die städtischen Heimstätten für Genußende bestehen seit 6 Jahren, haben aber in ihrem Besuch noch immer nicht die erwartete Höhe erreicht. Die Stationen in Blankenburg und Heinersdorf sind wohl zwei drei Sommermonate hindurch voll, im Winter dagegen kaum bis zu einem Drittel ihrer Bettenzahl belegt gewesen. Die Heimstätten in Blankenburg, die anfänglich zur Aufnahme von Wöchnerinnen bestimmt war, jetzt aber auch tuberkulose Frauen aufnehmen soll, und die zu Malchow für brustkranke Männer sind sogar im Sommer durchschnittlich nur zur Hälfte besetzt gewesen; augenblicklich stehen diese beiden Anstalten mit zwei Dritteln ihrer Bettenzahl leer. Die Ursache der schwachen Benutzung ist darin zu finden, daß das Verfahren zur Aufnahme der Pfleglinge zu schwerfällig und langwierig ist. Zur Vermeidung der jetzt sich geltend machenden Uebelstände sollen die Heimstätten unter Beibehaltung ihres bisherigen Charakters den städtischen Krankenhäusern angegliedert werden, damit die Ärzte der Krankenhäuser in die Lage kommen, ihre Patienten selbstständig in die Heimstätten verlegen zu können. Die Heimstätten werden damit Abteilungen der Krankenhäuser zur Aufnahme der nicht mehr bettlägerigen, aber noch erwerbsfähigen Kranken werden.

Stadtv. Birchow ist mit der Vorlage keineswegs einverstanden; er will die Heimstätten als besondere Unterabteilung der Verwaltung der Heilgüter angesehen wissen und der Kanalisationsdeputation unterstellen, so jedoch, daß die Krankenhäuser über die Belegung zu entscheiden hat. Es handle sich um die endgültige Organisation dieses Verwaltungszweiges, und in diesem Sinne sei der Magistratsvorschlag ungewiss. Der einzige Grund für denselben sei die ungenügende Befestigung der Anstalten. Dieser Umstand sei allerdings durch ein langwieriges Bureauverfahren eingetreten. Werde nun die Beförderung der betreffenden Genußenden resp. Wöchnerinnen beschleunigt, so sei das sehr erwünscht, deshalb brauche man aber keine Veränderung der Organisation. Das Ausnahmeverfahren sei doch von der Verwaltung der betreffenden Häuser ganz unabhängig. Die Heilgüter seien zu sanitären Zwecken erworben, es seien besondere Gutsärzte vorhanden, denen zugleich die Pflege der in den Heimstätten befindlichen Rekonvaleszenten anvertraut sei. Nun seien allerdings Rekonvaleszenten in dem Sinne, wie sie der Versammlung bei der Errichtung der Heimstätte für Schwindsüchtige vorschwebten, überhaupt nicht vorhanden gewesen, und man habe zu Wöchnerinnen, und als auch diese nicht kamen, zu anderen Verkranken keine Zuzucht genommen. Innerhalb aber seien die Insassen der Anstalten auf die Einrichtungen der Heilgüter angewiesen. So groß sei keine der Anstalten, daß man ständig Ärzte dort stationieren könne. Die neue Einrichtung würde eine Zerspaltung der vorhandenen, einigermaßen einheitlichen Verwaltung bedeuten. Das ganze Heimstättenwesen sei sprunghaft behandelt worden; auf diesem Wege könne man nicht weiter experimentieren. Redner empfiehlt Ausschussberatung.

Stadtv. Dr. Jadel: Auch ich beantrage Ausschussberatung. Nicht, daß ich alle Bedenken des Vorredners theilte; ich meine zwar auch, es ist vieles in der Anlage der Einrichtung verkehrt und es bestehen zahlreiche formale Schwierigkeiten, aber Vortheile bringt die Vorlage doch. Bei den Heimstätten ist die Zahl der unentgeltlich Verpflegten eine sehr geringe, während in den Krankenhäusern ein großer Theil der Patienten unsofort verpflegt wird. An diesem Unterschiede und an der scharfen Eintreibung der Gebühren liegt es, daß die beiden Anstalten bisher so schlecht gefüllt sind. Die Organisation des Wöchnerinnenasyls war falsch, nicht aber sind die Kräfte daran schuld, sondern die Stadtverwaltung trägt die Schuld, sie wollte verheiratete Wöchnerinnen hinein haben, und die sind dort nicht hinauszubekommen. Meinen Vorschlag, uneheliche Wöchnerinnen dort aufzunehmen, haben Sie abgewiesen, weil Sie die Kosten scheuten. Die befriedigende Lösung der Angelegenheit wird immer an der Geldfrage scheitern. Solange Sie diese Rekonvaleszentenpflege nicht unentgeltlich machen, werden Sie über die Schwierigkeiten nicht hinweg kommen. Einen sachlichen Fortschritt sehe ich aber darin, daß die Kräfte der Krankenhäuser ohne Rücksicht auf die Bezahlung für die Kranken auszuwählen und hinein zu schicken haben. Deshalb sollen dies aber bloß die Kräfte der Krankenhäuser zu thun berechtigt sein? Schon bisher ist ein Theil der Kranken durch Privatärzte auf dem Umwege über die Krankenhäuser dort hinausgeschickt worden. Das Bedürfnis ist im hohen Grade vorhanden, daß Kranke auch durch Privatärzte oder Krankenassistenten den Anstalten zugeführt werden können. Dazu muß diesen Kräfte auch ein geeigneter Weg geschaffen werden. In der „Voss. Ztg.“ wird ein bezüglicher Vorschlag gemacht, der darin gipfelt, daß im Rathhause eine ärztliche Zentrale errichtet wird, von der aus die Belegung der Heimstätten geregelt wird. Hätten wir ein städtisches Gesundheitsamt, hätten wir ärztliche Gesundheitsbeamte in den verschiedenen Stadttheilen, dann besäßen wir auch die Elemente, welche die Verbindung der Heimstätten mit dem Publikum durch die Kräfte darstellten. Der Magistrat hat die Vorlage wohl wesentlich aus dem Grunde gemacht, um die Krankenhäuser zu entlasten; er hat ein böses Gewissen (Oh! und Heiterkeit); er weiß, daß dem Andrange der Kranken kaum entgegen werden kann, da die neuen Krankenhäuser noch nicht fertig sind. Thatsächlich würde eine ganze Reihe von Kranken, die heute in den Krankenhäusern nicht genügend verpflegt werden, einen Vortheil von den Heimstätten haben. Bedauerlicherweise will die Frage der Reorganisation unserer Krankenhäuser noch immer nicht vorwärts gehen. Der Magistrat müßte doch endlich einmal mit einer Vorlage kommen, denn diese allgemeine Frage ist ebenso dringlich, wie diejenige der Heimstätten.

Stadtrath Martzaff weist die Annahme zurück, als ob die Vorlage aus dem bösen Gewissen des Magistrats oder aus dem schlechten Zustande der Krankenhäuser entspringe. Weiter von schlechter Verpflegung der Kranken, noch von Platzmangel könne es Rede sein. Daß die richtige Einrichtung der Heim-

stätten der Stadt ein kleines Krankenhaus ersparen könne, habe der Magistrat schon vor Jahren, als man die Einrichtung plante, ausgesprochen. Ausschussberatung werde sich empfehlen. Das jetzige Heimstätten-Kuratorium sei auch heute nicht ein Theil der Heilgüter-Verwaltung, sondern eine selbständige Behörde. Die Vorlage wolle lediglich ein vereinfachtes Verfahren. Manche man die Benutzung unentgeltlich, so werde allerdings die Füllung der Anstalten sehr bald erreicht werden, aber es sei doch fraglich, ob dies der Zweck der Anstalt sei.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 10 Mitgliedern.

Der Ausschuss zur Vorbereitung der Frage wegen Errichtung von Volksbädern an alten hat beschloffen, der Versammlung zu empfehlen, den Antrag des Magistrats, je eine Badeanstalt zu errichten: a) für den Süden der Stadt im 74. Stadtbezirk, b) für den Südwesten in der Nähe des Dennewitzplatzes, c) für die Stadttheile Wedding und Gesundbrunnen in der Nähe des Lessing-Gymnasiums oder des Ringbahnhofs Wedding, d) für die Schönhauser Vorstadt im 248. Stadtbezirk, mit der Maßgabe zu genehmigen, daß für die Wedding eine Badeanstalt innerhalb der Ringbahn in der Nähe des Ringbahnhofs Wedding und für den Gesundbrunnen eine besondere Anstalt errichtet werde; ferner den Magistrat zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, 1. zu a), ob sich nicht eine Verchiebung nach dem 78. Stadtbezirk ermöglichen lassen, 2. ob die Badeanstalt in der Auguststraße, welche zur Errichtung einer höheren Bürgerschule (Realschule) angekauft ist, nicht als Volksbade-Anstalt erhalten werden kann, unter der Voraussetzung, daß für den Bau einer höheren Bürgerschule in unmittelbarer Nähe ein anderes Grundstück erworben wird.

Dem Ausschusse ist die Vorlage vor 14 Tagen nochmals zurückgegeben worden, zugleich mit einer Petition von Badeanstalts-Besitzern und -Besuchern, die sich durch die Errichtung der städtischen Anstalten in ihrem Besitz und Erwerb gefährdet glauben und an die Stadt das Ersuchen richten:

Die bisherigen Anstalten in weltliche Volks-Badeanstalten, in welchen lediglich warme Bäder, Schwimmbäder und Brausebäder zu sehr billigen Preisen verabfolgt werden, umzuwandeln und im Falle einer Vermehrung von Volks-Badeanstalten auf die Lage der einzelnen bestehenden Privatbäder Rücksicht zu nehmen.

Der Ausschuss hat keine Veranlassung gefunden, von seinem früheren Beschlusse abzuweichen, und empfiehlt, über die Eingabe zur Tagesordnung überzugehen.

Die Eingabe des Berliner Vereins für Volksbäder, worin derselbe bittet, seine beiden Volks-Badeanstalten in der Wallbez. Gartenstraße auf die Stadt zu übernehmen und den auf diese Anstalten für ihn entfallenden Vermögensantheil unter Abzug der Leistungen der Stadtgemeinde zu erstatten, soll nach dem Antrage des Ausschusses durch die Beschlussfassung über die Vorlage als erledigt betrachtet werden.

Eine Konkurrenz der projektirten städtischen mit den Privatbädern hält der Ausschuss für fast gänzlich ausgeschlossen, da der Magistrat in seinem Antrage den Interessen der letzteren schon jede billige Rücksicht habe zu Theil werden lassen und eine weitere Herabsetzung der Preise für die Bäder den Privatbädern nur noch mehr Abbruch thun, die städtischen Steuerzahler aber gleichzeitig höher belasten würde.

Stadtv. Cassel empfiehlt die Antragsvorschläge mit der Bitte, daß der Magistrat seine Entscheidung hinsichtlich der etwaigen Erhaltung der Badeanstalt in der Auguststraße möglichst bald treffen möge.

Die Versammlung tritt ohne weitere Debatte den Ausschussanträgen bei.

Die Stadtv. Kollmann u. Gen. beantragen, die Versammlung wolle dem Magistrat zur Erwidigung aufstellen, im Rathhause einige Personen aufzulegen auszustellen.

Stadtv. Kollmann empfiehlt seinen Antrag. Man sei in bezug auf derartige Bequemlichkeitsanliegen, die den Dienst erleichtern, beschleunigen und fördern, bei und gegen das Ausland noch weit zurück. Des Kostenpunktes wegen beantragt Redner Ausschussberatung.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

Mit der Erörterung der Angelegenheit wegen Befestigung der durch die Verlegung von Prospektarbeiten des Amtsgerichts I nach dem Hotel Germania am Alexanderplatz hervorgerufenen Uebelstände in gemischter Deputation erklärt sich die Versammlung einverstanden. Die Wahl der zehn Mitglieder der Versammlung in diese Deputation soll vor der nächsten Sitzung erfolgen.

Die Stadtv. Singer u. Gen. haben am 8. d. M. folgenden Antrag eingebracht:

Am der in immer wachsendem Umfange hervortretenden Arbeitslosigkeit und dem sich hieraus ergebenden Nothstande der Arbeiter durch Beschaffung von Arbeit nach Möglichkeit zu heuern, ersucht die Versammlung den Magistrat: I. Die Arbeitszeit der in den städtischen Betrieben — Straßenreinigung, Park- und Gartenverwaltung, Kanalisation, Gasanstalten, Markthallen-Verwaltung, Viehhof u. s. w. — beschäftigten Arbeiter auf acht Stunden täglich festzusetzen, und die hierdurch erforderlich werdende größere Anzahl von Arbeitern einzustellen. II. Alle durch die Stadtverordneten-Versammlung bereits genehmigten Tief- und Hochbauten energisch in Angriff zu nehmen und soweit irgend möglich im Winter fortzuführen. III. Die Straßenreinigungs-Deputation anzuweisen, zum Zwecke schneller Reinigung der Straßen und Plätze, auch der an der Peripherie gelegenen, für den bevorstehenden Winter eine erhebliche vermehrte Anzahl, sowohl der ständigen als der Hilfsarbeiter, einzustellen.

Außerdem ersucht die Versammlung den Magistrat: Die Armenkassendirektion zu veranlassen, daß den Almosen- und Pflanzgeld-Empfängern für den Winter eine dem durch die nothwendige Heizung u. s. w. entfallenden Mehrbedarf entsprechende Erhöhung ihrer Bezüge gewährt werde; und ferner: scheinbar in verschiedenen Gegenden, namentlich in den östlichen und nördlichen Stadttheilen, heizbare Räume zu beschaffen, in denen Arbeitslose auch am Tage Aufenthalt nehmen können.

Mitunterstützung Stadtv. Stadthagen: Ich beantrage in Gemäßheit der Geschäftsordnung, da ja durch die Annahme des Antrags Kosten erwachsen werden, einen Ausschuss einzusetzen. Niemand kann leugnen, daß der Nothstand nicht nur ebenso groß ist, wie in den vorhergehenden Jahren, sondern daß er progressiv wächst, mit Nothwendigkeit wachsen muß, da die wirtschaftliche Krise immer noch andauert und jetzt noch die Unbillen des Winters hinzukommen. Der außerordentliche Nothstand, der infolge der Arbeitslosigkeit eintritt, legt der Stadt aus verschiedenen Gründen nahe, zu erwägen, was dagegen gemacht werden kann. Von dem kapitalistischen Standpunkte aus, der der Forderung nicht nachgibt, denjenigen Arbeit zu verschaffen, welche arbeiten wollen, werden Sie nothwendig den Etat der Armenkassendirektion loslösen müssen. Trotzdem dort mit so geringen Mitteln gearbeitet wird und manche Kommissionsvorsteher sich besonders als Hüter den Finanzen der Stadt ansehen, ist die Ausgabe-summe schon auf 8 Millionen angewachsen, und trotz dieser Mittel und trotz der privaten Wohlthätigkeit werden die Anforderungen an die Armenverwaltung immer höher steigen. Selbst vom Standpunkte desjenigen, der den gefüllten Sackel der Stadt höher schätzt als die Milderung der Noth, müßten Sie mit der Forderung vermehrter Arbeitsgelegenheit einverstanden sein. Die städtische Baudeputation steht allerdings auf einem entgegengelegten Standpunkte. Sie schreibt an einen Arbeiter, der 1 1/2 Jahre lang tagelohnlos in dieser Deputation als Chauffeur thätig war, er sei entlassen, müsse aber auf sein Geld warten, da die Deputation noch kein Geld habe; sie bemerkt dabei, ein Theil der Arbeiter habe entlassen werden

müssen, da der Winter eine natürliche Einschränkung der Arbeiten zur Folge hat. Das schreibt diese städtische Behörde, nachdem man uns Jahre lang stets versichert hat, daß, was an der Verwaltung liegt, die Arbeiter ihre Beschäftigung behalten sollen. Warum werden denn nicht auch ein paar Stadtbauräthe abgestellt den Winter hindurch? (Große Heiterkeit und Unruhe.) Kann denn der Mann dafür, daß er nur Chauffeurarbeiter ist? (Wiederholte Heiterkeit und Lärm.) Vom Standpunkte der Arbeiter, der Arbeitslosen aus sollten Sie ein wenig die Sache betrachten, dann wird Ihnen die Ungerechtigkeit noch fühlbarer werden. Gewiß ist die Baudeputation nicht im Stande, die Qualen eines armen Familienvaters zu vertheilen. Dem Mann müßte erst der Oberbürgermeister zu Hilfe kommen, damit ihm der verdiente Lohn acht Tage später ausgezahlt würde. Das hier von der Deputation geübte Verfahren wird leider allgemein geübt. Was aber scheinbar gespart wird, muß die Stadt auf der andern Seite doch zahlen, nämlich auf dem Wege der Armenverwaltung; nur daß dann dem armen Chauffeurarbeiter auch noch seine politischen Rechte entzogen sind. Die Worte des Oberbürgermeisters, daß man für besser halte, viel zu thun und wenig darüber zu sprechen, stehen mit dieser Praxis der Baudeputation in schärfstem Widerspruche. Dank der sorgfamen Nicht-Wahl unserer Freunde in diese wichtigen Deputationen und Kuratorien können wir die Dinge in diesen Verwaltungszweigen nicht verfolgen — wir werden ja allmählig auch da hinein kommen — aber das steht fest, daß das System verfehlt wird; möglichst viel Arbeiter zu entlassen. Herr Neubring hat das im vorigen Jahre selbst zugegeben. Wir verlangen, daß die Arbeiten, welche im Winter fortgeführt werden können, und auch fortgeführt werden, zwar weit energischer als jetzt. Ich habe nicht begriffen, wie langsam die Arbeiten an den Hofanlagen am Urban fortgeschritten sind. Ebenso langsam ist es mit den Müggelwerken gegangen. Ich weiß in der That nicht, woran das gelegen hat. Bei einigen guten Willen kann die Bauverwaltung auch bei der Kanalisation und Pflasterung hunderte von Arbeitern mehr beschäftigen. Alle diese Einzelheiten erörtern sich besser in einem Ausschuss. Die vermehrte Einstellung von Hilfskräften bei der Straßenreinigung fordern wir ebenfalls. Wenn uns gesagt wurde, mehr als 2000 Hilfskräfte ließen sich einstellen, weil es — nicht an Schnupf — denn den giebt es in Berlin immer (Heiterkeit) —, wohl aber an Aufsichtskräften fehle, so ist mir auch nicht verständlich, warum nicht aus den 7-8000 Stamm- oder Vorarbeitern die genügende Anzahl von Aufsichtskräften gewonnen werden kann. In Frankfurt am Main, in London und in anderen großen Städten geschieht dies, das Zwischen-Unternehmertum wird dort mehr und mehr verdrängt und die Kosten reduzieren sich durch dieses verständliche Verfahren auf die Hälfte. Der Haupttheil unseres Antrages aber ist die Verlängerung der Arbeitszeit auf acht Stunden. Nehmen Sie den nicht an, dann können Sie den Zweck des Ganzen, die Verminderung der Arbeitslosigkeit, nicht erreichen. Sie werden mit absoluter Nothwendigkeit gezwungen werden, die Arbeitszeit auf acht Stunden herabzusetzen; ich sehe Ihnen die Gründe deswegen nicht aufeinander, weil die Herren, welche die Vorgänge in diesem Sommer im Auslande verfolgt haben, sich den Beweis für diese Behauptung selbst führen können. Wir verlangen hier diese Einrichtung nicht fähig, aber für den Winter und für die Dauer des Nothstandes. Berathen Sie daher den Antrag nicht vom Standpunkte der politischen Gegnerschaft, sondern nur aus dieser Erwägung heraus. Ich hoffe, Sie werden im Ausschusse über den kleinen Rahmen dieser Anträge hinauskommen. Wir sind nicht solche Utopisten, daß wir meinen, den Nothstand innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung beseitigen zu können. (Zwischenruhe und Lärm.) Wir können ihn nicht beseitigen, wir bieten Ihnen aber die Hand dazu, ihn nach Möglichkeit zu lindern, die Härte dieses Nothstandes nicht die entgelten zu lassen, die arbeiten wollen und nicht für sich selbst und ihre Familien sorgen können. Die Stadt ist verpflichtet, hier nach Möglichkeit entgegenzukommen. Der Nothstand wächst so ungeheuer, wie man es im vorigen Jahre nicht annehmen konnte. Das Uebel hat im vorigen Jahre einmal über 2000 Obdachlose beherbergt. Heute kommen wir trotz der Vergrößerung der Anstalt unter jene Maximalzahl gar nicht mehr herunter, ein schreckliches Zeugniß für das Uebel und seine Ausdehnung, die im Winter erst recht in die Erscheinung treten wird. Die gerühmten „Thaten“ der Stadt dürfen nicht darin bestehen, daß man die Arbeiter entläßt.

Oberbürgermeister Zell: Erst wenn die Versammlung über den Antrag in bejahendem Sinne entschieden haben sollte, wird der Magistrat darüber zu befinden haben. Ich beschränke mich daher für jetzt darauf, die gegen die städtische Bauverwaltung erhobenen Vorwürfe zu entkräften. Ein einzelnes Beispiel hat der Antragsteller für seine Behauptungen angeführt. In der event. Ausschussberatung sind wir bereit, die Akten des Falles vorzulegen. Ich warne davor, ohne Kenntniß der Akten ein Urtheil zu fällen. Schon in einem früheren ebenfalls von jener Seite vorgebrachten Falle stellte sich das Sachverhältnis als ein ganz anderes heraus. Ich bin nicht Techniker, habe mir aber sagen lassen, daß, wenn der Frost die Erde hart macht, nicht fortgearbeitet und nicht weiter gemauert werden kann; aber ich habe noch nicht gehört, daß man sagt, der Meister habe die Gesellen auf die Straße geworfen, wenn so naturgemäß die Arbeiten eingestellt werden müssen.

Stadtv. Meyer I: Wir werden einhellig für Ausschussberatung stimmen. Zur Berücksichtigung von Nothständen bedarf es eines so feurigen Appells, wie ihn der Antragsteller an uns richtete, gar nicht. Die Rede war im Wesentlichen bloß eine Beschwerde gegen die Baudeputation. Die Hoffnung, daß der Ausschuss über den Antrag hinausgehen wird, theile ich aber nicht. Ueber die beiden prinzipiellen Forderungen des Rechts auf Arbeit und des Achtstundentages können wir mit den Antragstellern gar nicht diskutieren. Auf die Verlängerung der Arbeitszeit würde ja die Verwaltung gewiss eingehen, aber was Sie darunter verstehen, ist doch die längere Arbeitszeit, aber denselben Lohn wie für die längere. (Rufe: Allerdings! Selbstverständlich!) Darüber können wir eben mit Ihnen nicht diskutieren.

Stadtv. Bergeman: Das Verlangen nach Erhöhung der Almosen- und Pflegegelder trifft den Kern der Sache nicht; es wird dabei die große Menge der verarmten Armen übersehen, ebenso wie die zahlreichen Fälle, wo der Familienvater seine Pflicht vernachlässigt und die Familie darben läßt. Man soll die ganze Angelegenheit der Armenpflege verlassen. Aus diesem Grunde bin ich nicht für Ausschussberatung, sondern für Uebergang zur Tagesordnung.

Stadtv. Friedemann: So cavalierement kann man so ernste Fragen doch wohl nicht abthun. Wir sind daher für Ausschussberatung, damit die thatsächliche Lage genau geprüft werden kann. Nur eine Bemerkung schon jetzt: der Vergleich, den der Oberbürgermeister zwischen der Kommune und einem privaten Arbeitgeber beliebt hat, scheint mir nicht ganz passend. (Zustimmung.)

Stadtv. Dr. Meyer II spricht sich ebenfalls für Ausschussberatung aus, ist aber der Verlängerung der Arbeitszeit unter Beibehaltung des vollen Lohnes entschieden entgegen. Den Arbeitslohn in einer Zeit des Arbeitsmangels zu erhöhen, sei verkehrt: die Folge würde ein maßloser Andrang zu dieser Arbeitsgelegenheit sein. Die Stadt dürfe sich den Besessenen nicht entziehen, welche den Weltmarkt beherrschen.

Ein Schlussantrag wird angenommen.

Persönlich bemerkt der Antragsteller Stadthagen, daß er nur vorläufig des Beispiels halber den einen Fall zur Illustration seiner Beschwerden gegen die städtische Bauverwaltung angeführt habe.

Der Antrag wird darauf an einen Ausschuss verwiesen. Schluss 5 Uhr.

Tokales.

Von Landstreichern und arbeitslosen Leuten sollen mit Eintritt des heurigen Winters die Ortshäfen in der Umgegend von Berlin mehr denn sonst überfüllt werden und soll dies, wie berichtet wird, ganz besonders hart die Gegend bei Wilmannsdorf empfinden. „Landstreicher“ und „Arbeitslose“ sind für alle Stützen der heutigen Gesellschaft nur zwei verschiedene Bezeichnungen für dieselben Wesen. Arbeitslose sind in den Augen vieler Heiden Landstreicher und Vagabunden, gleichwie Sozialdemokraten Leute sind, die nicht arbeiten wollen! Das die Arbeitslosigkeit sich in diesem Winter noch fühlbarer macht als sonst, ist leicht begreiflich. Das um die Gegend von Wilmannsdorf ganz besonders unter der Ueberfüllung von „Landstreichern und arbeitslosen Leuten“ zu leiden haben soll, damit hat es seine eigene Bewandnis. Dort wird nämlich seit dem Frühjahr an der Kanalisation und der Drainage des Rieselfeldes gearbeitet. An die Stelle der entlassenen oder freiwillig aufhörenden Arbeiter treten sofort andere und so entsteht ein beständiges Kommen und Gehen und bei der herrschenden Arbeitslosigkeit ein erklärliches Zusammenströmen von Arbeitssuchenden. Das sich hierbei viele befinden werden, welche der schweren Arbeit nicht gewachsen sind, kann nicht Wunder nehmen, da eben in der Not jeder zugreifen sucht, wo sich nur immer Gelegenheit dazu findet. Jedenfalls ist dies aber der beste Beweis für die vorhandene Arbeitslosigkeit und den vorhandenen Arbeitswillen. Wenn daher weiter gesagt wird: „Beschäftigungslos treiben sich dann die meisten von ihnen (von den die Arbeit verlassenden Arbeitern) vagabundierend umher. Ruhe und Sicherheit ist durch diese arbeitslosen Menschen gefährdet. Die Polizei vermag hiergegen wenig zu thun.“ so ist dies der Ausdruck einer so niedrigen Gesinnung, wie sie nur dem echten Spielbürger oder dem verbohrtesten Bierbankpolitiker innewohnen vermag. Das Zeitungen, die so gern mit ihrer „Liberalität“ feilschen, sich zum Sprachrohr solcher Gesinnungslumpereien und Denunziationen hergeben, ist eine, wenn auch alltägliche, so doch immerhin beachtenswerthe Erscheinung. Die gängigsten Wilmannsdorfer Heiden können indessen ruhig schlafen gehen. Auch ohne verhängten polizeilichen Schutz wird ihnen kein Härchen gekrümmt werden. Leute, die bei der Kanalisation Arbeit suchen und arbeiten, sind keine „Landstreicher“, sie sind auch nicht „arbeitslos“, sondern ehrliche Arbeiter, welche die Ruhe und Sicherheit durchaus nicht gefährden wollen.

Von der höheren Bildung höherer Schüler. Erst kürzlich berichteten wir, daß vielfach die in Stadtbahnwagen angebrachten Klebplakate verstümmelt würden. Wie der „Volkzeitung“ nun von einem Herrn, der täglich die Stadtbahn benützt, mitgeteilt wird, fand er in der zweiten Wagenklasse auf vielen Plakaten garbeu rohe und jolige Bemerkungen und Zusätze. Dieselben waren theils mit Buntstiften, theils sogar mit Tinte geschrieben, was die Vermuthung nahelegt, daß hier Schüler ihr Unwesen treiben, denn nur solche führen für gewöhnlich derartiges Schreibmaterial bei sich; auch behärkte der Inhalt der rohen Scherz, so unftüchlich er auch war, diese Annahme.

Ob es denn gar so schwer fällt, einmal einen dieser höheren jugendlichen Taugenichtse abzufassen und ihm durch eine derbe Tracht Peinigen die Lust zu ferneren Unftüchlichkeiten zu verleiden?

Der Eisenbahnminister hat mit Rücksicht darauf, daß den beiden Weihnachtstagen ein Sonntag unmitttelbar vorhergeht, hinsichtlich der Gültigkeitsdauer der Rückfahrkarten auf den preussischen Staatsbahnen folgendes bestimmt: Sämmtliche drei- und vierstägige Rückfahrkarten, die am Sonnabend, den 23. Dezember, gelöst werden, sind zur Rückfahrt noch am fünften Tage, also bis einschließl. Mittwoch, den 27. Dezember, gültig. Sämmtliche am Sonntag, den 24. Dezember, gelösten dreitägigen Rückfahrkarten gelten noch am vierten Tage, also bis einschließl. den 27. Dezember. Endlich können auch die am 30. Dezember gelösten dreitägigen Rückfahrkarten noch am vierten Tage, also bis einschließl. den 2. Januar, zur Rückfahrt benutzt werden. Für alle weiteren hier nicht genannten Fälle ist die normale Gültigkeitsdauer maßgebend.

Eine neue Gebührentage hat der Herzverein Monat aufgestellt, die von jetzt an den Liquidationen seitens der Mitglieder zu Grunde gelegt werden soll. Die Gebühren werden innerhalb der Minimal- und Maximalsätze theils nach der Schwere der Erkrankung, theils nach den Vermögensumständen der Zahlungspflichtigen normirt. Die Tage verlangt u. a. für den ersten Besuch in der Wohnung des Kranken 2-12 M., bleibt dieser Besuch der einzige, mindestens 3 M. für jeden folgenden Besuch werden 2-6 M., für Besuche in der Nachzeit, von 9 Uhr abends bis 7 Uhr Morgens 6-30 M. berechnet. Bei gleichzeitiger Behandlung mehrerer Kranker in demselben Haushalt wird für den zweiten und weitere Patienten nur die Hälfte in Ansatz gebracht. Für Besuche, die außerhalb des täglichen Rundganges oder zu einer bestimmten Tageszeit gesendet werden, oder für eilige Tagesbesuche werden 3 bis 15 Mark erhoben. Jede Konsultation in der Sprechstunde kostet 1,50 bis 10 Mark, ausnahmsweise 1 M.; außerhalb der Sprechstunde 2-10, während der Nacht 4-20 M. Für ein ärztliches Zeugnis oder einen Todenschein werden 3-10 M. erhoben; für Impfung einkal. Impfschein 3-6 M.; Befund bei einer natürlichen, leichten Entbindung soll mit 15-30, künstliche Entbindung mit 30 bis 100 M. honorirt werden; gewisse, damit zusammenhängende Leistungen werden noch besonders mit 15-50 M. in Rechnung gestellt. Zur Nachtzeit tritt auch hier eine Erhöhung um 5 bis 30 M. ein.

Es ergeht daher an alle Leute, die nicht zu dem glücklichen Kreis der oberen Zehntausend gehören, die dringende Warnung, sich nicht den Luxus einer Krankheit zu gestatten.

Von einem Butterkrieg ist in hiesigen Blättern die Rede. Die Führung im Kampfe hat, wie gemeldet wird, der Verband hinterpommerscher Molkerei-Genossenschaften übernommen. Der Verbandsdirektor v. Hlondenburg veröffentlicht in einer landwirthschaftlichen Zeitschrift einen „Kriegsbericht“ etwa folgenden Inhalts:

Der Krieg begann in der Weise, daß in verschiedenen Geschäften Berlins täglich bis zu 100 Butterproben unangefordert entnommen wurden. Die Proben untersuchte der Sachverständiger Dr. Bischoff, und zwar insgesammt 1900. Von den gekauften Proben waren, auf 1000 berechnet, 174,44 verfälscht; davon entfielen 22,11 bis 30 pCt. Margarine, 83,33 zwischen 30 bis 60 pCt., 21,11 über 60 pCt., und 48,88 bestanden aus reiner Margarine. Der tabellarischen Zusammenstellung und den Butterkrieg-Büchern des Verbandes sind folgende Thatsachen zu entnehmen:

1. Es herrscht in Berlin in großem Umfange ein gewohnheitsmäßiger betrügerischer Verkauf von Margarine und von Butter, die mit Margarine vermischt ist.
2. Wo Butter verfälscht wird, geschieht dies zumeist durch Zufuhr von mehr als 80 pCt. Margarine.
3. 42 Butterhändler verkaufen zwei Mal, 7 drei Mal während der Kontrolle Margarine oder gemischte Butter statt reiner Butter; von 77 Händlern ist aus gewissen Anzeichen anzunehmen, daß sie bei fortgesetzter Kontrolle immer wieder Margarine verkauft haben würden.

Von den ersten 1000 Proben waren 262 oder 26 pCt. verfälscht.

Es folgt nun ein Klagefeld darüber, daß der Landwirthschaft insolge dieses unredlichen Verkaufs große Beträge verloren gehen; allein für Berlin stelle sich ein Schaden von 9 000 000 M., auf acht Monat berechnet, heraus.

Dies Register glauben wir, hat ein Loch. Die Bestimmungen des hinterpommerschen Verbandes in allen Ehren; aber ist es denn das erste Mal, daß in der Presse darauf hin-

gewiesen ist, daß die größtlichen Butterfälschungen nicht erst in der Stadt, sondern schon auf den Meiereien selber vollführt werden? Bruder Junker, nothleidend wie immer, ist zwar tölpelhaft, aber er weiß ganz gut, daß der Städter in manchen Dingen noch einen Grad dümmer ist als er, und selten darauf verfällt, frische Butter vom Lande auf ihre wahren Bestandtheile untersuchen zu lassen. Munter weiß er sich daher in das Unglück zu schicken, daß sein einjähriger Herzenswunsch, die Margarine abschreckend blau zu färben, unerfüllt geblieben ist und ein Margarinefäßchen nach dem andern wandert darum in die Meierei, um als beste frische Kuhbutter, die dem nothleidenden Landwirth doppelt fetten Gewinn sichert, wieder hervorzulehen. Der Polizeipräsident von Berlin soll dem Verband seine Unterstützung zugesagt haben. Wohl, wenn dem so ist, wird es nicht allzu schwer halten, sich zu vergewissern, daß neben den Nahrungsmittel-Fälschern in der Stadt auch solche auf dem Lande frisch und munter ihr Wesen treiben. Vielleicht stellt sich dann heraus, daß bei den billigeren Butterorten, die der Proletariat genießt, der noch nicht ganz auf die Margarine angewiesen ist, die Mantscherei zweimal, einmal auf dem Lande und vornehmlich aber noch einmal vom Berliner Butterfälscher geübt wird. Alles in allem aber wird die von dem Verbande hinterpommerscher Molkerei-Genossenschaften verübte Mähr, daß der ganze durch die Butterfälscherei erlittene Ausfall auf nicht weniger als 55 Millionen Mark zu schätzen sei, nicht allzu tragisch anzunehmen sein. Umgekehrt vielleicht wird ein Schuß daraus.

Fortgesetzt kommen uns Klagen über die Fehlerhaftigkeit der Fahrkarten-Automaten zu Ohren. Es ist immer die alte Geschichte, der Arbeiter, der, um dem Schalterbeamten die Mühe zu ersparen, seinen Nickel -- vielleicht den letzten -- in den Automaten hineingeworfen hat und vergebens nach der Karte zieht, geht dann schließlich doch mit seiner Beschwerde zum Schalter und erhält dort die stereotypische Antwort, daß dies eine Angelegenheit sei, die nicht in das Ressort der Bahnverwaltung gehöre; wolle man sein Geld wieder haben, so müsse man sich an die Direktion der Aktiengesellschaft wenden, die die Automaten aufgestellt habe. Schrumm! Das selten jemand so viel Zeit hat, um wegen eines Nickels viel hin und her zu laufen, kümmert ja die Bahnverwaltung anscheinend nicht. Uns dünkt aber doch, daß dieselbe wenigstens moralisch mitthaftbar ist, denn von ihr hängt es doch ab, die Aufstellung der Apparate zu gestatten oder zu verweigern und vernünftiger wäre es, lieber keine Automaten als solche aufstellen zu lassen, bei denen der Passagier um seinen Nickel gebracht wird. Selbsthilfe des Proletariats giebt es da kaum, denn selbst das Verbot, das ein Arbeiter kürzlich am Schlesischen Bahnhof angewendet hat, dürfte kaum als eine Kompensation wirken. Dieser Mann hat nämlich, als er weder eine Fahrkarte, noch einen Nickel wieder heraus bekam, kurz und bündig den ganzen Automaten vom Gestell herabgehoben und ihn ins Inspektionszimmer als corpus delicti hinein getragen. Welche Antwort ihm dort zu theil wurde, ist uns leider nicht mitgeteilt worden.

Die Bestandtheile des hier feilgebotenen Honigluchens sind nach dem jetzt vorliegenden sachverständigen Gutachten folgende: Roggen- oder Gerstemehl, Schaumzucker oder Syrup und zuweilen eine Spur von Gewürzen. Die Händler solcher Schwundwaare erhalten von den Fabrikanten einen Rabatt bis zu 75 pCt. Demgegenüber sei mitgeteilt, daß zur Herstellung des richtigen Honigluchens Savanna oder Valparaiso, Honig, Weizenmehl, Karbonat, Kalk, Zinn, Muskatblüthe, Eier, Zitronat und Mandeln erforderlich sind. Der minderwertige Honigluchens erzeuge bei Kindern Durchfall. Eltern werden auf ihre Einkäufe nur in reellen Geschäften zu besorgen, wenn sie überhaupt daran denken können, ihren Kindern einen kleinen Weihnachtsschmaus zu bereiten.

Ein Akt der Volksjustiz ist gestern Abend auf dem Platz am Oranienburger Thor an zwei bekneipten jungen Leuten ausgeübt worden. Dieselben trieben allerdings dumme Streiche und belästigten die Passanten in unverschämter Weise. Als dieselben aber schließlich dazu übergingen, den Weg kommende Arbeiterinnen der Wäsche-Verzehrungsabteilung zu dem Zeitpunkt ihrer Spähe zu machen und sich obenin zu anstößigen Handgreiflichkeiten verhalten ließen, war die Geduld des entrüsteten Proletariats zu Ende. Man fiel nun über die Ugein her und prägelte sie mit ihren eigenen Eigelbsteinen durch. Schulkleute entrißen die Geschundenen endlich der gefährlichen Situation und führten sie zur Polizeiwache. Dort wurden in den Spürten die Jülinge eines hiesigen Pensionats (Militär-Vorbereitungsinstitut), Söhne adäquater vermöglicher Eltern aus der Provinz, feige gestellt. Der Strafrichter wird, da die beleidigten Arbeiterinnen Strafantrag stellen wollen, den Durschen wohl noch eine ernste Lektion zu Theil werden lassen.

Heber zwei angelegte Kinder wird mitgeteilt, daß am 11. d. M. Abends gegen 9 Uhr auf der Treppe des Hauses Kommandantenstraße 40 ein etwa 14 Tage altes Mädchen gefunden wurde, das in ein elisvirbiges Tuch gewickelt war und ein Packendebende mit einem eingekleideten K. trug, sowie ein neues Wickelband mit rother Kante. Das andere Kind wurde am 30. v. M. Abends gegen 9 1/2 Uhr im Vorgarten der Haldestraße entdeckt. Es ist ein 4 bis 6 Wochen altes Mädchen, das in dürftige Kleider gewickelt war. Beide Kinder sind nach dem Friedrichs-Waisenhaus gebracht. Mittheilungen zur Sache werden im Zimmer 324 des Polizei-Präsidialgebäudes oder schriftlich zu 8319 IV 28/98 entgegengenommen.

Auch die jetzt häufiger als je vorkommenden Ausdehungen von Kindern kommen als Zeichen der zunehmenden sozialen Noth in Betracht. Ein derartiges Vergehen wird gewiß nicht leichten Verzens begangen und eine Mutter entschließt sich erst nach qualvollen Martern des Hungers und der Sorge dazu, ihr Liebkes von sich zu stoßen. Es liegt am Proletariat, an seinem Elend, Zustände zu schaffen, in denen keine Mutter mehr in die entsetzliche Lage kommt, ihr eigenes Kind dem Zufall von Wind und Wetter preisgeben zu müssen.

Zu der Markthalle VI von der Treppe gestürzt ist heute Morgen um 7 Uhr die 82 Jahre alte eberverlassene Kupferhändlerin Hausbold, Demminerstr. 4. Als sie ihr im Keller befindliches Waarenlager betreten wollte, wurde sie von Krämpfen befallen, fiel in die Tiefe und erlitt einen Genickbruch. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Eine Mischung von Bissenkraut und Chloroform hat der 33 jährige Arbeiter Robert Schramm als Mittel zum Selbstmord benützt. Er hatte seinen 14 Jahre alten Sohn ohne Wissen der Ehefrau nach einer Drogenhandlung geschickt, um sich das Gift holen zu lassen. Nachdem er die Mischung in der Spreestraße 6 belegenen Wohnung zu sich genommen hatte, legte er sich auf ein Sopha und verlor auch alsbald das Bewußtsein. Eine halbe Stunde später fand ihn die Ehefrau, als er sich auf dem Fußboden in Krämpfen wand und ließ ihn einem Krankenhaus zuführen. Hier gab er an, in selbstmörderischer Absicht den Trank genommen zu haben. Als Beweggrund wird Trunksucht angesehen.

Ein in der Unglückschronik der Bahnhof-Unglücksfälle wohl noch nicht dagewesener Unfall ereignete sich, wie nachträglich berichtet wird, am Dienstag Abend auf der Station Friedrichstraße. Ein elegant gekleideter, ca. 60jähriger Herr wollte mit dem letzten Stadtbahnzuge sich nach dem Schlesischen Bahnhof begeben, verpaßte sich aber um wenige Sekunden, so daß ihm der letzte Zug vor der Nase fortfuhr. Nachdem ihn die Kontrollbeamten darauf aufmerksam gemacht, daß er noch vom Externsbahnhof nach dem Schlesischen Bahnhof gelangen könne, rannte er mit einer solchen Eile die Treppe herunter, daß er das am ersten Treppenaufgang befindliche Geländer überließ und über dasselbe hinweg mehrere Meter tief in das Vestibül stürzte, wo er

aus mehreren Kopfwunden heftig blutend vor der Herrentoilette bewußtlos liegen blieb. Der Bahnhof-Portier und ein Unteroffizier vom Franz-Regiment nahmen sich des Verunglückten an und brachten ihn zwecks Auflegung eines Nothverbandes zu einem in der Nähe wohnenden Heilgeheusen.

Die Frau eines Breslauer Kaufmanns, die an Wahnvorstellungen leidet, sollte durch einen Wärter nach Berlin in eine Irrenanstalt gebracht werden. Während der Fahrt benutzte sie einen unbewachten Augenblick und sprang zum Wagen hinaus. Der Zug wurde zum Stehen gebracht und man fand die Frau schwer verletzt auf dem Bahnkörper liegend. Der Tod trat bald ein.

Verbraut wurde vor einiger Zeit eine Frau Haupt in ihrer Wohnung in der Naumnstraße von zwei Männern, die sie mit Dolch und Revolver bedrohten. Der eine der beiden Thäter, ein Mann Namens Theodor Albrecht, ist alsbald verhaftet worden, den zweiten hat jetzt die Polizei in Stettin in der Person des Juleurs Gensiden aufgegriffen.

Jugendliche Räuber. Die Schächterfrau J., die sich nebenbei Geld durch Handarbeiten verdient, schickte am 12. Dezember, Nachmittags, ihren 12jährigen Sohn mit fertiger Arbeit zu einem Kunden. Der Knabe erhielt von diesem 80 M. dafür. Als er auf dem Heimwege in die Nähe des Arkonaplatzes kam, drängten sich vier ihm etwa gleichaltrige Burschen an ihn, zerren ihn in eine noch nicht benutzte Weihnachtstube hinein und nahmen ihm mit Gewalt das Geld ab.

Gerichts-Beitung.

Der Niesenprozeß gegen die fünfzig Schaffner und Viehhändler, welche auf den Hamburger und Rheinischen Bahnen Biletunterfahse verübt haben, hat am Mittwoch vor der dritten Strafkammer des Hamburger Landgerichts seinen Anfang genommen. Angeklagt sind 28 Schaffner und Bremser und 22 Viehhändler, und zwar 1. Schaffner Christian Quaschardt, 2. Schaffner Friedrich Papenhagen, 3. Schaffner Friedrich Rogge, 4. Schaffner Johann Meincke, 5. Schaffner Bernhard Remmert, 6. Schaffner Heinrich Edler, 7. Schaffner Wilhelm Rohde, 8. Schaffner Heinrich Tomaszewski, 9. Schaffner Martin Bud, 10. Schaffner Carl Philipp, 11. Bremser Heint. Grüner, 12. Bremser Ferdinand Lewandowski, 13. Schaffner Friedrich Brauns, 14. Schaffner Karl Dahn, 15. Schaffner Johann Held, 16. Schaffner Ferdinand Schindler, 17. Bremser Adolf Wiese, 18. Schaffner Heinrich Borchert, 19. Schaffner Georg Lorde, 20. Schaffner Wilhelm Martens, 21. Schaffner Johann Palm, sämmtlich aus Hamburg; 22. Schaffner Wilhelm Grünwald, 23. Schaffner Friedrich Schuldt, 24. Schaffner Friedrich Wedge, sämmtlich aus Geestemünde; 25. Schaffner Johann Bürger aus Kalk, 26. Schaffner Carl Dummelstein aus Deutz, 27. Schaffner Benedict Brogli aus Deutz, 28. Schaffner Peter Frank aus Deutz, 29. Viehhändler Franz Marx aus Werder, 30. Viehhändler Johann v. Ofen aus Werder, 31. Viehhändler Jakob Schöndal aus Allendorf, Kreis Offen, 32. Viehhändler Josef Goldschmidt aus Aßendorf, 33. Viehhändler Jodor Rosenburg aus Münster, 34. Viehhändler Max Lucas aus Mülheim a. d. Ruhr, 35. Viehhändler Josef Wolf aus Essen, 36. Viehhändler Michel Meyer aus Mülheim a. d. Ruhr, 37. Viehhändler Bernhard Moser aus Mülheim a. d. Ruhr, 38. Viehhändler Abraham Philipp aus Mülheim a. d. Ruhr, 39. Viehhändler Ed. Strauß aus Essen, 40. Viehhändler David Berg aus Oberhausen, 41. Viehhändler David Wolf aus Essen, 42. Viehhändler Herrn. Kauffmann aus Essen, 43. Viehhändler Max Marcus aus Essen, 44. Viehhändler Simon Moser aus Broich, 45. Viehhändler Abraham Mendel aus Hamburg, 46. Viehhändler Josef Moser aus Mülheim a. d. Ruhr, 47. Viehhändler Josef Meyer aus Mülheim a. d. Ruhr, 48. Viehhändler Friedrich Wilhelm Mühlmeier aus Mülheim a. d. Ruhr, 49. früherer Viehhändler, jetziger Kantier Aron Rosenburg aus Burgsteinfurt, 50. Mühlenbauer Fr. Ad. Reem aus Ottenen.

Die Schaffner befinden sich fast alle in Untersuchungshaft, während sich die angeklagten Viehhändler gegen Kaution auf freiem Fuße befinden. Die Schaffner sind sämmtlich bisher unbescholten, von den Viehhändlern sind Michel Meyer und Aron Rosenburg wegen Verleumdung bzw. wegen Betruges verurtheilt.

Die Biletunterfahse und Fahrkartenschwindereien wurden Anfang dieses Jahres entdeckt. Den Stationsbeamten in Mülheim war es aufgefallen, daß die Viehhändler, die allwöchentlich zum Viehmarkt nach Hamburg fuhren, meist nur Fahrkarten bis Oberhausen oder Wanne lösten. Man schöpfte Verdacht, daß sie im Einverständnis mit den Schaffnern die Weiterfahrt ohne Fahrkarten bewerkstelligten. Auch Neugierigen der Viehhändler, die sich auf Fahrkartenschwindereien bezogen, kamen zur Kenntniß des Betriebsamtes in Essen. Anfang Februar entdeckte ein Zugrevor die erste Unregelmäßigkeit und zwar bei dem Angeklagten Schaffner Philipp und nun ließ sich die Behörde zur weiteren Untersuchung den Kriminalkommissar Jüllmann aus Berlin kommen.

Jüllmann kam in Begleitung eines Kriminalschuttmannes Winter und besuchte die Straße Köln-Hamburg, die Schaffner zu Milt-Unterfahsen verleiten. Jüllmann trat dabei als Geschäftsreisender, Winter als Viehhändler auf. Beide spielten als Jengen die Hauptrolle, denn es ist ihnen in gar vielen Fällen gelungen, die Schaffner zu verleiten und zu betheuen. Es wurde festgestellt, daß die Schaffner einen sehr umfangreichen Handel mit Fahrkarten betrieben. Als „Wörse“ diente der Bahnhof in Bremen, wo alle Fahrkarten oder Fahrtscheinhefte, die die Schaffner nicht durchlocht und der Justizktion zuwidert behalten hatten, von Neuem an die Viehhändler verhandelt wurden.

Bei der scharfen Kontrolle mußten die Beamten oft ein sehr komplizirtes Verfahren eintreten lassen. Genaue Feststellungen in dieser Beziehung dürfte erst die für die nächsten drei Tage angelegte Verhandlung zu Tage fördern.

Erster Verhandlungstag.

Die Verhandlungen werden um 9 1/2 Uhr von dem Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Dr. Burchard, eröffnet. Sie finden im großen Schwurgerichtssaale statt. Vor Beginn der Sitzung waren die angeklagten Schaffner von etwa zwanzig Konfliktären in den Saal geleitet und von einem Gerichtsdiener gruppiert worden. Sie haben mitten im Saale auf fünf Stuhlreihen Platz gefunden; die ersten Reihen nehmen die Schaffner, die letzten die Viehhändler ein; das ganze erinnert ein wenig an eine kleine Volksversammlung. Der Angeklagte Quaschardt, unter dessen Namen die ganze Sache geht, ist ein Mann Anfang der Fünfziger, ein blonder, kräftiger Pommer. Als 51. Angeklagter ist der Viehhändler Max Gottschalk hinzugekommen.

Die Vertheidigung ruht in den Händen von nicht weniger als 12 Rechtsanwälten.

Siebzehn Zeugen sind geladen; die markanteste Erscheinung darunter ist der Kriminalkommissar Jüllmann aus Panlow bei Berlin. Es ist wunderbar, daß es diesem Beamten gelungen ist, in den Augen der Schaffner als hiebrer Viehhändler zu erscheinen; er ist seinem Beruf nach der Typus des Berliner „Geheimen“. Ein unterfahter Mann mit Neigung zur Korvulenz, einer großen Nase und einem blonden, kräftigen Schnurrbart, einem sogenannten „Schnauer“, dessen militärische Façon für den Berliner Kriminalbeamten charakteristisch ist. Unter den Zeugen, die der Mehrzahl nach Zugereisten, Zugführer und Padmeider sind, befinden sich zwei Frauen, die Schneiderin Wollow aus Hamburg und Frau Wollkomm aus Werder.

Der Zuscherraum ist überfüllt; auf der einzigen Bank,

die sich in ihm befindet, ist eine Reihe blasser, ärmlich ge-
leideter, bekümmert drein blickender Frauen, Frauen der ange-
lagten Schaffner. Die Verhandlungen gestalten sich für die
Berichterstattung insofern sehr schwierig, als die Akustik des großen
Saales sehr mangelhaft ist und auch durch die ausgesprochenen
Reise und Schallleiter nicht wesentlich verbessert wird.

Nach Eröffnung der Sitzung ruft der Präsident die einzelnen
Angeklagten der Reihe nach auf; er ermahnt sie, nicht etwa
Durchstechereien zu verüben oder sich durch Zettel verständigen
zu wollen. Der Vorsitzende richtet seine Mahnung besonders an
diejenigen Angeklagten, die im Gefängnis schon derartige Ver-
suche und deshalb Disziplinarstrafen erlitten haben. Er habe
bei der großen Anzahl Angeklagter nicht neben jeden einen
Schwamm geschleift, er hoffe, daß das auch nicht nötig werden
würde.

Es erfolgt der Zeugnisauftrag. Der Präsident richtet an die
Zeugen Zillmann und Winter die Bitte, ihre Notizen mitzu-
bringen; da es sich um die Beurteilung von 301 Straftaten
handle, sei die Zuhilfenahme der Notizen jedenfalls notwendig.
Die Feststellung der Personalien ergibt, daß die Angeklagten fast
sämtlich unbestraft sind. Bei dem Viehhändler Aron Rosenberg
ist die Feststellung mit einigen Schwierigkeiten verknüpft.
Präsident: Aron Rosenberg, sind Sie schon bestraft?
Rosenberg: Mit kleinen Geldstrafen. Präsident: Ja,
wegen versuchten Betruges im Jahre 1886 mit 20 M.
Geldstrafe. Rosenberg: Das weiß ich nicht. Präsident:
Das müssen Sie doch wissen. Rosenberg: So was behält man
sich doch nicht. Der Präsident läßt aus den Akten feststellen, daß
Rosenberg in Burg-Steinfurt tatsächlich wegen Betruges be-
straft ist. Rosenberg: Wegen Betruges ist mir nichts bekannt.
Die Akten sollen aus Burg-Steinfurt eingefordert werden.

Die Eröffnungsbeschlüsse legen 1. den Angeklagten Quasebarth,
Papenhagen, Rogge, Meisende, Remmert, Edler, Rhode, Thoma-
schefsky, Bud, Philipp, Gruner, Lewandowski, Hahn, Held,
Schmidke, Wiese, Borchers, Vorde, Martens, Palm, Grünwald,
Wiedge, Bürger, Punimelshaus, Brohki, Franz zur Last, als Be-
amte für Handlungen, welche die Verletzung einer Amts- und
Dienstpflicht enthielten, Geldgeschenke angenommen, gefordert,
auch sich haben versprochen zu lassen.

2. den Schaffnern Grünwald, Wiedge, Schuldt, zur Be-
gehung des Verbrechens der passiven Beamteneinstellung durch
Rath und That wesentlich Hilfe geleistet zu haben.

3. dem Schaffner Hahn, als Beamter für eine in sein Amt
einschlagende, an sich nicht pflichtwidrige Handlung ein Geld-
geschenk angenommen zu haben.

4. den Schaffnern Quasebarth, Papenhagen, Rogge, Meisende,
Remmert, Edler, Thoma-schefsky, Bud, Philipp, Gruner,
Lewandowski, Bronnoss, Held, Schmidke, Wiese, Borchers,
Grünwald, Wiedge, als Beamte Eisenbahnfahrkarten, Fahr-
scheine, Fahrunterbrechungsmarken, welche sie in amtlicher Eigen-
schaft empfangen und in Gewahrsam hatten, sich rechtswidrig zu-
geignet zu haben.

5. den Schaffnern Papenhagen, Rogge, Schmidke, Vorde,
Martens, Sachen, von denen sie wußten, daß sie mittels Amts-
unterschlagung bzw. — was den letzten Fall des Martens an-
langt — passiver Beamteneinstellung erlangt waren, an sich ge-
bracht zu haben.

6. der Viehhändler Marg von Osen, Schönthal, Gold-
schmidt, Jüdor Rosenberg, Lucas, Lefer Wolff, Michel Meyer,
Bernhard Moses, Abraham Philipp, Eduard Strauß,
Leon, David Wolff, Hermann Kaufmann, Simon Moses, Mendel,
Moses, Josef Meyer, Mühlenecker, Aron Rosenberg, dem
Mühlenecker Kern, Eisenbahnschaffnern und Bremsern, Beamten
Geldgeschenke angeboten, versprochen und gewährt zu haben, um
sie zu Handlungen, die eine Verletzung ihrer Amts- und Dienst-
pflicht enthielten, zu bestimmen.

7. den Viehhändlern Marg, von Osen, Schönthal, Gold-
schmidt, Jüdor Rosenberg, Lucas, Lefer Wolff, Bernhard Moses,
Abraham Philipp, Strauß, Leon, Wolff, Kaufmann, Marcus,

Simon Moses, Mendel, Moses, Josef Meyer, Mühl-
enecker, Aron Rosenberg, in der Absicht, sich einen rechtswidrigen
Vermögens-Vorteil zu verschaffen, das Vermögen des preussischen
Eisenbahnfiskus geschädigt zu haben, daß sie durch Vorspiegelung
falscher Thatfachen einen Irrthum erregten,
8. den Schaffnern Remmert, Martens, Bürger, Brohki, an-
deren Angeklagten zur Begehung des Verbrechens des Betruges
durch That wesentlich Beistand geleistet zu haben.

Der Angeklagte Quasebarth hat sich durch den als Vieh-
händler verkleideten Schaffmann Winter bestechen lassen. Er
gibt zu, ein Glas Bier von ihm angenommen und dann für die
Fahrt Bremen-Hamburg 2 M. erhalten zu haben. Er habe
Winter keine Rückfahrkarte gegeben zum eventuellen Ausweis.
Auch der Schaffner Jorde habe Bier mitgetrunken, von dem
Gelde habe er aber nichts bekommen. Der Schaffner Papen-
hagen hat sich von dem Kriminalkommissar Zillmann bestechen
lassen. Er hat ihm auch eine Rückfahrkarte und zwar eine
schon durchlochte eingehändigt, die er vom Angeklagten
Rogge erhalten haben will. Rogge bestritt das nicht, er
gibt zu, von Zillmann dafür 5 M. erhalten zu haben, die er
dann mit Papenhagen getheilt habe. Nach den Gehaltsverhält-
nissen befragt, geben die Schaffner an, daß sie an Gehalt,
Wohnungsgeldzuschuß und Kilometergeldern ungefähr im Jahre
14—1500 bezogen haben. Der Angeklagte Schaffner Meisende
ist am 2. Mai verhaftet worden, in seinem Besitz wurden sechs
Rückfahrkarten gefunden, die nur einmal durchlocht waren. Die
Karten waren für die Tage vom 1. bis 8. gültig. Präsident: Wollten
Sie die Karten noch einmal benutzen? Angeklagter Meisende: Nein.
Präsident: Weshalb haben Sie dieselben nicht das zweite
Mal durchlocht? Angeklagter: Ich habe es vergessen. Er
gibt zu, von Zillmann Geld genommen zu haben. Er erzählt,
heftig weinend, daß er Vater von vier Kindern sei, er hätte sich
nichts dabei gedacht. Präsident: Nun, haben Sie auch mit dem
Angeklagten Kern etwas zu thun gehabt? Meisende: Jawohl.
Kern fragte auch hier in Hamburg, ob ich etwas hätte, und ich
gab ihm eine Fahrkarte dritter Klasse. Ich kannte ihn nicht.
Kern behauptet, Meisende habe ihm gesagt, er könne 3. Klasse
fahren, er habe nur ein Billet 4. Klasse gehabt und habe, um bequemer
fahren zu können, das Anerbieten angenommen. Er habe dem
Meisende dann ein Trinkgeld gegeben. Auch die Angeklagten
Edler und Schuldt sollen sich von Zillmann haben verleiten
lassen. Beide leugnen jede Schuld. Bei Edler sind drei Fahr-
scheine vorgefunden worden. Er behauptet, die Heite nur aus
Versehen nicht abgegeben zu haben. Rhode hat sich zwei Mal
von Winter auf der Fahrt Hamburg-Bremen bestechen lassen
und jedesmal 2 M. dafür erhalten. Angeklagter Wiese hat sich
von fünf Viehhändlern auf der Strecke Banne-Hamburg bestechen
lassen und 25 M. erhalten. Er will dem Rhode einen Theil
davon gegeben haben, was dieser aber bestritt.

Die weitere Vernehmung der Schaffner bietet dasselbe Bild.
Sie sind in der Mehrzahl der Fälle von dem Kriminalkommissar
oder von seinem Gehilfen in die Biletunterstufeln verleitet
worden. Einige von ihnen widersanden beim ersten Male,
unterlagen aber der zweiten Verführung. Die Taktik, die der
Fallensteller nach der Schilderung der Angeklagten dabei an-
wandte, war immer dieselbe. Er sprach die Schaffner an, gab
ihnen ein Glas Bier zum Besten und fragte sie dann, „ob sich
nichts machen ließe“. Meistens „ließ sich etwas machen“ mit nicht
abgelieferten Fahrkarten oder Rückfahrtscheinen. Das Trinkgeld,
das die Schaffner aus der Kasse der Polizeibehörde gewissermaßen
dafür erhielten, schwankte zwischen 1 und 5 M., je nachdem der krimi-
nalistische Proteus und sein Gefolge als Viehhändler oder Ge-
schäftsreisende auftraten. Einer der Angeklagten, der Schaffner
Philipp, stellte bei der Schilderung dieser Vorgänge sogar die
Behauptung auf, daß Zillmann ihm selber die Rückfahrkarte
zweiter Klasse von Bremen nach Hamburg in die Tasche gesteckt
haben müsse, die er dann gefunden und dem vierten Klasse reisenden
Beamten gegen 3 M. überlassen habe. Der Präsident be-
zeichnete diese Erklärung als ungläublich und stellte fest, daß

Philipp bei seinen ersten Vernehmungen selber angegeben habe, diese
Fahrkarte von einem anderen Reisenden geklaut erhalten zu
haben. Philipp bezeichnete diese Aussage als irrtümlich, hielt
aber seine heutige Behauptung schiedlich auch nicht aufrecht. —
Um 1 Uhr tritt eine dreiviertelstündige Mittagspause ein.

Die Nachmittags-Sitzung wird um 2 Uhr wieder eröffnet.
Die Aussagen der einzelnen Schaffner bewegen sich in demselben
Rahmen. Der Präsident bemerkt unter Heiterkeit: „Wir wollen
doch in der Verhandlung den guten alten „deutschen“ Ausdruck „Billet“
gebrauchen, mit den Fahrscheineheften und Rückfahrkarten komme
ich nicht zurecht. Der Schaffner Gruner erzählt, der Kriminal-
schaffmann Winter habe einen Liter Kognak geholt. Präsident:
Wo ist denn der Kognak geblieben? Angeklagter: Den hat der
Schaffmann allein getrunken. Präsident: Machen Sie sich doch
nicht lächerlich. Wo haben Sie denn die Retourkarte her, die
Sie dem Winter überließen? Angeklagter: Ich fand Sie in
der Tasche. Präsident: Wertwändig, die Retourkarten wachsen
wohl in der Tasche?

Verteidiger Rechtsanwalt Verthold bittet ausdrücklich darum,
daß jeder Angeklagte ausführlich gefragt werde, wie Zillmann
und Winter sich an ihn herangemacht hätten, da so erst eine
Grundlage für die Vertheidigung gewonnen werden könnte. Der
Schaffner Lewandowski erzählt denn auch, daß Winter vor-
gegeben habe, sein Billet sei ihm zum Fenster hinaus-
gefallen. Er habe es ihm geglaubt und habe ihn ohne Billet
mitfahren lassen. In Hamburg habe er dann von Winter 1,50 M.
erhalten und er habe geglaubt, „diese kleine Entschädigung“ an-
nehmen zu dürfen.

Die Schaffner Schmidke, Martens und Held haben sich die
„Trinkgelder“ getheilt. Präsident: Warum theilten Sie denn
das Geld? Sind Sie denn verpflichtet, es anzunehmen,
wenn Einer bei dem Anderen eine Pflichtwidrigkeit begeht?
Angeklagter Schmidke: Nein. Aber der Eine hat die zweite,
der Andere die dritte Klasse. Nun sind doch die Hamburger
Herrn in Deutschland und der ganzen Welt berühmt, daß
sie die nobelsten sind und den Schaffnern die besten Trinkgelder
geben. Präsident: Sie sprechen hier von ehrlichen Trinkgeldern,
Sie haben sich doch aber von Winter bestechen lassen, haben
Sie denn dieses Geld auch getheilt. Schmidke: Jawohl. Prä-
sident: Konnten denn die Anderen glauben, daß dieses Geld
aus ehrlichen Trinkgeldern stamme. Angeklagter Schmidke:
Jawohl. Thranen im Auge erzählt nun der Angeklagte, wie ihn
Winter verleitet habe. Er habe ihm 4 Kognaks und 2 Biere
auch ein Butterbrot mit Knackwurst zum Besten gegeben. Schließ-
lich sei er seinen guten Vorfahren untreu geworden. Der An-
geklagte Held erzählt, Winter habe den Namen „Kognakbruder“
gehabt, so viel Kognaks habe er zum Besten gegeben.

Schaffner Borchers soll dem Kriminalkommissar Zillmann freie
Fahrt von Hamburg nach Banne angeboten haben gegen ein
Entgelt von 6 M. Der Angeklagte bestritt, den Zillmann überhaupt
zu kennen. Zillmann hat in seiner Anzeige den 18. April als
Tag des Vorfalls angegeben. Borchers behauptet, an diesem
Tage gar nicht im Dienst gewesen zu sein, da er schwerkrank ge-
wesen, er will sein Alibi nachweisen können.

Schaffner Martens beschuldigt die Viehhändler Marcus,
Schönthal und Goldschmidt, sie hätten widerrechtlich Fahrten
von Banne nach Hamburg gemacht und ihm dafür 4—5 M. ge-
geben. Marcus bestritt, den Martens zu kennen. Er habe nie
eine Bestechung begangen. Schönthal gibt zu, daß er einmal
widerrechtlich einen Fahrchein doppelt benutzt habe und dem
Schaffner 4 M. gegeben habe. Ob Martens der Schaffner sei,
könne er nicht mehr sagen.

Briefkasten der Redaktion.

Paul u. Magun 23. Breslau 385 186, Hamburg 323 923,
Kopenhagen 240 000.
E. L. 181. „Schneien“ ist richtig!

Achtung! 4. Berl. Reichstagswahlkreis.

Sonnabend, den 16. Dezember, Abends 8 Uhr,
in den Concordia-Festsälen, Andreas-Straße Nr. 64:

Gr. Vokal- und Instrumental-Concert

arrangirt von Parteigenossen des IV. Berliner Reichstags-Wahlkreises.
Unter gütiger Mitwirkung der Gesellschaft Strzelewicz sowie mehrerer
Gesangsvereine. (M. d. N. S. B.)

Nach dem Concert: Großer Ball.

Herrn, die daran teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach, nicht 50 Pf., wie
irrtümlich auf den Billets vermerkt. 350/10
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Da der Ueberschuß des Festes wohlthätigen Zwecken zu gute kommen
soll, ersucht um recht rege Theilnahme Das Komitee.

Achtung, Schafftearbeiter u. Arbeiterinnen!

Vereins-Versammlung

Sonnabend, den 17. d. M., bei Scheffer, Inselstr. 10.
Tages-Ordnung:
Wie stellen wir uns zum Streik der Arbeiter der mechanischen Schuh-
fabriken? — Der wichtigen Tagesordnung wegen erscheint recht zahlreich!
Nachdem Tanz. Gäste willkommen. 699b

Verein d. Einsetzer (Tischler)

Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 17. Dezember, Vormittags 10^{1/2} Uhr, bei
Herrn Köllig, Neue Friedrichstraße 44:

Ordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Wahl des gesammten Vorstandes, sowie der Revisoren. 2. Ver-
schiedenes. — Um zahlreichen und pünktlichen Besuch bittet
145/20 Der Vorstand.

**Spiel-
Waaren**
anerkannt billigste Bezugsquelle.
Von den billigsten bis zu den
feinsten Sachen. 52172*
A. Wronkow,
Berlin S., Oranienstr. 162.
Maffen- u. Artikel
für Berlin-Verlegungen.

Gangb. Kartoffel- u. Dering-Gesch.
Rolle, Grünkraut, verl. sehr billig, w.
Ueberr. ein Schong. Waldemarstr. 19.
Louis Naumann,
Leipzig, Friedrich-Auguststr. 16.
Commissions-Buchhandlung
empfiehlt sich Wiederverkäufern zur
Lieferung deutscher Bücher, Zeitschriften,
Musikalien etc. Bestellungen werden zu
Berlegerrabatt gegen ganz geringe Pro-
visionsberechnung schnell ausgeführt.
Probehefte, Kataloge gratis. 4677L

Billig!! ff. garant. rein. Wien-
Donig à Pfd. 60 Pf. ver-
sendet in Postkoll. J. G. Gebrü-
Jmker, K o n i g (Westpr.). 654b

Wegen Auflösung einer Pension sind
diverse Möbel, Betten etc. billig zu ver-
kaufen Kaiser-Wilhelmstraße 27, 4 Tr.

Verein zur Wahrung der Interessen der Berliner Knopfarbeiter.

Sonntag, den 17. Dezember 1893,
Vorm. 10 Uhr:

Versammlung

bei Stabernack, Pfläckerstr. 49.
Tagesordnung:
1. Die Thätigkeit des Gewerbegerichts.
Referent: Kollege Paul Schneider, Ge-
werbegerichts-Beisitzer. 2. Diskussion.
3. Verschiedenes.
Unbedingte Pflicht eines jeden Kollegen
ist es, in der Versammlung zu erscheinen.
In dieser Versammlung gelangen die
Billets zum Stiftungsfest zur Ausgabe.
193/6 Der Vorstand.

Achtung! Geschäfts-Eröffnung.

Empfehle mein großes Schuh- und
Stiefel-Lager zu soliden Preisen.
J. Schlesiger, Schuhmachermeister,
Köpenick, Rich 1.

Reparaturen-Aannahme.

W. Noack's Concert- und Gesellschafts-Säle, Brunnenstrasse No. 16.

Täglich:
Gr. Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.

Jeden Sonntag und Donnerstag
Nach der
Vorstellung: Tanz-Kränzchen.
Avis! Empfehle meine hocheleganten
Säle mit elektr. Beleucht. f. Vereine und
Privatfestlichkeiten zu den koulant. Bed.

!! Roh-Tabak !!

Sämmtl. in- u. ausländischen Sorten,
gute Qualität, tabelloser Brand,
in billigster Preislage, empfiehlt
Heinr. Franck, Roh-Tabak-
Handlung,
Brunnenstr. 185.

Vereinzimmer m. Piano ist zu verg.
Beuthstr. 11. G. Langhutt. 51492*

Als anerkannt reelle und that- sächlich billigste Einkaufsquelle des Süd-Ostens für

Gold-, Silber-, Alfenidewaaren (Eig. Fabr.)

goldene u. silberne Uhren
empfehlen sich
H. Gottschalk,
Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Strasse 37

Pelzwaaren

Einzelverkauf 5183L*
zu En gros-Preisen
direkt in der Fabrik von
Goebel & Reinecke,
Stallschreiber-Strasse 50/51, 1 Treppe,
Ecke Alexandrinen-Strasse.
Bestellungen und Reparaturen billig.

Die Damen-Mäntel-Fabrik von Leopold Cohnreich, Berlin C.

1. Geschäft: Königstr. 30, Neue Friedrichstr., part. u. 1. Etage (schrägüber Bahn-
hof Alexanderplatz).
2. Oranienstr. 164, zwischen Moritz- und Oranienplatz.
3. Landsbergerstr. 66, Ecke der Kurze Straße.
4. Neue Schönhauserstr. 1, Ecke Weinmeisterstraße.
eröffnet mit dem heutigen Tage ihren diesjährigen

Weihnachts-Ausverkauf

Lange Winter-Paletots 12, 15, 20—50 M. (wattirt) Stoff-Jaquets 10, 15—25 M. Capes 10, 15, 20—60 M. (wattirt)

Pelerinen-Mäntel 15, 20—50 M. (wattirt) Abendmäntel 8, 10, 15—40 M. Pelz-Räder 18, 25—30 M., echt Fee. Pelz-Paletots 24, 30—50 M., echt Fee.

Seidenplüsch-Jaquets durchweg auf Seide gefärbt, 22, 30, 36, 40—75 M.
und bewilligt auf die ohnehin schon sehr billigen Preise, welche auf jedem Gegenstand deutlich mit
Zahlen vermerkt sind, noch

Extra 10 Prozent Rabatt

die von jedem Betrage in Abzug gebracht werden!
Regenmäntel, wollene u. seidene Umhänge, Sommer-Jaquets, sowie Staubmäntel
in Seide und Woll von der diesjährigen Frühjahrs-Saison herrührend, welche sich ganz besonders
zu Festgeschenken eignen, bedeutend unter dem Selbstherstellungspreise!
Sonntag und Festtag geöffnet von 8—10 u. 12—7 Uhr. Umtausch zu jeder Zeit gestattet.

Zur Gewerkschaftsfrage.

II.

Die gestern erwähnte Resolution nahm der Züricher Kongress einstimmig an, er stellte sich also ganz auf den Boden, den ich und andere Genossen in Köln eingenommen haben. Die gleiche Erkenntnis hat auch die englischen Gewerkschaften genötigt, mehr und mehr den politischen Kampf in den Vordergrund zu stellen; sie bewog einen Mann wie John Burns, der am eifrigsten für die Neugründung von Gewerkschaften unter den sogenannten ungelerten Arbeitern — Dockers zc. — thätig war, schon vor Monaten zu erklären: Die Zeit zu aggressivem Streik sei vorbei, es gelte mit aller Energie den politischen Kampf um die Eroberung der politischen Macht zu führen.

Und was sagte kürzlich einer der Führer der französischen Sozialisten Jules Guesde, anlässlich des Kampfes des Herrn Dupuy und Konsorten gegen die Syndikate? Guesde sagte:

„In der That, vor dem energischen Vorgehen des Herrn Dupuy war die Gefahr für uns vorhanden, durch die bisherigen Erfolge der so ziemlich aller Orten gebildeten gewerkschaftlichen Organisationen auf Abwege zu geraten. Es war das Bestreben vorhanden, den Klassenkampf auf das wirtschaftliche Gebiet zu beschränken, während dieser Kampf doch nur auf dem politischen Gebiet endgiltig zu Ende geführt werden kann. Wir hatten uns vergebens heifer geschrien, um das Volk auf den gefährlichen Abgrund aufmerksam zu machen. Vergebens verwiesen wir auf die lässlichen Erfahrungen der Trades-Unions in England, wo John Burns erklärte, die Zeit der Streiks sei vorüber.“

Wer weiß, ob man auf unsern Ruf geachtet hätte und ob uns nicht eine mehr oder weniger lange unruhige Gewerkschaftsperiode vorbehalten gewesen wäre, wenn Herr Dupuy nicht durch Thaten bewiesen hätte, — indem er unsere Organisation einfach vernichtete — daß die Gewerkschaften keinerlei Widerstand leisten können. Damit war die Gefahr aber sofort abgewendet. Die fanatisirtesten Anhänger der Syndikate (Gewerkschaften) marschieren jetzt auch auf der großen breiten Straße des Sozialismus und folgen dem heldenhaften Beispiel, das die Kämpfer der Junitage und der Kommune dem internationalen Proletariat in so großherziger und ergreifender Form gegeben haben.

Jetzt kämpfen wir alle Mann für Mann, um die politische Macht zu erringen, und mit welchem Erfolg, das können die Herren Bloquet, Manjan und Genossen darlegen.

Da wo im vorigen Sommer nur eine Gewerkschaft stand, steht jetzt eine sozialistische Armee, und statt der Republikaner, die durch die Reformgesetze eine Brotzulage zu erringen hofften, hat man es mit 40 000 Revolutionären zu thun, welche die politische und wirtschaftliche Expropriation ihrer Sieger fordern, und was das richtige ist, alle proklamieren laut, daß sie unter der rothen Fahne marschieren wollen.“

Ich gehe nicht so weit wie Jules Guesde, auch nicht so weit wie John Burns. Ich stelle in Köln erst für die nächste Zukunft in Aussicht, was diese beiden schon in der Gegenwart erblicken.

Was aber sind die Erscheinungen, die solche Urtheile hervorgerufen? Einmal die Thatfache: daß mit der bürgerlichen Entwicklung die Krisen immer häufiger, immer intensiver und immer länger werden; dann die andere Thatfache: daß durch diese Krisen die Konzentration des Kapitals immer rascher fortschreitet und während die Arbeiterklasse an Widerstandsfähigkeit verliert, das Kapital dabei gewinnt. Die stetig wachsende Reservearmee hilft weiter die Widerstandsfähigkeit der Arbeiter zu schwächen.

Schließlich tritt auch die Staatsgewalt immer mehr auf Seiten des Kapitals, je mehr die Gegensätze sich zuspitzen. Der Sieg der englischen Kohlenarbeiter, auf den v. Elm sich beruft, und der auch das Urtheil anderer Köpfe verwirrt hat, ändert in dem Angeführten gar nichts. Bekanntlich macht eine Schwalbe keinen Sommer und giebt es keine Regel ohne Ausnahme.

Die englischen Kohlenarbeiter befanden sich in einer Ausnahmelage. Als die englischen Kohlenbarone im Juli ihren Arbeitern die unverkündete Zumuthung machten, auf 25 pCt. des Lohnes zu verzichten, bewiesen sie damit, daß sie den Ausstand wollten. Damit war aber auch die Sympathie des Publikums auf Seiten der Arbeiter. Wie sich diese Sympathie während des viermonatlichen Ausstandes betätigte, zeigen die sehr bedeutenden Summen, die aus den Reihen des Publikums den Bergarbeitern zufließen. So erwähnt der Londoner Korrespondent des „Vorwärts“ in Nr. 278, daß eine Nummer des bürgerlichen „Daily Chronicle“ unter anderen Beiträgen zwei von 500 Pfund (à 10 000 M.) quittierte und daß im Revier von Cannock Chase (Staffordshire) allein 7000 Pfund (140 000 M.) aufgebracht wurden.

Die englischen Kohlenarbeiter hatten aber durch das brutale Vorgehen der Kohlenbarone, die, sobald der von ihnen gewollte Ausstand ausbrach, ihre Kohlenvorräthe mit enormen Profiten absetzten, nicht bloß das Publikum auf ihrer Seite, sie hatten im Vergleich zu den deutschen Kohlenarbeitern auch noch andere Vortheile für sich.

Die englischen Kohlenarbeiter gehören zu einer der ältesten und bestorganisirtesten Gewerkschaften Englands; sie hatten halbwegs gefüllte Kassen; sie konnten wenigstens zum Theil auf die Unterstützung der übrigen Gewerkschaften rechnen, wenn diese auch nicht so kräftig ausfiel, als sie erwarten mochten. Die englischen Arbeiter besitzen ferner ein Maß von Versammlungsfreiheit, Presse- und Koalitionsfreiheit, wie es die deutschen Arbeiter nicht entfernt besitzen.

Auch der Umstand, daß die englischen Bergarbeiter, gezwungen durch das Vorgehen der Unternehmer, die Arbeit einstellen, und durch die lange Dauer derselben eine ganze Reihe industrieller und Verkehrsunternehmungen in schwere Wüstenlandschaft zogen, kostete ihnen bei der Objektivität des englischen Volkscharakters solchen Kämpfen gegenüber keineswegs die Sympathie der öffentlichen Meinung. Die letztere nöthigte vielmehr die Regierung, sich schließlich zum Schiedsrichter in dem Streite aufzuwerfen und zu Gunsten der Arbeiter einen Schritt zu thun, den schwerlich eine deutsche Regierung gethan haben würde.

Hierfür wirkte allerdings auch der Umstand, daß die meisten Bergarbeiter Wähler sind; daß bei der fast gleich starken Stellung der beiden Parteien im Parlament eine Verschiebung der Gewählten um wenige Köpfe eine Verschiebung der politischen Machtverhältnisse herbeiführte, eine Gefahr, die in einem Lande mit rein parlamentarischer Regierung, die politischen Parteien und die Regierung zwingen, den Arbeitern in einer Weise entgegenzukommen, wie das in Deutschland ebenfalls zunächst noch undenkbar ist.

In diesem parlamentarischen Regime des Landes und der fast gleichen Stärke der maßgebenden politischen Parteien liegt hauptsächlich das Geheimnis der politischen Macht der englischen Arbeiter, nicht in ihren Gewerkschaftsorganisationen.

Diese günstigen Umstände, verbunden mit der großartigen Opferwilligkeit der englischen Bergarbeiter und ihrer Frauen, die

bis zu Wochenlangem Hungern ging, ließen die englischen Bergarbeiter jenen Sieg erringen. Statt eines Sieges erlitten sie aber zweifellos eine Niederlage, hätten sie den Ausstand, statt durch die Unternehmer dazu gezwungen, aus irgend einem Grunde provoziert.

Wie liegen aber die Verhältnisse in Deutschland?

Wir haben ein elendes Versammlungs- und Vereinsgesetz, eine sehr eingeschränkte Pressfreiheit, ein sehr mangelhaftes Koalitionsrecht. Die Gewerkschaftsorganisationen sind aus diesem und einer Reihe anderer Ursachen, die ich zum Theil in meiner Kölner Rede anführte, deren Aufzählung und Begründung hier aber zu weit führen würde, schwach, ihre Kassen unbedeutend. Die deutschen Bergarbeiter hatten, als sie 1889 den Streik begannen, weder Organisation noch Geld, noch Presse. Obgleich der Streik so gerechtfertigt war, wie je einer, bekämpfte ihn ein großer Theil der bürgerlichen Presse auf das nachdrücklichste. Die Regierung beeilte sich, dem Verlangen der Unternehmer zu entsprechen und sandte ganze Kompagnien Gendarmen, und Militär in Masse in die Bezirke der Streiker. Und was jene dort thaten, ist bekannt. Als der Streik zu Ende war, begannen die beständigen Verfolgungen und Maßregelungen. Es folgten harte Verurtheilungen durch die Gerichte, Verbot der Versammlungen, Maßregelungen der Leiter zc.

Die Regierung kam weiter dem Unternehmertum dadurch entgegen, daß sie, gewissermaßen zur Krönung des kaiserlichen Erlasses vom 4. Februar 1890, in die neue Gewerbe-Ordnungs-Novelle die berüchtigt gewordenen Paragraphen über den Kontraktbruch und die sogenannte Verletzung der Koalitionsfreiheit ausnahm, Bestimmungen, die, wenn sie Gesetz wurden, die letzten Reste der Koalitionsfreiheit in Deutschland vernichteten.

Einen anderen Beweis ihrer Stellung gegen die Arbeiter lieferte die preussische Regierung als im Januar d. J. im Saarrevier der Streik der Bergarbeiter ausbrach. Die Maßregelung von Tausenden derselben wegen ihrer Beteiligung am Streik und ihrer Zugehörigkeit zum Reichshauptverein war die Antwort darauf. Die staatlichen Behörden ruhten nicht eher, bis die Organisation der Bergarbeiter mit Stumpf und Stiel ausgerottet war.

Und wie stellte sich die Presse, die öffentliche Meinung zu all' diesen Maßnahmen? Ein kleiner Theil beschwerte sich, ein anderer schwie, der größte Theil billigte das Vorgehen der Regierungsgesetze. In Deutschland geht man sogar soweit, daß man anlässlich des letzten Bergarbeiter-Ausstandes in England und mit Hinweis auf denselben die Wiedereinbringung der abgelehnten Paragraphen über Kontraktbruch und Verletzung des Koalitionsrechtes verlangte — für Deutschland. Der Unterschied in der Lage der organisierten Arbeiter in Deutschland und England ist also sehr bedeutend.

Der Kampf der englischen Bergarbeiter mit ihren Unternehmern ist vorläufig beigelegt, wie er endgiltig ausgeht, weiß heute niemand. Einen nicht gewollten Erfolg hat er aber gehabt; er hat die kleinen Betriebe am schwersten geschädigt und sie zum Verstreuen für die großen Betriebe reif gemacht. Die Konzentration des Kapitals hat also gerade durch den Streik große Fortschritte gemacht und die Kraft der großen Unternehmer für künftige Kämpfe gestärkt. Kommt nun gar der geplante Trust der großen Kohlenwerke zu stande, dann sieht das vereinigte Kapital der Macht der Arbeiter in einer Weise gegenüber, daß die letzteren nur noch ganz ausnahmsweise den Kampf aufnehmen können.

Wer wissen will, was diese Trusts und Riesenringe der Gewerkschaftsbewegung schaden, der braucht nur die Entwicklung der Dinge in den Vereinigten Staaten, wie sie sich in den letzten fünf Jahren vollzog, zu studiren.

Wie die Konzentration des Kapitals sich auch in Deutschland vollzieht, ergibt folgende Statistik. Die Zahl der Hauptbetriebe in der Steinkohlen-Produktion betrug in den Jahren 1871 bis 1875: 623, im Jahre 1889 war sie auf 408 zurückgegangen. Dagegen stieg die Produktion in dem erwähnten Zeitraum von 34 455 400 Tonnen auf 67 342 000 und die Zahl der mittleren Belegschaft stieg von 172 074 Köpfe auf 239 954. Die Betriebe verminderten sich also um 34 pCt., die Zahl der Arbeiter stieg um 40 pCt., das Produktionsquantum aber wuchs um fast 100 pCt. Die gleichen Resultate lassen sich für eine große Reihe anderer Industriezweige nachweisen, Resultate die zu Ungunsten der Arbeiter noch durch die auch in Deutschland schon bestehenden Kartelle und Trusts verschärft werden. Ich resumire mich:

1. Die Gewerkschaftsbewegung ist ein notwendiger Bestandteil der allgemeinen Arbeiterbewegung, und sie ist deshalb nach Kräften zu unterstützen. (Resolutionen von Halle und Köln.)

Die Gewerkschaftsbewegung bildet, auch ohne daß die Gewerkschaften „Politik“ treiben, ein Rekrutierungsfeld für die Sozialdemokratie.

2. Die sozialen und politischen Zustände Deutschlands bilden vielfach Hindernisse, welche die Gewerkschaftsbewegung nicht zu dem werden lassen, was sie in anderen Ländern geworden ist.

3. Die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft — häufigere Wiederkehr und immer längere Dauer und Schwere der Krisen, welche die materielle Opferfähigkeit der Arbeiter schwächen, aber auch den Mittelstand vernichten — begünstigt den natürlichen Trieb des Kapitals nach Konzentration. Zudem dies den rein ökonomischen Kampf der Arbeiter immer schwieriger gestaltet, wird die Empörung der Arbeiterklasse auf die Spitze getrieben und wird sie gezwungen, den politischen Kampf immer nachdrücklicher zu führen.

Letzter Zweck dieses Kampfes ist: Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat als Hebel zur ökonomischen Umgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft.

Hiermit schliesse ich meine Auseinandersetzungen. Berlin, den 9. Dezember 1893.

A. Bebel.

Genosse Auer veröffentlicht im Sprechsaal des „Hamburger Echo“ folgende Erklärung: „Nachdem Herr von Elm endlich eine Antwort auf meine Erklärung in der Nr. 278 des „Echo“ gefunden hat — die Antwort ist auch darnach — habe ich nur zu erklären, daß ich weder von meinen Ausführungen in Köln, noch von meiner Erklärung im „Echo“ ein Wort zurück zu nehmen habe.“

Ob ich durch meine Reichstagsrede am 13. Januar 1893 die Interessen der Partei und der Arbeiterklasse verletzt habe, wie Herr v. Elm behauptet, darüber überlasse ich getrost die Entscheidung den Parteigenossen.

Ueber das Urtheil des Herrn v. Elm habe ich mich in meiner Erklärung bereits mit vollster Deutlichkeit ausgesprochen und habe ich dem dort Befagten nichts hinzuzufügen. Berlin, 7. Dezember 1893.

J. Auer.

Gerichts-Beilage.

Gewerbegericht. Kammer III. Sitzung vom 9. Dezember.
Der Zimmerpoker Grottau verlangt vom Dachdeckermeister Siebel die Bezahlung für eine Woche, in welcher er Tag für Tag zur Arbeit bestellt zu sein behauptet, ohne — wegen Mangel an Material — thätig sein zu können. Weiter beansprucht Kläger eine Lohnentschädigung dafür, daß er ohne Kündigung entlassen wurde. Der Beklagte wendet ein, dem Kläger sei am ersten Tage jener Woche gleich gesagt worden, er müsse aufhören; wenn er dann jeden Tag zur Arbeitsstätte gekommen ist, sei das seine Sache. Auf die Kündigungsfrist habe Kläger keinen Anspruch. Durch die Aussagen mehrerer Zeugen wird festgestellt, daß dem Kläger wohl am Montag gesagt wurde, er müsse aufhören, daß ihn aber zum Donnerstag bestimmt Arbeit versprochen worden ist. Um seine Angabe betreffs der Kündigungsfrist zu beweisen, legt Beklagter dem Gericht eines der bekannten Formulare vor, auf denen sich die Arbeiter durch ihre Unterschrift mit dem Ausschluß der Kündigung einverstanden erklären. Der Name des Klägers fehlt auf demselben. Er hatte wohl als Polster die ihm unterstehenden Arbeiter zum Unterschreiben bewogen, jedoch sich selbst davon dispensirt. Der Beklagte wurde verurtheilt, für eine halbe Woche (vom Donnerstag bis Sonnabend) dem Kläger seinen Lohn zu zahlen. Außerdem wurde diesem die Lohnentschädigung zuerkannt. Das vorgelegte Formular, so wurde das Urtheil begründet, beweise nicht, daß Kläger sich mit dem Inhalt desselben einverstanden erklärt hat. Im ganzen hat der Beklagte 78 M. zu bezahlen.

Kammer VIII. Sitzung vom 11. Dezember.
Die Arbeiterinnen G. und H. klagen gegen den Buchbindermeister Pohl, dessen Frau als seine Vertreterin erscheint. Die Klägerinnen verlangen je 5 M., den Lohn für eine Woche. Frau Pohl wendet ein, die Klägerinnen hätten, weil keine Arbeit vorhanden war, „aussehen“ müssen, und das Aussehen werde nirgends bezahlt; außer, setzte sie weisehüftig hinzu, wenn die Betroffenen monatliches Gehalt bekämen. Eine der Klägerinnen führte aus, sie seien beide die ganze Woche hingezogen worden. Alle Tage wären sie zu Pohl gekommen, um dann ein paar Stunden oder auch gar nicht arbeiten zu können. Einmal hätten sie sich einen ganzen Tag bei Pohl aufgehalten, es sei aber keine Arbeit „gekommen“. Für die in der fraglichen Woche geleistete Arbeit hätten sie 2,80 M. bekommen sollen. Beklagte erkennt die 2,80 M. an. Der Vorsitzende, Assessor Dr. Freund, äußerte, mit dem Aussehen sei es nichts; wenn man Arbeiterinnen habe, müsse für Arbeit gesorgt werden. Könne man dies nicht in der Weise, daß die Leute fortlaufend beschäftigt seien, dann solle man die Kündigung ausschließen. Kündigung, meinte hierauf die gesetzestundige Vertreterin ihres Gatten zu dem Gerichtshof, gebe es überhaupt nur in Fabriken, nicht aber in einem Privatgeschäft. Das Gericht war sehr ungeduldig für diese Belehrung, denn es verurtheilte Herrn Pohl zur Zahlung von je 5 M. Lohnrückstand und einer Verzinsungsbühr von je 1,95 M.

Gewerbegericht. Kammer III. Sitzung vom 12. Dezember.
Der Bucher Hilpert und der Maurer Dreiner klagen gegen den Bau-Unternehmer Dremisch auf Zahlung von rückständigem Lohn. Der Beklagte erklärt, den Leuten nichts schuldig zu sein. Er habe, „was noch drin war“ (von einem Kolonnenakkord nämlich), an den Kolonnenführer ausgegahlt. Die Beweishebung erbrachte, daß Dreiner oft Kolonnenführer war, dann plötzlich wegen „nicht genügender Leistungsfähigkeit“ vom Unternehmer „abgesetzt“ wurde, worauf seine Stelle jemand erhielt, der ein Art von Weisheitsbegünstigung einführte, indem er vor allen Dingen 42 M. „als verdient“ in seine Tasche steckte, bevor er an die Bezahlung der Kolonnenmitglieder dachte. Das Gericht war der Meinung, daß der Beklagte sich wohl einen anderen Kolonnenführer hinstellen konnte, wenn es ihm paßte, daß er jedoch vorher mit dem alten Vorarbeiter hätte vollständig abrechnen müssen. Das Kolonnenystem beruhe auf der gemeinschaftlichen Arbeit und der gemeinschaftlichen Auftheilung des von der Kolonne Verdienten, deshalb sei das Verfahren des neuen Kolonnenführers, sich vor allem durch Vorwegnahme von 42 M. schadlos zu halten, unzulässig. Die zur Verfügung der Pahlkolonne gestandenen 100 M. hätten unter dieselbe nach Abzug des Lohnes für den Hilfsarbeiter ordnungsmäßig vertheilt werden müssen. Wäre das geschehen, so hätte H. 19,32 und D. 8,68 M. mehr bekommen wie in Wirklichkeit. Zur Zahlung dieser Beträge sei Beklagter zu verurtheilen.

Der Bucher Hofemann klagt gegen die Maurer Wessel und Wegener. Die Beklagten hatten auf einem Bau des Unternehmers Keller die gesamte Putzarbeit auszuführen übernommen. Infolge einer Differenz mit Keller waren sie nicht in der Lage, dem Kläger 20 M. Lohnrückstand zu zahlen. Wegener, gegen den Kläger sich hauptsächlich wendet, verspricht diesem für den Fall die 20 M., daß er einen gegen Keller angefertigten Prozeß gewinne. Der Kläger geht auf den Vorschlag nicht ein, seine Klage zurückziehen, welche ihm der Beklagte im Anschluß an jenes Versprechen macht. Wegener wurde verurtheilt, die 20 M. zu zahlen; seine Klage gegen Keller gehe den Kläger nichts an. Er möge sehen, wie er sich mit Keller auseinandersetze.

Der Stuckmeister und Bildhauer Steinbach hatte für einen Bau des Unternehmers Drachholz den Stuck zu liefern und ihn ansehen zu lassen. Die letztere Thätigkeit führten in seinem Auftrage die Stuckateure Jahn und Holz aus. Einmal Tages geriet er, dem wegen seiner Käsigkeit von Herrn Drachholz schon öfter Vorwürfe gemacht worden waren, mit diesem in Streit. Er erhielt sich dabei so, daß er seine Leute abrief. Er forderte sie auf, keinen Schlag mehr für Drachholz zu thun. Die Weiben waren aber nicht mir nichts dir nichts damit einverstanden, daß ihnen ihr angefangener Akkord auf diese Weise unterbrochen wurde. Sie wurden lagbar. Das Gewerbegericht verurtheilte Herrn Steinbach zur Zahlung von 60 M.

Der Landesverraths-Prozeß gegen die beiden in Kiel verhafteten Franzosen begann heute Vormittag um 9 Uhr vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts unter Leitung des Senatspräsidenten v. Wolff. Die Anklage vertreten Ober-Reichsanwalt Tessenfendor und Reichsanwalt Treplin. Die Angeklagten geben an zu heißen Jean Baptiste Charles Robert-Matthieu Degony und Jacques Marie Joseph Delauey-Malevas und räumen ein, unter den Namen Raoul Dubois und Maurice Jean Daguet gereist zu sein. Der Angeklagte Degony ist 41 Jahre alt, der ersten Section des Generalstabes der französischen Marine attachirt und Ritter der Ehrenlegion, sowie Lieutenant z. S. 1. Kl. Angeklagter Delauey ist Lieutenant z. S. 2. Kl. 31 Jahre alt und dem Generalstab der französischen Marine beigegeben.

Als Zeugen sind geladen: Ober-Polizeisergeant Nagen und Lieutenant zur See v. Reuter, beide aus Kiel; die Schiffsleute Hannemann und Barowski, beide aus Cuxhaven; Louis Jacobs aus Tonning; Landrichter Brandt aus Berlin. Als Sachverständige sind Kapitän zur See Graf v. Raubitzin und Kapitän-Lieutenant Ehrd, beide aus Berlin, geladen.

Aus dem Eröffnungsbeschlusse ist hervorzuhellen, daß die beiden Angeklagten im August 1893 im Inland, insbesondere auf der Insel Helgoland, an der deutschen Küste von Borkum bis Lönning, auch auf dem Festlande bis zum Kieler Hafen, in gemeinschaftlicher Ausübung unter dem Namen Dubois und Daguet es unternommen haben, sich in den Besitz von schriftlichen Bemerkungen, Zeichnungen und photographischen Aufnahmen zu setzen, sowie sich die Kenntnis von Gegenständen zu verschaffen, deren Geheimhaltung im Interesse der deutschen Landesverteidigung geboten erscheint; namentlich auf Helgoland und an der deutschen Küste in Cuxhaven und im Kieler Hafen, insbesondere über die Anordnung des Fahrwassers, gewisse Merkmale der Küste, die An- und Ausfertigung der Ums, des Cuxhavener Kanals, der Elbe und der Eider, den Ankerplatz bei Borkum etc., sowie über das deutsche Kriegsschiffs-Material in Wilhelmshaven. Es wird den Angeklagten vorgeworfen, diese Schriften und Kenntnisse sich verschafft zu haben in der Absicht, davon in einer die Sicherheit des Deutschen Reiches gefährdenden Weise durch Mitteilung an die französische Regierung Gebrauch zu machen.

Beide Angeklagte erklären, da infolge der großen Entwicklung der deutschen Marine in den letzten 3 bis 4 Jahren in französischen Marinetreibern große Besorgnis entstanden sei und sie die Ueberzeugung erlangt hätten, daß die Kenntnis der deutschen Küstenbefestigungen lücken- und mangelhaft sei, wären sie zu dem Plane gekommen, gemeinschaftlich an eigene Hand durch direkte Beobachtung diese Kenntnisse zu verbessern und hätten zu diesem Zweck eine englische Vergütungsnacht gemietet. Sie hätten ihre Handlungsweise nicht für strafbar gehalten. Ueber ihre Beziehungen zu dem französischen Marineministerium wollten die Angeklagten sich nur dann auslassen, wenn die Oeffentlichkeit der Verhandlung ausgeschlossen werde. Der Ober-Reichsanwalt widersprach diesem Verlangen. — Um 1 Uhr wurde wegen der Vernehmung der Sachverständigen die Oeffentlichkeit ausgeschlossen.

Die Vernehmung der Sachverständigen in geheimer Sitzung dauerte bis 4 Uhr Nachmittags. Die Fortsetzung ist auf morgen 9 Uhr Vormittags anberaumt. Die Plaidoneis dürften morgen Nachmittag, wie man glaubt, öffentlich gehalten werden.

Der Prozeß gegen den Zimmermann Schlobinski und dessen Geliebte, die Wäckerin Petronella Ostrowska, die zusammen gegen die Ehefrau Schlobinski's einen Mordanschlag geplant haben sollten, ist am Mittwoch vor dem Schwurgericht des Landgerichts I noch zu Ende geführt worden. Die Geschworenen verneinten nach längerer Beratung die Schuldfragen, worauf der Staatsanwalt nur die Freisprechung beantragte, welche der Gerichtshof auch beschloß.

Die Bewohner der Greißwälderstraße hatten im verfloffenen Sommer viel durch den üblen Geruch zu leiden, der von einer gewerblichen Anlage ausströmte, in welcher Borsten soweit hergerichtet werden, daß sie zu Industriezwecken zu verwenden sind. Nachdem dieserhalb viele Beschwerden eingelaufen waren, hielt der betreffende Revier-Vorstand eine Revision in der Anlage ab. Er fand in einem Schuppen einen großen Haufen frischer Borsten liegen, von denen ein unerträgliches Verwesungsgeruch ausging. Sie waren mit Tausenden von Maden durchsetzt. In der Konzessionsurkunde, die dem Besitzer der Anstalt erteilt worden ist, war demselben zur Bedingung gemacht, daß er nur frische Borsten verarbeiten dürfe und daß die Borsten sofort nach der Ankunft vom Viehhofe in den Raum gebracht werden müßten, wo sie verarbeitet werden sollten. Der Besitzer Samter wurde in eine Polizeistrafe genommen und diese Strafe vom Schöffengericht bestätigt. Dagegen legte der Angeklagte Berufung ein, worauf die Sache kürzlich vor der Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung gelangte. Der Polizeileutnant erklärte, der Gestank sei so arg gewesen, daß selbst die Nachbargrundstücke entwertet worden seien, ein Hauseigentümer habe verkauft um fortzuziehen zu können. Der Angeklagte behauptete, daß er streng die ihm auferlegten Pflichten erfüllt habe, der üble Geruch sei von seinem Gewerbebetrieb unzertrennlich, zumal zur heißen Sommerzeit. Die Borsten seien tatsächlich als „frische“ zu bezeichnen, trotz des Zustandes, in welchem sie von dem Polizeileutnant gefunden wurden. Sie hätten sich erst 12 Stunden in der Zubereitungs-Anstalt befunden und stammten von Schweinen her, welche tags zuvor auf dem Viehhofe geschlachtet seien. Ein als Sachverständiger vernommener Wäckerwarenfabrikant begutachtete, daß der Geruch von den kleinen Fleischtheilen herrühre, welche an den Wurzeln der Borsten zu haften pflegten. An heißen Tagen trete die Verwesung so schnell ein, daß sie sich schon auf dem Viehhofe bemerkbar mache. Rechtsanwalt Goldstein, als Vertreter des Angeklagten, beantragte die Freisprechung desselben, da alles geschehen sei, was die Konzessionsurkunde vorschreibe. Es sei doch nicht verboten, überlebende Materialien zu verarbeiten, da man ja sonst alle chemischen Fabriken, Färbereien u. s. w. schließen müßte. Der Gerichtshof beschloß, noch eingehendere Gutachten einzuholen und dazu den Gewerbe-Inspektor v. Tschorn und den Gewerberath v. Stillsnagel zu laden.

Soziale Uebersicht.

Der internationale Arbeiterschuh-Kongreß im Jahre 1894.

Es wurde bereits berichtet, daß der Vorstand des schweizerischen Arbeiterbundes in Ausführung des bezüglichen Beschlusses des Vierter Arbeitertages für den Monat August 1894 einen internationalen Kongreß für Arbeiterschuh nach Zürich einberufen hat. Ebenso wurde bereits mitgeteilt, daß der schweizerische Bundesrath an die voranschreitlich bedeutenden Kosten dieses Kongresses auf das Gehalt des Bundesvorstandes hin 3000 Franken Beitrag bewilligte, unter der Bedingung jedoch, daß dem Kongreß der neutrale Charakter, den ihm das Einladungs-Zirkular zutheilt, gewahrt werde. Dieses Zirkular lautet:

Internationaler Kongreß für Arbeiterschuh, Zürich 1894.

An die Arbeiter aller Länder!

Durch Beschluß des schweizerischen Arbeitertages in Biel am 3. April 1893 ist der Bundesvorstand des schweizerischen Arbeiterbundes beauftragt worden, auf das Jahr 1894 einen internationalen Kongreß für Arbeiterschuh einzuberufen. Dieser Kongreß soll allen Vertretern von Arbeitervereinen oder Körperschaften ohne Unterschied der politischen oder religiösen Richtung offen stehen, die das Eingreifen des Staates zu Gunsten der Arbeiterklasse durch Verkürzung der Arbeitszeit, Verbot der Sonntagsarbeit, besondere Schutzbestimmungen für Frauen, junge Leute und Kinder als berechtigt, notwendig und dringlich betrachten und sich verpflichten, an ihrem Orte für das Inkrafttreten dieses Arbeiterschuges eifrig zu wirken.

Der Bundesvorstand des schweizerischen Arbeiterbundes kommt dem ihn gewordenen Auftrage nach, indem er festsetzt, daß dieser Kongreß 1894 in Zürich abgehalten werden soll und hiermit alle Arbeitervereine und Körperschaften aller Länder einladet, sich auf eine starke Vertretung am Kongreß zu rufen.

Die sich selbst überlassene, auf der freien Konkurrenz beruhende kapitalistische Waarenproduktion hat auch die menschliche Arbeitskraft und damit den Menschen selbst in das Getriebe der freien Konkurrenz hineingerissen. Ohne Rücksicht auf das Geschlecht, das Alter, die Stellung und die Pflichten gegenüber der Familie und der politischen und religiösen Gemeinschaft hat sie alle Mittel angewandt, um möglichst viel Arbeit aus der arbeitenden Bevölkerung herauszupressen und ihre Arbeitszeit auf das denkbar höchste Maß auszudehnen. Da bei dieser Entwicklung auch die Ernährung verschlechtert wurde, war

die Folge davon notwendigerweise eine Verkümmern und Entartung großer Theile der Bevölkerung in allen Ländern.

Diese Erscheinung erschreckte zuerst die aufmerksamen Beobachter und sie bewirkte in Verbindung mit dem energischen Vorgehen der Arbeiterschuh selbst die ersten Anläufe einer Arbeiterschuh-Gesetzgebung.

Unter schweren Kämpfen mit der Klasse der Industriellen haben eine Anzahl von Ländern begonnen, eine Schranke festzusetzen, über die hinaus die Verwendung bestimmter Arbeitskräfte nicht gehen darf. Die guten Erfolge der Gesetze haben allmählich viele überzeugt, daß der Staat auf diesem Wege weiter fortschreiten sollte. Aber immer noch sind viele Länder mit der Arbeiterschuh-Gesetzgebung im Rückstande, theils fehlt sie ganz, oder sie ist ungenügend, der Volksgut ist mangelhaft oder sie bezieht sich nur auf einzelne Schichten der Arbeiterklasse, während andere schutzlos blieben. Der kapitalistische Großbetrieb aber erobert in rapidem Fortschreiten immer neue Gebiete, er revolutionirt die ganze Technik und schafft immer neue Formen menschlicher Ueberanstrengung, während auf der anderen Seite Krise und Arbeitslosigkeit immer mehr zu einer ständigen Erscheinung werden. Dadurch mehren sich die Fieberzustände und Erschütterungen, denen die Gesellschaft ausgesetzt ist und schlimme Katastrophen sind zu erwarten, wenn die Staaten nicht viel energischer als bisher zu sozialen Reformen greifen. Die erste und notwendigste aller sozialen Reformen aber besteht in gesetzlichen Vorschriften zum Schutze der arbeitenden Klasse gegen Ueberanstrengung.

Der schweizerische Bundesrath hat schon mehrmals die Initiative ergriffen, um die Regierungen der Industrieländer zu Verhandlungen über ein gleichartiges Vergehen in dieser Richtung zu veranlassen. Bis jetzt ist aber noch nichts Wesentliches erzielt worden. Die Ansichten der einzelnen Regierungen gingen zu weit auseinander. Es haben nun die sozialistischen Arbeiterorganisationen durch ihre internationalen Kongresse und ihre Mai-Demonstrationen eine energische Bewegung für gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit begonnen. Der Arbeitertag in Biel fand nun, es sollten alle Arbeiterkreise, die für entschiedene Anbahnung des staatlichen Schutzes der Arbeiter sind, zu einer gemeinsamen Bepfugung der anzustrebenden Ziele und der zu ergreifenden Mittel aufgerufen werden.

Und gewiß ist es des Versuches werth, ob es nicht gelingt, in allen Ländern eine starke Bewegung, an der sich alle Anhänger des gesetzlichen Arbeiterschutzes ohne Unterschied der politischen oder religiösen Richtung betheiligen, hervorzuheben, die überall die gleichen Postulate aufstellt und die in ihrer gemeinsamen Kraft bald unüberwindlich werden dürfte. Sehen sich alle Regierungen einer so starken Bewegung mit einheitlichem Ziel gegenüber, dann dürfte es in kurzer Zeit gelingen, sie zu internationalen Verhandlungen und zu eingreifenden Reformen zu bewegen.

Selbstverständlich kann der Kongreß in Zürich nur dann zu Erfolgen führen, wenn seine Teilnehmer von vornherein darüber einig sind, daß das Eingreifen des Staates zu Gunsten der Arbeiterklasse durch Verkürzung der Arbeitszeit, Verbot der Sonntagsarbeit, besondere Schutzbestimmungen für Frauen, junge Leute und Kinder berechtigt, notwendig und dringlich sei. Nur solche, die von dieser Ueberzeugung durchdrungen sind und sich verpflichten, dafür eifrig zu wirken, werden zum Kongreß eingeladen und nur solche werden zugelassen. Nicht darüber, ob staatlicher Arbeiterschuh berechtigt, notwendig und dringlich sei, soll diskutiert werden, sondern nur über das Maß des Arbeiterschutzes und über die Mittel zu seiner Verwirklichung.

Die Dauer des Kongresses darf auf eine Woche (vom Montag bis zum Sonnabend) angenommen werden. Als Tagesordnung stellen wir vorläufig folgende Punkte auf:

1. Die Sonntagsarbeit;
2. die Arbeit der Kinder und jungen Leute;
3. die Arbeit der Frauen;
4. die Arbeit erwachsener Männer;
5. Mittel und Wege zur Verwirklichung des Arbeiterschutzes.

Die Tagesordnung kann vielleicht durch den Kongreß von den einen oder andern Punkt vermehrt werden, aber sie soll durchaus nicht über das Gebiet des Arbeiterschutzes hinausgehen.

Bei einem Kongresse, der Vertreter der verschiedensten politischen und religiösen Richtungen umfaßt, gilt es als Voraussetzung, daß innerhalb des Kongresses jede Richtung die andere respektire, daß Angriffe vermieden werden, daß die Debatten sich streng auf die Tagesordnung und die sachliche Begründung der gestellten oder zu stellenden Anträge beschränken und daß jede Richtung sich politischer oder religiöser Bekenntnisse oder Manifestationen enthalte, die geeignet sind, eine andere Richtung zu verlegen. Zu freier Meinungsäußerung bietet ja das sachliche Gebiet des Arbeiterschutzes noch genügend Platz und Anlaß. Für die Bildung des Bureau wird ein proportionales Verfahren einzuschlagen sein, derart, daß sowohl jede Nationalität, wie jede in ihr vertretene Hauptrichtung repräsentirt sei. Das gleiche Verfahren sehen wir voraus bei der Zusammenziehung der Kommission zur Verberathung der verschiedenen Punkte der Tagesordnung. Wenn es nötig sein sollte, so werden wir zur vorberigen Verhandlung über die Geschäftsordnungsfragen eine Konferenz einberufen.

Anträge betreffend die Tagesordnung und die Geschäftsordnung nehmen wir bis Ende Februar entgegen; sie werden dann zusammengestellt und werden wir dann im April 1894 ein zweites Rundschreiben mit den nötigen Vorlagen folgen lassen.

Wie der Bundesvorstand des schweizerischen Arbeiterbundes aus den verschiedenen, in ihm vertretenen Richtungen proportionell zusammengesetzt ist, so hat er auch in seiner Sitzung vom 4. November 1893 ein Organisationskomitee für den internationalen Kongreß für Arbeiterschuh bestellt, in dem alle Richtungen, soweit sie für die Sache und ihre Durchführung sind, vertreten sind. Damit ist für den weiten Boden, auf den der Kongreß sich stellen soll, eine sichere Grundlage gegeben. Es ist also jede Richtung, die überhaupt für Arbeiterschuh eintreten und mitwirken will, sicher, zu Gehör zu kommen.

Wohl zum ersten Male in der Geschichte der sozialen Bewegung hat der schweizerische Arbeiterbund ein Beispiel gegeben, wie Vereine und Personen, die sich bisher auf dem politischen Gebiete als Gegner gegenüberstanden, sich zur Erreichung gemeinsamer Zwecke auf sozialpolitischen Gebiete vereinigten. Auf dem ersten Tage von Aarau im Jahre 1897 traten Sozialdemokraten, katholische Vereine und neutrale Krankenkassen zusammen und gründeten den Arbeiterbund, der jeder Richtung offen steht, die mitwirken will. Und obgleich jede Richtung sich ihre freie Bewegung vorbehielt, haben sie doch gemeinsam Manches erreicht.

Schließlich versichern wir Alle, die den ersten Willen mitbringen, in der Frage des gesetzlichen Arbeiterschutzes einen energischen Schritt nach vorwärts zu thun, der freundlichsten Aufnahme. Sie werden hier als Freunde und Mitkämpfer herzlich willkommen sein. Möge unsere Einladung in den Arbeiterorganisationen aller Länder ohne Unterschied der politischen oder religiösen Richtung einen freudigen Wiederhall finden.

Die Vorarbeiten für den Kongreß macht das schweizerische Arbeitersekretariat in Zürich, das speziell hierfür eine neue Arbeitskraft erhalten hat.

Das Organisationskomitee ist folgendermaßen zusammengesetzt: Werner, Huberhöfer und Zimmermann (leitender Ausschuss); Dr. Decantius-Truns, Blum-Denklin und Lautenschlager (Zürich (katholische Verbände)); Conzetti, Curti, Lang, Zürich und Scherrer (St. Gallen (Evangelische)); Keri (Zürich und Naudtsch (Evangelische)); Reiman, Bern (internationaler Bund der Arbeiter); Raquetz-Kaufmann (evangelische Arbeitervereine); Grealich und Schnitzgabel (Arbeitersekretariat).

An die Gewerkschaften Berlins.

Gemessen! Die Arbeiter in den mechanischen Schussfabriken Berlins wurden durch unerhörte Maßnahmen ihrer Unternehmer in den Streik getrieben.

Körperliche Mißhandlungen, die Verfassung des Koalitionsrechts durch Maßregelungen sowie die ungeheuerlichen sanitären Mißstände in den Fabriken, mühen dazu dienen, den Arbeitern die Waffe des Abwehrstreiks in die Hand zu drücken.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission hat nun zur Unterstützung der Ausschüsse die Sammelkassen derselben mit dem Stempel der Kommission versehen und werden die Gewerkschaften gebeten, die Streikenden moralisch und materiell zu unterstützen.

Der geschäftsführende Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

An die Maurer im Osten Berlins. Kollegen! Durch die immer mehr und mehr sich greifende Arbeitslosigkeit im Maurergewerbe, die es den Berliner Kollegen immer mehr erschwert, sich Arbeit zu verschaffen, haben sich die Mitglieder des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins veranlaßt, einen loskostenlosen Arbeitsnachweis zu gründen, um dadurch bessere Arbeitselegenheit für diejenigen, welche sich daran betheiligen, zu verschaffen und somit die Solidarität unter den Kollegen zu pflegen. Da sich der Arbeitsnachweis bis dato gut bewährt und durch denselben vielen Kollegen Arbeit geschafft wurde, so richten wir an die Berliner Kollegen und hauptsächlich die des Ostens das Ersuchen, von demselben den ausgiebigsten Gebrauch zu machen. Es finden zu diesem Zwecke jeden Sonntag Vormittag bei H. Böhl, Adersdorferstr. 8, Frühgespräche statt und ist dort Jedem Gelegenheit gegeben, sich über die Arbeitsvermittlung zu unterrichten.

H. Dabbe, Friedrichsfelderstraße 9. C. Knöpfchen, Gr. Frankfurterstraße 112. S. Guth, Grüner Weg 35.

Die Arbeitseinstellung der Kaffeeverleserinnen bei der Firma Schwarze und Wichmann, Hamburg, ist nach ganz kurzer Dauer bereits wieder beendet. Die Kaffeeverleserinnen obengenannter Firma haben sich gestern nach und nach zu gewohnter Zeit auf dem Plage eingefunden. Bis auf die sieben Kommissionsmitglieder sind sie denn auch eingestellt worden, nachdem ihnen unter der Hand Verpflegungen auf spätere Verbesserung ihrer Lage gemacht worden sind. Der Ausbruch des Streiks scheint der Handlungsweise des Betriebsleiters Köser, sowie des Meisters Böttcher zuzuschreiben sein. Gerade diese beiden sollen den Arbeiterinnen in recht unliebsamer Weise entgegengetreten sein. Es ist bedauerlich, daß ein begonnener Streik so ohne weiteres und ohne jeden Erfolg abgebrochen wird. Trozdem der Arbeitsverdienst der vorigen Woche den Höchstbetrag von 10 bis 12 M. erreicht hat — die Wochen vorher war der Durchschnittsverdienst 5—10 M. — mögen doch viele von den Arbeiterinnen sich veranlaßt fühlen, die Arbeit wieder aufzunehmen, um nicht der Armut oder, was noch schlimmer, dem Laster zu verfallen.

Achtung Fischer! Die Hof-Tischfabrik von Eiser-Krumburg sucht durch Insuperate Fischer nach dort zu ziehen. Wie uns von dort geschrieben wird, besteht kein Mangel an tüchtigen Kräften und so die betreffende Firma den Leuten eine entsprechende Behandlung neben gehörender Lohn zusammen lassen wollte, würde es ihr niemals an Arbeitskräften mangeln.

Bestellte Arbeit. Von seiten des großherzoglich-hessischen Ministeriums sind die hessischen Handelskammern zur schleunigen Aufhebung darüber ersucht worden, ob in ihren Bezirken in letzter Zeit Arbeitseinstellungen und Arbeiterentlassungen in größerem Umfange vorgekommen oder im Laufe des Winters noch zu erwarten sind, sowie darüber, ob bezüglich einzelner in dem Handelskammer-Bezirk vertretenen Produktionszweige augenblicklich besonders ungünstige wirtschaftliche Verhältnisse bestehen und worauf dieselben zurückzuführen sind. Die betreffenden Erhebungen sollen, wie es heißt, dazu dienen, um übertriebenen, die Oeffentlichkeit aufregenden Behauptungen über augenblicklich bestehende Nothstände im gegebenen Maße entgegenzutreten zu können. — Die Handelskammern werden sich jedenfalls der ihnen gewordenen Aufgabe in dem gewünschten Sinne entledigen — wenn's auch schwer fällt.

Weihnachtsgratifikationen bilden bei dem Unternehmertum immer ein besonderes Belohnungsmittel für die Arbeiter, die recht „artige Kinder“ sind; denn das Unternehmertum spielt auch hier den Weihnachtsmann und sonderst die bösen Buben von den Schafen, wie folgendes Beispiel bewillt. Eine Brauerei prämiirt ihre nichtorganisirten Arbeiter zu Weihnachten wegen ihrer Nützlichkeit zur Organisation in Form eines Weihnachtsgeschenktes, während die organisirten Brauer und Böttcher leer dabei ausgehen.

Die Mitglieder der Berliner Krankenkassen und die Kassen selbst scheinen nachgerade als das ergiebigste Feld der Ausbeutung betrachtet zu werden. Während die Kassenkranken bei einem Theil der Krankenhäuser und der Herren Ärzte eine ganz besondere Fürsorge erfahren und sozusagen als Kasse II. Kl. behandelt werden, verhält man bei den Privat-Badeanstalten in dieselbe Prosis. Das Admiralsgartenbad, Friedrichstraße, wird mit Vorliebe von einer ganzen Anzahl von Kassen benützt, wenn ihren Mitgliedern vom Arzte Bäder verschrieben werden. Nun glaubt der Laie, daß diese Kassenmitglieder für ihr gutes Geld auch gute und reine Badewäsche erhalten, und jeder vernünftige Mensch muß das auch annehmen, wenn man bedenkt, daß sehr häufig Haut- oder syphilitische Kranke dort Schwitzen oder Schwitzen zu nehmen haben. Leider ist das jedoch nicht der Fall. So werden die Bademantel immer erst, nachdem sie von 10—15 Personen benützt, das heißt nachdem 10 bis 15 Personen ihre Haulausbünstungen in ihnen hinterlassen haben, gewaschen. Freilich sieht so ein Bademantel, wenn ihn der Badende erhält, schon feil, glatt und unbenutzt aus; wir wollen jedoch sogleich dieses Geheimniß der Oeffentlichkeit übergeben. Nach dem jedesmaligen Gebrauche des Bademantels wird derselbe mit Wasser besprängt und geglättet und so erdelt er das Ansehen, als ob er frisch gewaschen wäre und der Badende glaubt fest und sicher Wäsche zu haben, die vollständig rein und unbenutzt sei. Bemerkenswerth und das Obige ergänzend ist ferner noch folgender Fall: Ein Badediener, der seinen Badegästen den Gebrauch dieser „reinen“ Bademantel doch nicht zumuthen wollte und der deshalb bei der Oberwäscherin reine Bademantel verlangte, wurde von derselben mit folgenden Worten abgewiesen: „Zuerst kommt die erste Klasse und dann kommen erst ihre Kassenkranken und für diese sind die Bademantel gut genug!“

Mögen sich die Arbeiter und die Krankenkassen auch hier vor Ueberforderung schützen.

Daß das Admiralsgartenbad zu wenig Badewäsche hat, darf freilich nicht Wunder nehmen; wird doch über Mangel an Krankewäsche in einem staatlichen Krankenhause geklagt und wenn der Staat in seinen Krankenhäusern den Privatunternehmern mit so gutem Beispiele vorangeht, so können diese das mit Recht nachahmen.

Wie groß das Elend in den Arbeiterfamilien ist, möge folgender Brief, welcher dem „Sächs. Volksbl.“ zur Veröffentlichung übergeben wird, von Neuen beweisen; er lautet: „Erfeld, d. 23. 11. 93. Lieber Schwager! Du bist doch nicht etwa böse auf mich, weil ich Dir schon so lange nicht geschrieben habe; dafür schreibe ich Dir heute etwas mehr. Hier in Erfeld ist eine traurige Zeit. Es ist kaum zu glauben. Vorige Woche tagte eine Versammlung der Arbeitslosen im

Festgebende aus dem Verlage von J. S. W. Diez in Stuttgart.

Naturwissenschaftliche Werke.

(Für die reifere Jugend geeignet.)

Weltgeschöpfung und Weltuntergang.

Die Entwicklung von Himmel und Erde. Von Dr. Volwald Müller. Dritte, verbesserte Auflage. Mit 64 Abbildungen und 2 Sternkarten. Preis gebunden M. 2.50.

Die Geschichte der Erde. Von R. Dornmüller. Mit vielen Illustrationen und 3 Karten. Preis gebunden in Prachtband M. 5.50.

Der Mensch und seine Rassen. Von Dr. D. Langhavel. Mit 4 Chromolithen (Menschenaffen) und vielen Illustrationen. Preis gebunden in Prachtband M. 5.50.

Die Pflanzenwelt.

Das Pflanzenreich mit dem Schilde der allgemeinen und speziellen Botanik. Von R. Dornmüller. Mit ca. 400 Abbildungen und 12 Herbarpräparaten. Preis gebunden in Prachtband M. 5.50.

Die Tierwelt. Eine illustrierte Naturgeschichte der jetzt lebenden Thiere. Von R. Dornmüller. Mit ca. 600 Abbildungen und 12 Herbarpräparaten. Preis gebunden in Prachtband M. 7.—

Die Darwin'sche Theorie. Von Ed. Buxing. Zweite (illustrierte) Ausgabe, mit Verzicht und Biographie Darwin's. Preis geb. M. 2.—

Historische Werke.

Großes deutsches Bauernkrieg. Von Dr. Wilhelm Zimmermann. Reich illustrierte Volksausgabe. Preis gebunden in Prachtband M. 6.70.

Die französische Revolution. Vollständige Darstellung der Ereignisse und Zustände in Frankreich von 1789—1804. Von Wilhelm Dier. Mit vielen Porträts und Wapp. Bildern. Preis geb. i. Prachtb. M. 5.50.

Die deutsche Revolution. Geschichte der deutschen Bewegung von 1848 und 1849. Von Wilhelm Dier. Mit vielen Porträts und Wapp. Bildern. Preis gebunden in Prachtband M. 5.70.

Die Geschichte der Kommune von 1871. Von K. Kappeler. Zweite vom Verfasser autorisierte und durchgesehene Ausgabe. Preis gebunden M. 2.—

Dramen und Gedichte.

Albert Duflo's sämtliche Dramen. Dramatisches von Ernst Dietl. — Inhalt des ersten Bandes: Albert Duflo, sein Leben und seine Werke. — Zweite, dramatische Fassung in drei Akten. — Eos, Drama in fünf Aufzügen. — Inhalt des zweiten Bandes: Jesus der Christ, ein Stück für die Hochschulen in neun Aufzügen mit einem Nachspiel. — Einmal, ein Schauspiel in fünf Aufzügen. — Preis pr. B. d. d. M. 2.—, geb. M. 4.—

Gedichte von Albert Duflo. Zweite Auflage. In eleg. Prachtb. M. 1.50.

Lichtkräften der Poesie. Gedicht-Sammlung, angeordnet von Max Kugel. Illustriert von Otto Emil von. In elegantem Prachtband mit Goldschnitt M. 3.00.

Deutsche Arbeiter-Dichtung. Eine Auswahl Dichter und Gedichte deutscher Proletarier. — Inhalt: Erster Band: Gedichte von Wilhelm Hasenclever, K. G. Frohne und Adolph Heyse. — Zweiter Band: Gedichte von Jacob Lohmeyer. — Dritter Band: In Reich und Elend. Gedichte von einem Arbeiter. — Vierter Band: Gedichte von Max Kugel. — Fünfter Band: Gedichte von Andreas Schen. — Jeder Band ist einzeln zu beziehen. Preis pro Band elegant gebunden M. 1.—

Freie Gedanken. Dichter und Redatoren von Wilhelm Kugel.

Der Ring der Ewigkeit. Eine technische Skizze von Wilhelm Kugel. Beides in einem eleganten Prachtband M. 1.50.

Bilderbuch für große und kleine Kinder

für das Jahr 1893.

Inhalt: Der Lehmannssohn's Enkel, Gemalt von G. Juch. Farbiges Holzschnitt. — Den Alten und den Jungen. Gedicht. — Im Scherzwege. Einleitung. — Der Löwe. — Täuschung und Trüger. Gedicht. — Hüben und Drüben. Erzählung. — Was thut die Welt. Gedicht. — Das Krummer. — Die Suppe. Gedicht. — Die verlorene Wahrheit. Ein Märchen. — Wieder-gebunden. Eine Erzählung aus Hamburg. — Die böse Fee. Ein Märchen. — Das Geheimnis der Kap. Gedicht. — Der reiche Peter und der arme Hans. Ein Märchen. — Die Illustrationen bringt das Bilderbuch sieben Bilder in Schwarz und einundzwanzig Bilder in farbiger Ausführung. Das Bilderbuch ist auf Holz gedruckt, stark laminiert und mit farbigem Umschlag versehen. Preis 75 Pfennig.

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4435L am hiesigen Plage wie bekannt grösste Auswahl! Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager. A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.

Bitte lesen Sie!

Jedem Genossen, der seinen Bedarf an Winter-Paletots,

sowie Anzügen, einzelnen Röcken, Jaquets, Hosen, Westen u. s. w., ferner Stiefeln, Hüte, Wäsche, Betten, gold- und silberne Herren- u. Damen-Uhren, Waschkessel, Heiße- und Holzboffer u. s. w. billig und gut kaufen will, empfehle mein bekanntes reichhaltiges Lager in Alt und Neu, auch werden verfallene Pfänder verkauft.

A. Wergien, Schneidermeister, 127 Stalitzer-Straße 127

Bestellungen nach Maß werden billig und gut ausgeführt. Bitte recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten. 5055L

Strickgarn, Strumpfwaren, Handschuhe, gefärbte Westen von 2,50 M. an, Unterjacken, Normalhemden, Unterbekleider, Cravatten, Kragen, Manschetten, Wäsche aller Art, Gardinen, Teppiche, Bett-Vorleger, Bettdecken, wollene Schlafdecken etc.

Gummischuhe.

Carl Braun, Berlin S., Rottbuser Damm 5. Bitte genau auf die Firma zu achten.

Teppiche!!

Portiären!!

Gardinen!!

Steppdecken!!

kauft man am billigsten in der Fabrik von

J. Brünn, Haderfelder Markt 4.

Stadtbahnhof Ecke.

Das Beste ist das Billigste. Schnell ist für jeden Preis zu haben.

Motto: Die Uhrenfabrik

von C. Jägermann

Gegründet 1858. Nachf., Berlin W., Friedrichstraße 77,

nabe Jägerstraße, verkauft u. versendet unter voller dreijähriger Garantie ihre anerkannt besten

Nickel-Remontoir-Uhren, Marke Diogenes (Eingetrag. Fabrik.) mit Sekundenzeiger Mk. 12.

Silb. Cylinder-Remontoir mit Goldrand, auf sechs Steinen gehend, Marke Tontonia Mk. 20.

do. auf 10 Steinen gehend, Marke Jägermann, beste silberne Remontoir-Uhr Mk. 25.

14 karät. goldene Damen-Remontoir-Uhren, starko Gehäuse, solide Uhr, auf 10 Steinen gehend Mk. 36.

do. do. in elegantester Ausführung von Mk. 45-200.

Goldene Herren-Ancre-Uhren (Präzisions-Uhr) Mk. 60-1000.

Regulateure in 100 verschiedenen Mustern, ausbaum polirt, 14 Tage gehend Mk. 12-35.

Jede Uhr ist auch nach Ablauf der jährigen Garantiezeit ein zuverlässiger Zeitmesser. 5344L

Illust. Preis-Courant gratis u. franko. Feste Preise.

Neues Club-Haus

72, Kommandantenstr. 72. 5 Säle (Bühne) zu Festlichkeiten u. Versamml. Amt 1 7421. H. Ebert.

Freidenker deutscher Zunge

sammelt euch

5331L

in den Tagen wachsender Unterdrückung des nach Freiheit ringenden geistigen Lebens um das Korrespondenzblatt und Organ des deutschen Frei-denker-Bundes:

„Der Freidenker“

Mitarbeiter: Prof. Ludw. Böhnner, Wilh. Bölsche, Dr. Eugen Dreher, Dr. Ewald Haufe, Dr. Klönke, Mannhart, Fr. Krauss, P. A. Köhler, G. S. Schäfer, Armin Tille, Hedwig Heinrich-Wilhelmi u. a.

Schriftleitung: Dr. Bruno Wille.

Das Blatt erscheint monatlich, und wird jedem Mitgliede des deutschen Freidenker-Bundes unentgeltlich zugesandt; Nichtmitglieder können es für 50 Pf. vierteljährlich durch alle Postämter (Postliste 1429, Nachtrag 15), sowie durch den Kassirer des Bundes, Herrn W. Gerling, Köln a. Rhein, Herwarthstrasse, beziehen. 5331L

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

2. Beuth-Strasse, Berlin SW. Beuth-Strasse 2.

Soeben ist erschienen und zur Ausgabe gelangt:

Rathschläge

zur

Leitung von Versammlungen.

48 Seiten mit Anschlag.

Preis 20 Pfennig.

Zu Festgeschenken empfehle mein reich assortirtes Lager von Jugendschriften, Märchenbüchern, Klassikern, wissenschaftlichen Werken. Neuheiten in großer Anzahl stets auf Lager.

Billigste Bezugsquelle von sozialistischen Bildern und Haussegen, auch eingerahmt. 5333L

Th. Mayhofer Nachf.

Sozialdemokratische Buchhandlung.

Berlin N., Weinbergsweg 15b.

Mehl (von renommirtester Dampfmühle)

Sülsenfrüchte, Backobst, franz. Pflaumen, Gebr. Kaffee,

Cacao, Chocoladen u. s. w. u. s. w.

Nur direkte Bezüge.

Detail-Verkauf zu en gros-Preisen.

Nur beste Qualitäten.

Bei Bestellungen von 5 M. frei Haus.

14. Brunnenstraße 14.

A. Lust.

Metzner's Korbwaren-Fabrik, Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz. größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. 500 Mark zahlbar. Ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe. F. Metzner.

Weihtagsgeschenken bietet der Konkurrenzmassen-Ausverkauf der J. Adler Söhne'schen Teppich-Fabrik die seltenste und billigste Gelegenheit. Die Restbestände in: Teppichen, Portiären, Gardinen, Möbelstoffen, Tischdecken, Steppdecken, Läuferstoffen, müssen bis Ende des Monats geräumt sein. Spandauerstr. 30 gegenüber dem Rathhause. 694b Die Verwaltung.

Kleider-Stoffe zum Geschenk Hauskleid 3,60 Foulé, reine Wolle, 6 Mtr. 8,50 in allen neuen Farben. A. Wronkow Oranienstr. 162

M. W. Walter, Zeughofstraße 3. Neue Sülsenfrüchte billigst. Mehl 6277L 5 Pfd. 65 Pf., 5 Pfd. 85 Pf., 5 Pfd. 1,10 Mtr. Neues Pflaumenmus 2 Pfund 35 Pf. Neue Pflaumen 2 Pfd. 85 Pf., 2 Pfd. 45 Pf., 2 Pfd. 55 Pf., 2 Pf. 75 Pf. Zucker, fein und grob, 2 Pfd. 55 Pf. Thier- u. Braunschw. Fleischwaren. Braten-Schmalz à Pfd. 60 Pf. Sauertohl à Pfd. 5 Pf. Salon-Öel 1 Liter 18 Pf. Petroleum 1 Liter 15 Pf.

Restaurant „Zur Gleichheit“, Andreasstr. 26. Jeden Sonnabend und Sonntag: Familienfränzchen, verb. m. ernten und heiteren Vorträgen. Sämtl. Versamml., Vereine u. Festlichkeit. jed. Art. nebst verd. Regeldaten, noch einige Tage frei. Jeden Sonnabend u. Sonntag: Gänse-Ausschieben. 40 in- und ausländische Zeitungen liegen aus in F. Wilke's Restaurant „Zur Gleichheit“, Andreasstr. 26.

Wegen gänzlicher Aufgabe

der Kleiderstoffe, Leinen- u. Baumwollwaren,

Blousen, Jupons, Schürzen etc.

und Umgestaltung des Geschäfts in ein Specialgeschäft für

Teppiche, Tischdecken, Gardinen, Möbelstoffe

Ausverkauf

des gesamten Waarenlagers zu bedeutend herabgesetzten festen Preisen.

Weberei A. Löwenthal,

C., Breitestr. 20.



Als Bandagist empfiehlt sich zur Anfertigung von Bruchbändern, Suspensorien, Leibbinden, Apparaten für Fuß- und Rückgratverkrümmung, Grabelhaltern, künstl. Gliedmaßen als Arme, Beine etc. unter Garantie zu billigsten Preisen. 4549L. Aug. Reiche, Lieferant für Orts- und Hilfskranienkassen, Seydelstr. 15.

Zu Weihnachtsgeschenken

empfehle ich folgende Erscheinungen meines Verlages:

Märchenbuch für die Kinder des Proletariats. 160 Seiten mit 5 Wand-

druckbildern in elegantem Einband. Preis 1 Mark.

Epikel auf Reisen. Ein neues Gesellschaftsspiel. Preis 75 Pf.

Getrönte Häupter. 1-5. Elegant gebunden. Preis 1,50 Mk.

Hans Baake, City-Passage. 5346L

Jamaica-Rum,

echt u. saq. Literflasche 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Flaschen 10 Pf. billiger. 4412P

Eugen Neumann & Co.,

6a Belle-Allianceplatz Ca. 81 Neue Friedrichstr. 81. 8 Oranienstr. 8.

Brauerei F. Happoldt.

Berlin S., Hasenhaide 3238. Fernsprech- Amt IV, 9115.

Empfehle in Flaschen und Gebüden frei Haus:

F. Happoldt's Münchenerbier

24 Gl. 4/10 Ltr. 3 Mk., sowie 30 Gl. 5/10 Ltr. 3 Mk., 1/8 Co. 3,50 Mk., 1/4 Co. 7 Mk.,

ebenso mein Lagerbier hell

30 Gl. 4/10 Ltr. 3 Mk., 1/8 Co. 3 Mk., 1/4 Co. 6 Mk.

und erbitte mir geschätzte Aufträge. Um zum Fest prompt bedienen zu können, ersuche um gefällige rechtzeitige Bestellung.

Hochachtungsvoll F. Happoldt, Brauereibesitzer.

70/1